Please quote as: Peters, C. & Leimeister, J. M. (2013): Gesellschaftlich notwendige Dienstleistungen. In: Gegenblende, Ausgabe/Number: 19, Erscheinungsjahr/Year: 2013. Seiten/Pages: 15-20.

Solidarität Demokratie Zukunft

GEGEN BLENDE

Das gewerkschaftliche Debattenmagazin · www.gegenblende.de

DGB

Ausgabe 19· Januar/Februar 2013

Herausforderungen für die Gewerkschaften

Impressum
Deutscher Gewerkschaftsbund
Debattenmagazin GEGENBLENDE,
Redaktion: Dr. Kai Lindemann/Redaktionsassistenz: Martina Hesse
Henriette-Herz-Platz 2, 10178 Berlin
Telefon +49 (0) 30 24 060 757, E-Mail kai.lindemann@dgb.de

Hinweis: Die GEGENBLENDE-pdf-Version enthält keine ausführlichen Autorenprofile, Bilder und Kommentare. Diese sind auf der Homepage www.gegenblende.de einsehbar.

Inhaltsverzeichnis

Seite

Editorial 5

Es ist Zeit für einen Kurswechsel! 6
von Jürgen Kerner

Gewerkschaften verbessern die Arbeitsbedingungen 10
von Prof. Dr. Klaus Wälde & Dr. Alejandro Donado

Warum unsere politische Kultur ein Update benötigt (Kolumne) 13
von Dieter Pienkny

Gesellschaftlich notwendige Dienstleistungen 15
von Prof. Dr. Marco Leimeister & Christoph Peters

Der Sozialstaat – Das Fundament der Demokratie (Buchrezension) 21
von Dr. Hans-Joachim Schabedoth

Herausforderungen für die internationale Solidarität 24
von Prof. Dr. Christoph Scherrer

Mach meinen Kumpel nicht an! 28
von Giovanni Pollice

Die Durchsetzungsrichtlinie zur europäischen Arbeitnehmerentsenderichtlinie ist eine neoliberale Mogelpackung 30
von Frank Schmidt-Hullmann

Wie Europa aus der Krise kommt 35
von Robert Misik

Ausbildungsgarantie in Österreich 39
von Michael Trinko

Wissensarbeit zwischen Autonomie und Burnout 46
von Dr. Peter Brödner

Spektakel der Unvernunft? 51
von Dr. Wolfgang Hetzer

Zum 70. Geburtstag von Frieder Otto Wolf (Gastbeitrag) 56
von Dr. Günter Thien

Berlinale 2013 (Filmkritik) 60
von Jürgen Kiontke

Psychische Gesundheit in der Arbeitswelt 68
von Georges Hallermayer

Der große Kahlschlag – Die Krise der europäischen Autoindustrie 75
von Tomasz Konicz

Durchsetzung von unten 80
von Dr. Claudia Hofmann

Erwiderung auf den Artikel in Ausgabe 18 von Prof. Dr. Helmut Rosa „Der unheilvolle Pakt“ 86
von Dr. Wolfgang Uellenberg-van Dawen

Steuerhinterziehung – Ein Loch in der Zivilisation 89
von Prof. Dr. Brigitte Unger

Zwangsarbeit, Vernichtung und Gefangenschaft - Gewerkschaftliche Erinnerungspolitik (Buchrezension) 99
von Dr. Siegfried Sunnus

Die Auswirkungen der Krisenbearbeitung in Griechenland..... 102
von Kathrin Niedermoser

Editorial

Psychische Belastungen, der Wandel in Industrie -und Dienstleistungssektor, die Finanzmarktkrise und Aspekte der internationalen Solidarität sind einige der Themen der 19. Ausgabe der GEGENBLENDE.

Es sind Herausforderungen, die noch einige Diskussionen beanspruchen werden.

Viel Spaß bei der Lektüre der pdf-Ausgabe wünscht

Kai Lindemann

Es ist Zeit für einen Kurswechsel!

von Jürgen Kerner

Industrie ist der Schlüssel für eine nachhaltige Wirtschaftsweise

Vom 5. bis 7. Dezember 2012 hatte die IG Metall zur internationalen Konferenz „Kurswechsel – für ein gutes Leben“ nach Berlin eingeladen. Über 800 Menschen aus 60 Ländern – aus Gewerkschaften, Wissenschaft und Politik – kamen in die deutsche Hauptstadt, um Wissen und Erfahrungen auszutauschen sowie Ansätze für den notwendigen Richtungswechsel zu entwickeln.

In einem abwechslungsreichen Programm wurden zahlreiche Impulse gesetzt. Zum Beispiel durch Luiz Inácio Lula da Silva, ehemaliger Präsident Brasiliens sowie einstiger Metallgewerkschaftsführer. Aber auch durch James Galbraith von der University of Texas in Austin, durch Nouriel Roubini von der New York University oder durch Jill Rubery von der University of Manchester.

Kenntnisreich wurde in den zwölf hochkarätig besetzten Foren diskutiert. Die Themen reichten vom Wachstumsdiskurs, der Finanzmarktregulierung über nachhaltigen Industrieumbau, der Energiewende bis zur Zukunft der Mobilität und der Demokratisierung der Wirtschaft.

Schnell wurde deutlich: Trotz aller Unkenrufe seit den 1980er Jahren über das Ende der Industriegesellschaft ist die industrielle Produktion nach wie vor die Basis des ökonomischen Erfolgs unserer Gesellschaft. Heute geht es aber darum, diesen Erfolg zukunftsfest zu machen und die Industrie nachhaltig zu modernisieren.

„Sichtbare Hand“ für Nachhaltigkeit

Das Ergebnis der Konferenz wurde in folgendem Zusammenhang deutlich: Wer Nachhaltigkeit in Industrie und Wirtschaft durchsetzen will, der darf sich nicht mit einer passiven Anpassung an den Wandel wirtschaftlicher Rahmenbedingungen begnügen. Der Markt wird es nicht richten! Nachhaltigkeit wird eben nicht ein Ergebnis der vielzitierten „unsichtbaren Hand“ von Adam Smith sein. Im Gegenteil: Notwendig ist die sichtbare Hand, also die bewusste Gestaltung und Ausdifferenzierung entsprechender Handlungsgebiete.

Für die IG Metall ist die industrielle Entwicklung dann nachhaltig, wenn drei wechselseitig miteinander verbundene Ziele erreicht werden:

1. Produktion und Wirtschaftsweise müssen sozial tragfähig sein: der Wandel bedarf der Mitbestimmung und der tarifpolitischen Gestaltung.
2. Produktionsverfahren, Produkte und Dienstleistungen müssen ökologisch verträglich sein: ein effizienter und umweltschonender Verbrauch von Ressourcen rückt dabei in den Mittelpunkt.
3. Wirtschaftsweise muss ökonomisch sinnvoll organisiert sein: die Realwirtschaft muss gestärkt werden.

Marktradikale Wachstumspolitik ist gescheitert

Wer Nachhaltigkeit will, der muss sich auch mit der Form des künftigen Wirtschaftswachstums auseinandersetzen. Die IG Metall zählt nicht zu den Wachstumspessimisten. Dennoch nimmt sie die Debatten um Art und Weise des Wachstums ernst.

Richtig ist: Die Wachstumspolitik der vergangenen Jahre, die nach marktradikaler Denkweise auf die so genannte Entfesselung der Marktkräfte und einen Rückzug des Staates setzte, hat ihre Versprechen nicht gehalten. Sie hat weder insgesamt zu höheren Einkommen, zu mehr und besseren Arbeitsplätzen geführt, noch zur allgemeinen gesellschaftlichen Wohlstandsmehrung beigetragen. Im Gegenteil, diese Form der Wachstumspolitik hat zu wachsender Verteilungsungerechtigkeit und einem weiteren Abbau der sozialen Sicherungssysteme geführt. Kurzum: Marktradikale Wachstumspolitik löst keine Probleme, sondern verschärft bestehende und schafft neue Probleme.

Qualitatives Wachstum ist nötig

Die Aufgabe, vor der unsere Gesellschaft steht, ist äußerst anspruchsvoll: der Wechsel vom kohlenstoff- und ressourcenintensiven Pfad hin zu einem klima- und sozialverträglichen Wirtschaftswachstum.

Hierzu muss gezieltes Wachstum ermöglicht werden, das sozial zu gestalten ist und gleichzeitig negative ökologische Folgen vermeidet. Im Kern bedeutet dies, einen Entwicklungspfad einzuschlagen, bei dem wächst, was ökologisch, ökonomisch und sozial gewollt ist, und schrumpft, was gesellschaftlich nicht gebraucht wird oder ökologisch schädlich ist. Das ist schnell gesagt, die Kunst wird aber in der Umsetzung liegen.

Denn schon bei der Definition, was sozial gewollt ist und was gesellschaftlich nicht mehr gebraucht wird, gibt es mit Sicherheit einen großen Blumenstrauß von Ideen und Meinungen. Und selbst wenn die Definitionen stehen, dürfte es eine blühende

Blumenwiese voller Vorstellungen geben, auf welchen Wegen diese Ziele erreicht werden können.

Und: Grüne Jobs müssen noch lange nicht gute Jobs sein. Aus Befragungen der Beschäftigten in der Wind- und Solarbranche wissen wir, dass Entlohnung und Arbeitsbedingungen heute doch sehr zu wünschen übrig lassen.

All dies verdeutlicht einmal mehr, dass es um eine ökologische, aber auch um eine soziale und demokratische Erneuerung gehen muss.

Industrielle Innovation ist ausschlaggebend

Schon heute wissen wir, dass die nachhaltige Modernisierung nur mit und über die Industrie funktioniert. Deren Innovationskraft wird ausschlaggebend sein, wenn Wachstum und Ressourcenverbrauch entkoppelt und neue Verfahren gegen Klimawandel und zum Schutz der Umwelt entwickelt werden sollen. In der Industrie muss die enge Koppelung von Forschung und Entwicklung mit Produktion und Service im Sinne von Nachhaltigkeit und qualitativen Wachstum neu organisiert werden.

Im Zentrum stehen dabei die Beschäftigen der Industrie. Nur auf Basis ihrer Erfahrung, ihres Wissens und ihrer Kreativität kann nachhaltiges, qualitatives Wachstum entstehen. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zeichnen letztendlich für die Produktentwicklung, die Produktionsverfahren und die Produkte selbst.

Sechs Thesen für Nachhaltigkeit

„Wer einen Stein ins Wasser wirft, verändert das Meer“, hat der Schriftsteller Paul Mommertz gesagt. Die internationale Konferenz „Kurswechsel für ein gutes Leben“ der IG Metall ist der Stein, der jetzt seine Kreise ziehen wird.

Diese Kreise werden umso größer, je mehr Menschen sich an der Debatte beteiligen und damit den Kurswechsel anschieben. In den Gewerkschaften und darüber hinaus sollten wir insbesondere entlang der folgenden sechs Thesen diskutieren.

1. Primat der Politik: Der ökologische und soziale Umbau erfordert demokratisch legitimierte Eingriffe in wirtschaftliche Abläufe. Insbesondere müssen die Finanzmärkte reguliert werden. Ihre Deformation durch hochspekulative Geschäfte steht im grundsätzlichen Widerspruch zu einer nachhaltigen und effizienten Wirtschaftsweise.
2. Nachhaltige Industrie- und Strukturpolitik: Der industrielle Sektor ist Grundlage unserer Ökonomie. Daher ist aktive und nachhaltige

Industriepolitik die Voraussetzung für qualitatives Wachstum. Der Startpunkt sollte hier die Einführung eines industriepolitischen Dialogs von Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Gewerkschaften sein.

3. Ressourceneffizienz durch industrielle Innovationen: Der Schüssel zu ökologisch verträglichem Wachstum ist Effizienzsteigerung. Der absolute Ressourcenverbrauch muss verringert werden, dafür ist die Produktivität von Energie- und Materialeinsatz zu steigern. Erneuerbare Energien sind selbstredend tragende Säulen einer kohlenstoffarmen Energieversorgung der Zukunft.
4. Demokratisierung und Mitbestimmung: Starke Betriebsräte und Mitbestimmung sind ein Erfolgsfaktor unserer industriellen Entwicklung. Die Demokratisierung muss ausgebaut werden, um Beschäftigte und ihre Vertretungen zu aktiven Mitgestaltern der nachhaltigen Modernisierung zu machen. Sie sollen wirklich Mitverantwortung für die ökologische Gestaltung von Arbeitsprozessen und Produkten erhalten.
5. Gute Arbeit: Soziale Nachhaltigkeit heißt auch die Unordnung auf dem Arbeitsmarkt zu beseitigen. Minijobs, befristete Beschäftigung und Leiharbeit widersprechen sozialer Nachhaltigkeit, ebenso wie die Verlängerung von Arbeitszeiten und Lebensarbeitszeit. Notwendig ist die Gestaltung der Arbeitsprozesse entsprechend der menschlichen Natur im Sinne guter Arbeit.
6. Gerechte Verteilung: Bislang erlebten wir eine Umverteilung von unten nach oben. Dies muss sich ändern in Richtung einer breiteren Verteilung von Einkommen und Vermögen sowie einer Stärkung der Systeme der sozialen Sicherheit. Denn die faire Verteilung des materiellen Wohlstandes führt zur Verbesserung der Lebenschancen aller und verringert soziale Konflikte.

Der Kurswechsel ist übrigens kein Projekt für eine ferne Zukunft. Als Gewerkschaften stehen wir bereits mitten in der Auseinandersetzung um die Entwicklung von Arbeitswelt und Gesellschaft. Nicht nur in Deutschland, sondern weltweit. Wir müssen jetzt Sorge dafür tragen, dass ein nachhaltiger Entwicklungspfad für ein gutes Leben eingeschlagen wird. In Deutschland wird die IG Metall die politischen Parteien zur Bundestagswahl 2013 daran messen, ob und wie sie den Kurswechsel einleiten.

Link zum Kurswechsel-Portal der IG Metall:
http://www.igmetall-kurswechselkongress.de/

Autor: Jürgen Kerner, geboren 1969, Geschäftsführendes Mitglied im Vorstand der IG Metall

Gewerkschaften verbessern die Arbeitsbedingungen

von Prof. Dr. Klaus Wälde & Dr. Alejandro Donado

Es ist längst unbestritten, dass Gewerkschaften die Arbeitsbedingungen der Menschen verbessern und somit zu einer höheren Wohlfahrt in der Gesellschaft beitragen. Jedoch haben viele Wissenschaftler der Volkswirtschaftslehre diesen wichtigen Beitrag der Gewerkschaften bis jetzt fast komplett ignoriert. Zu Unrecht!

In einem Artikel, der in der September-Ausgabe des renommierten „Economic Journal“ erschien, stellen wir ein Modell dar, das die wichtige Rolle der Gewerkschaften bei der Verbesserung der Sicherheit am Arbeitsplatz deutlich zu erkennen gibt. Das Modell basiert auf mehreren historischen Beispielen, die uns zeigen, wie entscheidend der Beitrag von Arbeiterbewegungen war.

Viele Beispiele

Ein bekanntes Beispiel ist das vom Kohlebergbau und der Staublunge. Letztere ist eine Berufskrankheit, die durch die wiederholte und jahrelange Inhalation von geringen Mengen an Kohlenstaub entsteht. Zwar wurde Kohle als fossiler Brennstoff schon im Römischen Reich genutzt, der systematische und umfängliche Abbau dieses Energieträgers setzte allerdings erst im Zuge der Industriellen Revolution ein, als eine verlässliche Versorgung mit Energie sichergestellt werden musste. Die Arbeit unter und über Tage hat jedoch auch negative Folgen.

Im Jahr 1831 berichtete ein schottischer Arzt von einem möglichen Zusammenhang zwischen der Arbeit in einer Kohlemine und der Staublunge. Heutzutage ist Staublunge weitgehend als Berufskrankheit anerkannt. Allerdings dauerte es mehr als 130 Jahre bis dieser kausale Zusammenhang allgemein akzeptiert wurde. Erst in den 1960er Jahren – nach umfangreichen politischen Aktivitäten verschiedener Arbeitnehmergruppen in den USA – wurde dort die Staublunge als Berufskrankheit anerkannt. Als Konsequenz wurde im Jahre 1969 der sogenannte «Coal Mine Health and Safety Act» verabschiedet – ein Gesetz, das umfassende Regeln für die Arbeit im Kohlebergbau beinhaltet und auch die Entschädigung von erkrankten und verletzten Minenarbeitern regelt.

Die Staublunge ist bei weitem nicht das einzige Beispiel dafür, wie Arbeitnehmerbewegungen zu einer Verbesserung der Gesundheit und Sicherheit beigetragen haben. Andere prominente Beispiele sind sehr gut dokumentiert: Dazu zählen die Byssinose – eine Erkrankung der Lunge infolge langjährigen Einatmens

von Baumwollstaub, und die Asbestose – eine Erkrankung der Lunge infolge langjährigen Einatmens von Asbest. Zu erwähnen sind auch das Gesundheitsrisiko und die Folgeschäden, die entstehen, wenn Arbeiter giftigen Elementen wie Radium oder DBCP (1,2-Dibrom-3-chlorpropan) ausgesetzt sind. DBCP ist ein Pestizid, das nachweislich zur Unfruchtbarkeit führt und das Risiko an Krebs zu erkranken erhöht. Weitere Beispiele finden sich in der Keramik-, Automobil-und Stahl-Industrie.

Anfänglicher Widerstand trotz Beweise

Diese Beispiele machen deutlich, wie negative Auswirkungen neuer Produktionsverfahren erst im Laufe der Zeit zu Tage treten. Zu Anfang besteht häufig die Ungewissheit, ob die Arbeitnehmer durch neue Arbeitsweisen und Arbeitsmittel erkranken können. Wenn Arbeiter jedoch bemerken, dass ihre Gesundheit beeinträchtigt oder geschädigt wird, dann wird ihren Forderungen nach Verbesserung der Arbeitsbedingungen oft mit Vorbehalten begegnet und es werden kausale Zusammenhänge von Arbeit und Krankheit in Zweifel gezogen, und zwar nicht nur seitens der Arbeitgeber, sondern häufig auch seitens der Versicherungsunternehmen und staatlicher Instanzen.

Gerade deshalb sind starke Arbeiterbewegungen erforderlich. Sie können dazu beitragen, die Öffentlichkeit und vor allem die Entscheidungsträger in der Privatwirtschaft sowie auf Regierungsebene zu sensibilisieren; sie können Änderungen der Arbeitsbedingungen anregen und vor allem auf Gesetzesänderungen betreffend einer besseren Sicherheit am Arbeitsplatz hinwirken.

Wichtig für die Entwicklung

Ähnliche Schlussfolgerungen ließen sich auch im Hinblick auf Deutschland ziehen, wo Arbeiterbewegungen nicht nur für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen, sondern auch für die Entwicklung des modernen Wohlfahrtsstaates bedeutsam waren.

Während der industriellen Revolution um 1850 haben Armut und schlechte Arbeits- und Lebensbedingungen die Beschäftigten dazu veranlasst, sich zusammenzuschließen, um hierdurch besser ihre Interessen gegenüber den Arbeitgebern zu vertreten. Armut und abhängige Lohnarbeit existierten zwar auch in der vorindustriellen Zeit, doch wurden diese Phänomene von den Industriearbeitern des 19. Jahrhunderts nicht mehr als gottgegeben und unabänderlich hingenommen – vor allem auch auf dem Hintergrund, dass in der Industrialisierungsphase ein vorübergehender und beachtlicher Anstieg des Reichtums bestimmter Bevölkerungsteile zu beobachten war.

Die erste Gewerkschaft, die sich in Deutschland gründete, war die der Schriftsetzer im Juni 1848. Hauptziel dieser Interessenvertretung war es, das Einkommen der Schriftsetzer zu steigern, denn diese befürchteten Einkommenseinbußen aufgrund des technologischen Fortschritts (Dampfmaschine). Allerdings war die Steigerung des Einkommens nicht das einzige Ziel dieser Gewerkschaft. Sie setzten sich auch dafür ein, eine Gesundheits- und Invaliditätsversicherung zu etablieren.

Ein wesentlicher Grund dafür, dass sich die Arbeiterbewegung herausbildete und sich insoweit einflussreiche Gewerkschaften konstituierten, waren die sehr zahlreichen Arbeitsunfälle. Denn diese waren häufig auf den Einsatz von neuen Technologien, damit verbundene Risiken und mangelnde Schutzmaßnahmen zurückzuführen. Die Akteure dieser sozialen Bewegung erhöhten den politischen Druck, so dass sich Otto von Bismarck schließlich zu wichtigen Änderungen genötigt sah. So wurde im Jahr 1884 eine Unfallversicherung gesetzlich verankert.

Fazit

Das Ergebnis dieser Diskussion erlaubt uns, drei Schlussfolgerungen zu ziehen:

Erstens: Die Sicherheit am Arbeitsplatz muss häufig erst erstritten werden, denn sie bedeutet für die Unternehmen eine Kostensteigerung, die sie trotz der Gesundheitsgefährdungen freiwillig nicht zu tragen bereit sind. Allerdings ist diese Haltung der Unternehmen im Grunde kurzsichtig, denn wenn sich die Arbeitsausfälle durch Krankheit oder schlimmstenfalls tödliche Arbeitsunfälle verringern, profitieren die Unternehmen wiederum davon und können ihre Produktion steigern.

Zweitens: Es gibt oft einen Interessenkonflikt zwischen Gewerkschaften und Unternehmen, der über die reine Lohnpolitik hinausgeht. In vielen Fällen lehnen Firmen, Versicherungen und oft sogar die Regierung zunächst etwaige Ansprüche auf Schadenersatz oder Gesetzesänderungen betreffend die Gesundheitsstandards einfach ab, weil es keine wissenschaftlichen Beweise für die behauptete Verbindung zwischen bestimmten Symptomen und der beruflichen Tätigkeit gibt. Dieser Zusammenhang begegnet uns heute wieder bei den Diskussionen um das vermehrte Phänomen des Burn-Out.

Drittens: Die Gewerkschaften spielten und spielen eine entscheidende Rolle bei der Förderung von Sicherheitsstandards und haben dazu beigetragen, dass derartige Standards als ein wichtiges positives Merkmal moderner Wohlfahrtsstaaten (nahezu allgemein) akzeptiert sind. Die Grundvoraussetzung für mehr Sicherheit am Arbeitsplatz ist aber, dass sich Interessengruppen bilden, Lobbyarbeit für ihre gemeinsamen Ziele leisten und überhaupt politisch sichtbar werden. Dann erst

werden sich die gesetzlichen Regeln ändern und sind bessere Arbeitsbedingungen möglich.

Literatur/Quellen:

"How Trade Unions Increase Welfare", Alejandro Donado and Klaus Wälde, The Economic Journal, Volume 122, Issue 563, pages 990–1009, September 2012.

Internet:
http://onlinelibrary.wiley.com/doi/10.1111/j.1468-0297.2012.02513.x/abstract

Autoren: Prof. Dr. Klaus Wälde, geboren 1966 in Nürnberg, Professor für Makroökonomie an der Johannes Gutenberg Universität Mainz,
Dr. Alejandro Donado, Akademischer Rat am Fachbereich Volkswirtschaftslehre an der Julius-Maximilians-Universität Würzburg

Warum unsere politische Kultur ein Update benötigt (Kolumne)

von Dieter Pienkny

„Der Sinn von Politik ist Freiheit." Hannah Arendt

- Wenn adelige bayerische Gaukler sich auf die politische Bühne begeben, eine „Bella Figura" als Politikersatz ansehen und ihre Doktorarbeit als eine Collage aus geklauten Textstellen montieren und dabei den handfesten Betrug als Kavaliersdelikt verstanden wissen wollen: dann stimmt etwas nicht mit dem Wertesystem unserer politischen Kultur.
- Wenn ein engagierter Zeitgenosse bundesweit „Stolpersteine" in den Asphalt setzt, um an vertriebene und ermordete deutsche Juden der NS-Zeit zu erinnern und sich dann mit dem Finanzamt herumschlagen muss, ob 7 Prozent (Kunstwerk) oder 19 Prozent Mehrwertsteuer für die Messingsteine zu

entrichten sind: dann fehlen gesellschaftliche Sensoren in der politischen Kultur.

- Wenn unter dem Mäntelchen der Wissenschaftlichkeit und Überparteilichkeit honorige Volkswirtschaftler einerseits im öffentlichen Diskurs als Experten für eine private Zusatzrente werben und andererseits bei großen Versicherungskonzernen für die Anwerbung von Kunden ein Zubrot erhalten: dann offenbart unsere politische Kultur moralische Defizite.
- Wenn die Bundestagsverwaltung es ablehnt, die Rede des Alterspräsidenten (Stephan Heym) zu Beginn der Sitzungsperiode in die offiziellen Protokolle zu übernehmen, der zwar ein anerkannter Literat, aber auch Abgeordneter einer dem Kommunismus verdächtigen Partei war: dann zeugt das von einem tief sitzenden Antikommunismus, der durch den Mauerfall noch lange nicht zum Einsturz gebracht wurde.
- Und wenn ein Großverlag seinen beliebten Medienpreis für „Integration“ ausgerechnet an einen Rapper verleiht, dessen Texte zwar einem Feuilletonredakteur als frauenfeindlich auffallen, aber leider nicht der Jury: dann fehlen in dieser politischen Kultur augenscheinlich Kriterien für Political Correctness, die einer Demokratie angemessen sind.

Der Begriff der politischen Kultur, erst zu Beginn der 50er Jahre aus den USA herübergeschwappt, skizziert die *subjektive Dimension unseres politischen Systems*. *D*er Politologe Karl-Rudolf Korte bezeichnete sie naserümpfend als „Begriffscontainer“, die Altmarxisten in diesem Lande sehen in ihr schlichtweg ein „Überbau-Phänomen“, denn sie sei Ausdruck einer konkreten ökonomischen Interessenlage. Natürlich: gesellschaftliche Einstellungen, Denk- und Verhaltensweisen sowie Mentalitäten brauchen einen speziellen Humus. Obrigkeitsstaatliches Denken, Autoritätsgläubigkeit, Fremdenhass und ein verwurzelter Antikommunismus gediehen in einer totalitären Zeit, die ausgrenzte, Demokratie mit Füßen trat, Minderheiten verfolgte und ausrottete und in einem Scherbenhaufen endete. Rudimente hielten sich hartnäckig auch in der neuen Republik. Das Tabu der Aufarbeitung des Nazismus konnte so lange existieren, wie es Politiker vermochten, ihre „Schlussstrichdebatte“ zu führen: Verdrängung statt kritischer Reflektion über die Ursachen, Hintergründe und fatalen Folgen des deutschen Faschismus. O-Ton Franz-Josef Strauß: „Wem dieses Wirtschaftswunder in den 60er Jahren gelang, der braucht nicht andauernd an die NS-Zeit erinnert zu werden.“

Eine drastische Zäsur erzwangen die 68er mit einer ideologischen Debatte über die NS-Zeit, dem Ruf nach Demokratisierung (nicht nur an den Hochschulen) und Menschenrechten (nicht nur in Vietnam), gesellschaftlicher Experimentierfreudigkeit bis hin zur Entdeckung der ökologischen Herausforderung. Auch diese Dialektik formte und beeinflusste das, was politische Kultur in diesem Lande inzwischen ausmacht. Diskursfreudigkeit gehört genauso dazu wie eine Frauenquotendebatte

oder der abermalige Anlauf, Themen wie Verteilungsgerechtigkeit und Solidarität nach Hartz IV auf die politische Agenda zu setzen. Ein schwerer Gang, da nahezu alle Parteien in den 90er Jahren vom Virus des Neoliberalismus infiziert waren.

Auch das Ende der Blockkonfrontation sowie das Zusammenwuchern und Zusammenwachsen der beiden deutschen Hälften prägen unsere politische Kultur bis auf den heutigen Tag -mit besonderem Gerechtigkeitsempfinden und dem Argwohn gegenüber dem Rechtsstaat. Ost und West klaffen weiter auseinander. In den neuen Ländern breitete sich politische Apathie aus, wo Empathie als gesellschaftlicher Kitt vonnöten wäre. Nicht nur die minimalen Wahlbeteiligungen legen davon beredt Zeugnis ab.

Es gibt keine endgültigen Wahrheiten. Das offenbart der Wertewandel über die Jahrzehnte. Die von der Union kultivierte Lebenslüge, Deutschland sei kein Einwanderungsland, wurde schließlich kassiert. So viel Realitätsbewusstsein musste sein. Oder die lebhaft kontroverse und den Horizont erweiternde Wertedebatte über Religionsfreiheit und den Stellenwert des islamischen Glaubens in unserem christlich-abendländischen Denken zeigt auf, wie sehr diese politische Kultur nach wie vor in Bewegung ist und sich dem Zeitgeist stellen muss. Das ist die eigentliche gesellschaftliche Dividende, von der wir alle zehren können.

Autor: Dieter Pienkny, geboren 1954, Pressesprecher beim DGB Bezirk Berlin-Brandenburg

Gesellschaftlich notwendige Dienstleistungen

von Prof. Dr. Marco Leimeister & Christoph Peters

Gesellschaftlich notwendige Dienstleistungen sind zentral für die nachhaltig erfolgreiche Entwicklung der Gesellschaft. Bisher spielt das Konzept gesellschaftlich notwendiger Dienstleistungen jedoch eine (gemessen an ihrer Bedeutung) stark unterrepräsentierte Rolle.

„Gesellschaftlich notwendig“ sind gemäß dem Arbeitskreis Dienstleistungen der Friedrich-Ebert-Stiftung (Leimeister and Peters 2012) jene Dienstleistungen, die „für die Lebensgestaltung, Entwicklung und das Gelingen einer Gesellschaft

unverzichtbar sind“. Von ihnen hängt nicht nur ab, ob die Teilhabe aller Mitglieder der Gesellschaft gewährleistet ist, sondern auch, ob ihre Zukunftsfähigkeit nachhaltig gefördert wird. Gesellschaftlich notwendige Dienstleistungen tragen hiernach zum sozialen Ausgleich und zu einem Funktionieren des Gemeinwesens, zu einem Gelingen der Gesellschaft bei.

Insgesamt lässt sich das Spektrum gesellschaftlich notwendiger Dienstleistungen in mindestens vier große Bereiche einteilen:

1. Soziale Dienstleistungen, d.h. Dienstleistungen aus den Bereichen Gesundheit und Pflege, (Weiter-) Bildung oder auch der Betreuung (Kita, Jugendhilfe, Streetworker, etc.);
2. Dienstleistungen der sozialen Sicherheit, d.h. überwiegend staatliche oder auch kommunale Leistungen, die Verteilungs- und Teilhabegerechtigkeit bedingen;
3. Infrastrukturdienstleistungen, insbesondere das flächendeckende Vorhalten und Weiterentwickeln der Verkehrs-, Energie- und IKT-Netze, die Sicherstellung der Wasserversorgung oder auch Dienstleistungen rund ums Wohnen;
4. Sicherheitsfördernde Dienstleistungen, dabei besonders in Bezug auf alle Maßnahmen, die die Bürgerinnen und Bürger schützen und proaktiv Gefahren vorbeugen, die man in den letzten Jahren in anderen europäischen Ländern beobachten konnte.

Dabei gibt es Dienstleistungen, die allen Bürgerinnen und Bürgern gleichermaßen zu Gute kommen (wie z.B. im Bereich der Verkehrsinfrastruktur). Hier spielt der (einfache) Zugang zur Dienstleistung eine entscheidende Rolle. Gesellschaftlich notwendige Dienstleistungen sind manchmal nur für einen Teil der Gesellschaft unverzichtbar, sie müssen aber aus Gründen der Gerechtigkeit, der Gleichheit oder der Solidarität für alle vorgehalten werden. Hierzu gehören bspw. Sprachkurse für Menschen mit Migrationshintergrund, da sie so überhaupt erst befähigt werden sich gesellschaftlich zu integrieren, oder aber Dienstleistungen für Menschen mit eingeschränkter Mobilität, die z.B. auch in ihrem Haushalt Hilfsangebote benötigen. Bei der Unterstützung des Einzelnen kommt bei gesellschaftlich notwendigen Dienstleistungen der öffentlichen Verwaltung eine besondere Bedeutung zu.

Soziale Dienstleistungen stärken den Zusammenhalt und die Wirtschaft

Für alle bisher erwähnten Bereiche gilt, dass diese Dienstleistungen unerlässlich für den sozialen Zusammenhalt und eine funktionierende Wirtschaft sind. Deshalb werden sie vom Arbeitskreis Dienstleistungen als gesellschaftlich notwendig eingestuft. Oftmals wird bei der Betrachtung solcher Dienstleistungen übersehen,

dass diese auch erhebliche Wachstums- und Wohlstandspotenziale bergen, die systematisch entwickelt werden können (und sollten).

Das Entwickeln neuer, vielversprechender gesellschaftlich notwendiger Dienstleistungen kann auf vielfältige Arten befördert werden. Soziale Innovationen, d.h. Neuerungen, die mit sozialem Wandel einhergehen und die positive Beeinflussung der Möglichkeiten und Lebenssituationen einer Gesellschaft zum Ziel haben (Gillwald 2000), sind eine Quelle für vielfältige neue Dienstleistungsideen. Im Arbeitskreis Dienstleistungen wurde dabei insbesondere betont, dass derartige Neuerungen nachhaltig sind und zu einem höheren gesamtgesellschaftlichen Wohlstand beitragen.

In diesem Sinne hat soziale Innovation gleich zwei große Ziele: sie erfüllt gesellschaftliche Bedarfe wie besseres, gerechteres, umweltschonenderes Leben und Miteinander auf der einen Seite; und sie bezieht auf der anderen Seite die Menschen (inter-) aktiv in Veränderungsprozesse mit ein. Das führt wiederum zu mehr Teilhabe und zukünftiger Teilhabebereitschaft – eine gute Grundlage für neue, gut durchdachte und gut durchgeführte soziale Innovationen.

Besonders vielversprechend gilt dies, wenn es gelingt, öffentliche und nicht-öffentliche Dienstleistungen durch intelligente soziale Innovationen so in neuen Dienstleistungsangeboten zu integrieren, dass die vielfältigen Potentiale gesellschaftlich notwendiger Dienstleistungen gehoben werden können. Zu diesen Potentialen gehören:

- erhöhte Wachstumsfähigkeit,
- Verbesserung der Teilhabe Aller am gesellschaftlichen Wohlstand,
- das Erschließen neuer Felder und Möglichkeiten der Beschäftigung sowie
- die nachhaltige Förderung eines innovationsfreundlichen Umfelds.

Soziale Innovationen

Hierfür ist ein innovationsfreundliches Umfeld von besonderer Bedeutung, denn die Realisierung der hier beschriebenen Potentiale hängt in der Praxis auch bzw. ganz besonders von solchen sozialen Innovationen ab.

Dabei bedeuten soziale Innovationen für gesellschaftlich notwendige Dienstleistungen eine Chance, da sie ein wichtiges Instrument bereit stellen, um neue Dienstleistungen gesellschaftlicher Notwendigkeit hervorbringen (können). Dabei werden im Rahmen dieser sozialen Innovationen die Interaktionen aller Beteiligten eines Dienstleistungssystems betrachtet, z.B. von Beschäftigten und Kundinnen und Kunden eines Unternehmens sowie weiteren unternehmensnahen

Anspruchsgruppen. Außerdem sind diese sozialen Innovationen in ihrer Ergebnisdimension „überall in gesellschaftlichen Systemen möglich, im Ergebnis Verhaltensänderungen und verwandt aber nicht gleich mit technischen Innovationen“ (Gillwald 2000). Somit haben sie einen nachhaltigen Effekt auf die Art und Weise, wie eine Gesellschaft Probleme angeht und gemeinsam löst. Dies und die Vorgabe, dass sie „die Bewältigung einer konkreten Problemstellung bzw. die Befriedigung eines in der Gesellschaft vorhandenen Bedürfnisses ermöglichen und Akzeptanz finden“ (ZSI - Centre for Social Innovation 2012), sind konstitutive Merkmale einer sozialen Innovation.

Die soziale Innovation ist somit auch ein gesellschaftliches Instrument, das Partizipation und Teilhabe fördert und auf Missstände reagiert. Aus einer normativen Sicht führt sie zu nachhaltigen und ganzheitlichen gesellschaftlich notwendigen Dienstleistungen und bildet die Grundlage für sozialen Ausgleich. Das spiegelt sich auch in der Art der Veränderungen wider, die soziale Innovationen mit sich bringen: erstens können sie die Herangehensweise der Menschen an Probleme ändern; zweitens beziehen sie bei der Planung und Durchführung soziale Netzwerke und weitere Anspruchsgruppen mit ein und erweitern damit die involvierten Akteure um bisher unberücksichtigte Personengruppen; drittens werden die Dienstleistungen als solche innoviert, bzw. es können neue, bedarfsgerechtere Dienstleistungen entstehen, was dann der Allgemeinheit zu Gute kommen kann.

Die Ergebnisse unserer Forschung beruhen u. a. auf vier Expertengesprächen, die die folgenden Punkte als bedeutend und im besprochenen Kontext relevant und beachtenswert hervorgebracht haben:

- Soziale Innovationen bieten Chancen – für die (Weiter-) Entwicklung von gesellschaftlich notwendigen Dienstleistungen und darüber hinaus. Die Schaffung eines innovationsfreundlichen Umfelds ist hier ein erster, wichtiger Schritt.
- Dienstleistungsarbeit ist auch Interaktionsarbeit, also „Arbeit am und mit Menschen“. Diese Arbeit ist anspruchsvoll und bedarf mehr Wertschätzung als ihr bisher zu Teil wird.
- Für gute Dienstleistungen und gute Dienstleistungsarbeit muss die Professionalisierung von Dienstleistungen und Dienstleistungsarbeit weiter vorangetrieben werden. Dabei ist im Spannungsfeld zwischen Standardisierungs- und Individualisierungsbemühungen eine Balance zu finden.
- Innovation braucht Innovationstreiber. Dabei ist die Einbindung aller Anspruchsgruppen des Dienstleistungssystems (z.B. Bürgerinnen und Bürger, Kundinnen und Kunden, Beschäftigte, Unternehmen, Gewerkschaften, der Staat u.v.m.) und die Nutzung ihrer Innovationspotentiale wichtig. So können sowohl wichtige Bedürfnis- als auch Lösungsinformationen zur Verbesserung

bestehender oder Schaffung gänzlich neuer gesellschaftlich notwendiger Dienstleistungen und Strukturen beigesteuert werden.
- Die Diskussion über gesellschaftlich notwendige Dienstleistungen ist auch eine Diskussion über Gerechtigkeit in der Gesellschaft. Diese Dienstleistungen sollen und müssen ihren potentiellen Nutzern zum einen bewusst, zum anderen einfach zugänglich sein.
- Produktivitätsstrategien bei (personenbezogenen) Dienstleistungen können und sollten sowohl Qualität als auch Wertschätzung der Dienstleistungen steigern.
- Für eine erfolgversprechende Einführung und Weiterentwicklung (personenbezogener) Dienstleistungen ist eine systematische Vorgehensweise unter Einbezug passender Methoden und Modelle erforderlich (Leimeister 2012).
- Die Vernetzung der Akteure im Rahmen gesellschaftlich notwendiger Dienstleistungen ist von elementarer Bedeutung. So können Potentiale für Beschäftigung, Wohlstand, Lebensqualität und gesellschaftlichen Fortschritt gehoben und internationale Wettbewerbsfähigkeit erreicht werden. Um dies zu ermöglichen und zu gewährleisten bedarf es entsprechender politischer Unterstützung und Förderung.

Fazit

Als Fazit des Arbeitskreises Dienstleistungen der Friedrich Ebert Stiftung kann gezogen werden, dass gesellschaftlich notwendige Dienstleistungen essentiell wichtig für eine gelingende Gesellschaft sind, für alle Menschen in unserer Gesellschaft. Gemessen an Ihrem Beitrag zur Zukunftsfähigkeit unseres Landes und zum Gelingen der Gesellschaft unter Teilhabe aller, ist das Thema jedoch stark unterrepräsentiert. Das gilt sowohl für den politischen als auch gesellschaftlichen Diskurs, das gilt für Engagement bzgl. ihrer praktischen Umsetzung als auch für die entsprechende Forschung, die Verständnisgrundlage schafft und Anleitung für die Entwicklung und Durchführung solcher Dienstleistungen bietet. Gerade die Entwicklung und Umsetzung sowie die anschließende Weiterentwicklung gesellschaftlich notwendiger Dienstleistungen muss systematisch erfolgen und dafür bedarf es (noch zu etablierender) Rahmenbedingungen. Um die in diesem Artikel aufgezeigten Potentiale zu heben, ist jeder in unserer Gesellschaft aufgerufen seinen Teil zu den benötigten Rahmenbedingungen und dem Schaffen eines innovationsfreundlichen Umfelds beizutragen. Das verlangt der den gesellschaftlich notwendigen Dienstleistungen eigene Charakter, dass sie sowohl für als auch unter Mitwirkung von Menschen zu erbringen sind. Eingebunden werden können und sollten also alle: Bürgerinnen und Bürger, Länder und Kommunen, Unternehmen und Dienstleister, Kundinnen und Kunden der Dienstleistung, Gewerkschaften, Vereine, Kirchen, und viele Akteure mehr. Wichtig ist, dass es gelingt gesellschaftlich notwendige Dienstleistungen und deren (breite) Umsetzung entsprechend zu unterstützen, um

die nachhaltige Förderung der Zukunftsfähigkeit sowie ein Gelingen unserer Gesellschaft zu gewährleisten – denn nichts zu tun, das wäre fatal.

Der Artikel ist eine Zusammenfassung des Arbeitspapiers aus dem Arbeitskreis Dienstleistungen der Friedrich Ebert Stiftung:
http://library.fes.de/pdf-files/wiso/09367.pdf

Literatur/Quellen:

Gillwald, K. (2000). Konzepte sozialer Innovation. Berlin, Germany, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung.

Leimeister, J. M. (2012). Dienstleistungsengineering und -management. Heidelberg, Germany, Springer Verlag.

Leimeister, J. M. and C. Peters (2012). Gesellschaftlich notwendige Dienstleistungen - soziale Innovationen denken lernen. WISO-Diskurs - Expertisen und Dokumentationen zur Wirtschafts- und Sozialpolitik. Arbeitspapier des Arbeitskreises Dienstleistungen der Friedrich-Ebert-Stiftung. Bonn, Germany, Friedrich-Ebert-Stiftung, Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik.

ZSI - Centre for Social Innovation. (2012). "Definition sozialer Innovation." Retrieved 27.08.2012, from https://www.zsi.at/about_us/mission_statement_and_vision.

Autoren: Prof. Dr. Marco Leimeister, Professor für Wirtschaftsinformatik der Universität Kassel und Direktor am Forschungszentrum für Informationstechnikgestaltung ITeG & Christoph Peters, Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Fachgebiet Wirtschaftsinformatik der Universität Kassel.

Der Sozialstaat – Das Fundament der Demokratie (Buchrezension)

von Dr. Hans-Joachim Schabedoth

Tagungsdokumentationen wecken unter Nicht-Teilnehmern der Tagung in der Regel kaum große Leselust. Der vorliegende Band einer Tagung vom Oktober 2011 der Stiftung Deutsche Postgewerkschaft weicht erfreulich von dieser Regel ab. Auch wer nicht nur nachlesen will, was ihm am besten gefallen hat, kann Lesefrüchte genießen. Ein erster Erkenntnisgewinn wird schon im Konferenz- und Buchtitel so nebenbei geliefert. Viele rätseln ja noch immer, was hatte Philipp Rösler im Mai 2011 bei seiner Wahl zum obersten Resteverwerter der FDP eigentlich mit seinem eigenartigen Frosch-Gleichnis ausdrücken wollen. Damals quäkte er als noch froh gelaunter und unbedarfter Nachlassverwalter der Westerwelle-Partei folgendes: „Wenn Sie einen Frosch in heißes Wasser werfen, dann hüpft der sofort heraus. Wenn Sie einen Frosch ins kalte Wasser setzen und langsam die Temperatur erhöhen, wird er zuerst nichts merken und nichts machen. Und wenn er etwas merkt, dann ist es zu spät für den Frosch. (Pause)“ So viel zum netten Herrn Rösler. Nach einem späteren Talkshowauftritt konnte vermutet werden, beim „zu spät für den Frosch“ sei die Kanzlerin gemeint. Doch inzwischen weiß man es besser. Wer den Sozialstaat mit Brachialgewalt angeht, der provoziert größere Abwehrreaktionen als durch schleichende Demontageoperationen.

Der schleichende Abbau

Die im Tagungsband dokumentierten Reden und Gespräche erläutern diesen schleichenden Prozess aus unterschiedlichsten Perspektiven. Die marktradikale Abrissbirne hat nach den Erfahrungen mit der Finanzmarktkrise ihre Schuldigkeit getan. In unseren Tagen geht es dem Sozialstaat durch das Übersehen sozialer Notlagen und über die schleichende Austrocknung seiner Finanzierungsbasis an die Wurzeln. Verdi-Ökonom Norbert Reuter analysiert das “Desaster der Finanz- und Steuerpolitik“, das zum armen Staat führte. Der Aufklärungspublizist Albrecht Müller ruft in Erinnerung, wie durch gezielte Meinungsmache der Sozialstaat ins Gerede kam. Die damals amtierende Schröder-Regierung wurde Opfer des Trommelfeuers gegen sogenannte Lohnnebenkosten und für entfesselte Marktkräfte. Irgendwann verloren dann Gerhard Schröder und Joschka Fischer die Lust am geduldigen Widersprechen und Widerstehen. Sie drängten ihre Parteien auf den Kurs „If you can`t beat them, join them“. Natürlich taten sie das nicht ganz so rigide, wie es die damaligen Kreuzzügler gegen den Sozialstaat in allen Talkshows forderten. Die Einsicht, dass es auf Alternativen statt auf Varianten zum Marktradikalismus ankommt, ist durch die Finanzmarktkrise inzwischen gewachsen. Nur noch die

Schwarz-Gelben wollen den toten Gaul „Alle-Macht-den Märkten“ weiterreiten. Angela Merkel spricht sogar von der „marktkonformen Demokratie“.

Die steile Lernkurve in der Sozialdemokratie macht ihr stellvertretender Fraktionsvorsitzender Hubertus Heil erkennbar. Er arbeitet in seinem Beitrag heraus, warum in präventive, vorbeugende Sozialpolitik investiert werden muss, damit wachsende Sozialbedürftigkeit nicht zum Sprengsatz für den gesellschaftlichen Zusammenhalt wird. Ob bessere Einsichten und das Lernen aus politischen Fehlern Früchte tragen, wird sich an der Zusammensetzung des 2013 neu zu wählenden Bundestages besser ablesen lassen. Es steht einiges auf dem Spiel. Lässt sich die Spaltung der Gesellschaft stoppen? Hans-Jochen Vogel, einer der großen Sozialdemokraten unsere Zeit, untersucht, was der verpflichtende Verfassungsauftrag ist. Grundgesetz, Landesverfassungen und Grunddokumente der europäischen Union vertragen sich nicht mit Angela Merkels Vorstellungen von einer „marktkonformen Demokratie“.

Der gute Sozialstaat

Der Staat hat soziale Garantiefunktionen, und die erschöpfen sich nicht in der Abwehr größter Not. Ebenso darf man auch Nikolaus Schneider, den Ratsvorsitzenden der EKD, verstehen, der in seinem Beitrag erklärt, warum auch Teilhabe- und Befähigungsgerechtigkeit notwendig sind, um den inneren Zusammenhang der Gesellschaft zu sichern. Der Journalist Heribert Prantl führt dazu aus: „Der gute Sozialstaat ist keine Unternehmung, die nur auf die Krankheit, die Arbeitslosigkeit, den Schicksalsschlag wartet und dann helfend eingreift. Seine Leistungsstärke zeigt sich also nicht erst und nicht nur am Niveau der Versorgung, wenn dieser Fall eintritt und er dann die Kalamitäten möglichst gut ausgleicht. Sie zeigt sich auch an der Kreativität, mit der er es seinen Bürgern ermöglicht, selbstbestimmt zu leben. Der gute Sozialstaat investiert ins Soziale, zum Beispiel in die Bildung der Kinder der neuen Unterschichten; er verwandelt die Schwäche der Generation Migration in Stärke, er fördert die sprachlichen Kompetenzen und den interkulturellen Reichtum dieser Generation. Solche Sozialpolitik wächst über ihre industriegesellschaftliche Herkunft hinaus.“ Man ahnt schon den Einwand voraus: Gut gemeint, aber wer soll das alles bezahlen? Unter dieser Fragestellung ist die Lektüre des Beitrags von Frank Bsirske besonders ergiebig. „Gerecht geht anders“, so sein Urteil zu den Hinterlassenschaften aus neoliberalen Zeiten, die zwar diskreditiert aber nicht beendet sind. Wer dafür eine schnelle Argumentationszusammenstellung benötigt – etwa für die kommende Wahlauseinandersetzung – findet sie hier auf zehn Druckseiten.

Auch mehr als ein gutes Jahr nach der dokumentierten Konferenz sind Sven Giegolds „Perspektiven für ein sozialstaatliches Europa“ immer noch tagesgültig. Wie konnte es nur passieren, dass offenbar eine Mehrheit der Wähler immer noch glaubt, bei der

amtierenden Regierung sei die Stabilität des Euro, die Sicherung der deutschen Staatsfinanzen sowie Neuausrichtungen zum Schicksal der europäischen Union in guten Händen? Alle Artikel des Buchs bekräftigen einmal mehr, „dass es plausible, humane und gerechte Alternativen zu einem solchen Kurs gibt“, wie Franz Treml, Vorsitzender der DPG-Stiftung, im Vorwort feststellt.

Die Deutsche Telekom und die Deutsche Post DHL, sind das ganz gewöhnliche Konzerne wie all` die andern auch? Gewerkschaftsvertreter nehmen das deutlich anders wahr als Mitglieder der Vorstände. Rene Obermann, einer von ihnen, sieht wirtschaftliche Effizienz und soziale Gerechtigkeit dennoch nicht in einem unauflöslichen Widerspruch. Möge er mehr Gehör finden! In der abschließend dokumentierten Debatte mit Lothar Schröder und anderen Verdi-Insidern über Corporate Social Responsibility ist erkennbar, wie sehr Außenbild und Innenleben noch auseinander klaffen.

Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes, gelangt in seinem Beitrag zu einem Fazit, das die Lektüre des 173 Seiten starken Buches am plausibelsten nahelegt: „Wir haben im Moment eine Politik, die Armut erzeugt. Das ist die Schande, mit der wir es zu tun haben. Wir müssen gemeinsam etwas tun, um dieser Schande langsam ein Ende zu machen.“ An den Gelegenheiten dürfte es nicht fehlen. Nur wer nichts merkt und nichts macht, den können der nette Herr Rösler und seine >Mutti< abkochen bis es zu spät ist.

Über das Buch:

Frank Bsirske/ Andrea Kocsis / Franz Treml (Hrsg.): Gegen den schleichenden Abbau des Sozialstaats. Konsequenzen – Alternativen – Perspektiven, Hamburg 2012.

Autor: Dr. Hans-Joachim Schabedoth, Geboren am 20. Januar 1952, Referent beim Vorstand der IG Metall, Abteilung Gesellschaftspolitik & Grundsatzfragen, in Frankfurt am Main.

Herausforderungen für die internationale Solidarität

von Prof. Dr. Christoph Scherrer

Gegenwehr im Zeitalter der Globalisierung erfordert grenzüberschreitende Solidarität, doch diese stellt sich nicht von selbst ein. Auf allgemeinster Ebene können die Auswirkungen der Globalisierung als eine Verschiebung der Kräfteverhältnisse zu Gunsten der mobileren Elemente in der Gesellschaft gewertet werden. Mobilität verschafft den einzelnen Akteuren eine weitere Option, nämlich die Möglichkeit den jeweiligen Ort zu verlassen (Exit-Option). Dies bedeutet, dass sich die Angewiesenheit auf andere gesellschaftliche Kräfte verringert und entsprechend die Verhandlungsmacht wächst. Mit Ausnahme der hoch qualifizierten Arbeitskräfte, die sich bei entsprechender Mobilität ihre am Markt knappen Fähigkeiten gut bezahlen lassen können, wird die Masse der Bevölkerung gleich doppelt negativ von dieser Kräfteverschiebung betroffen. Zum einen als Lohnabhängige, denn ihre familiären Einbindungen benachteiligen sie mobilitätstechnisch gegenüber dem Kapital. Ihnen können lohn- und arbeitszeitpolitische Zugeständnisse abgerungen werden. Zum anderen als Bürgerinnen und Bürger territorialer Gemeinwesen, die per Definition nicht mobil sind und somit der Exit-Optionen wenig entgegenhalten können. Als solche steigt ihr Anteil an der Steuerlast bei gleichzeitigen staatlichen Leistungskürzungen. Nur durch Absprachen zwischen den jeweils weniger mobilen Kräften kann dieser Kräfteverschiebung begegnet, ein Gegeneinanderausspielen verhindert werden. Somit lautet die allgemeinste Antwort auf die Machtverschiebung im Zuge der Globalisierung: »Proletarier aller Länder vereinigt euch!«.

Der Umsetzung dieses Imperativs des kommunistischen Manifests von 1848 stehen jedoch nicht nur die unterschiedlichen Arbeits- und Lebensumstände der Lohnabhängigen weltweit entgegen, sondern auch die konkreten vielfältigen Schattierungen der Globalisierung, die auf der obig gewählten allgemeinsten Ebene bewusst ausgeblendet wurden. Sie sorgen für Interessenunterschiede oder gar Interessengegensätze. Diese Schattierungen ergeben sich vor allem aus der weltmarktbedingten Erhöhung der Arbeitsproduktivität und aufgrund von Mobilitätsunterschieden.

Wohlstandsgefälle

Eine Vertiefung der internationalen Arbeitsteilung und damit der jeweiligen Spezialisierung sowie der sich daraus sich ergebende Wettbewerbsdruck steigert die Arbeitsproduktivität. Steigende Arbeitsproduktivität ist die Quelle materiellen Reichtums, sie erhöht Verteilungsspielräume. Wem diese Spielräume jedoch zugute

kommen, hängt in komplexer Weise von Macht und Knappheit ab. Trotz rasanter Industrialisierung hat die Masse des globalen Südens einkommensmäßig noch lange keinen Anschluss an den Norden gefunden. Zum einen ist dies die Folge des Angebotsschocks an Arbeitskräften auf dem Weltmarkt durch die Öffnung zuerst von China, dann aller Gebiete unter ehemals sowjetischem Einfluss und schließlich Indiens. Somit wuchs der weltweite Pool an Arbeitskräften nicht nur durch die klassische Freisetzung der in der traditionellen Landwirtschaft gebundenen Arbeitskräfte, sondern durch die Einbringung bisher abgeschotteter industrieller Belegschaften in den Weltmarkt. Entsprechend erhöhte sich die Konkurrenz nicht nur für gering qualifizierte Arbeitskräfte. Selbst in einzelnen Bereichen des Ingenieurswesens kam es zu einem Überangebot an Arbeitskräften.

Zum anderen nutzen die alten kapitalistischen Industrieländer ihre Finanzmacht, ihr in Markenartikel eingebrachtes kulturelles Kapital (»branding«), ihren Wissensvorsprung und ihre Regelsetzungsmacht in den weltwirtschaftlichen Foren zur Sicherung des Wohlstandsgefälles aus. Der weltweite Patentschutz ist für diese Abstandhaltung besonders wichtig, denn er schreibt den Wissensvorsprung auf Jahre fest. Freilich gelingt einigen Regionen des Südens das Aufholen zumindest in den unteren und mittleren Wertschöpfungssegmenten. Zugleich wird die Bevölkerung des Nordens zunehmend weniger an dem aus dem Vorsprung gewonnenen Reichtum beteiligt. Dies ist besonders augenfällig in den angelsächsischen Ländern, aber auch in Deutschland weitet sich mittlerweile die Einkommensschere. Mithin stagniert insgesamt der Verteilungsspielraum.

Gewerkschaftliche Solidarität

Für die Entwicklung grenzüberschreitender gewerkschaftlicher Solidarität stellen diese Trends eine große Herausforderung dar. Soweit Lohnniveauunterschiede dank eines weiterhin bestehenden Produktivitätsgefälles aufrechterhalten werden können, besteht für die Gewerkschaften des Nordens kaum ein Anreiz ins Gespräch mit den Beschäftigten des globalen Südens zu kommen. Wird zudem das Produktivitätsgefälle politisch beispielsweise durch Patente gestützt, besteht sogar ein potenzieller Interessenkonflikt. Entscheiden sich Gewerkschaften für die Ausdehnung bzw. Verteidigung des Patentschutzes, dann stellen sie sich gegen Bestrebungen im Süden, bessere Positionen innerhalb der Wertschöpfungsketten zu erringen. Bündnispolitisch ist dies nicht unproblematisch.

Insofern sich jedoch die Arbeitsproduktivitäten angleichen, geraten die gewerkschaftlichen Mitglieder in eine strukturelle Konkurrenz zu ausländischen Belegschaften. Wird erst dann das Gespräch gesucht, kann leicht der Appell an gewerkschaftliche Solidarität ungehört verpuffen. Die Möglichkeit, Produktivität durch arbeitsorganisatorische Veränderungen zu Lasten der Beschäftigten (z. B. durch längere Maschinenlaufzeiten) zu erhöhen, versetzt bereits die Belegschaften

des Nordens in eine strukturelle Konkurrenz zu einander. Solche Veränderungen kommen einer Aufgabe bisheriger arbeitspolitischer Errungenschaften gleich, die den Druck auf jene Belegschaften erhöht, die solche organisatorischen Maßnahmen noch nicht akzeptiert haben. Wenn auch jene dem Druck erlegen sind, steht eine neue Runde von tarifpolitischen Zugeständnissen an.

Während die Gefahr einer solchen Abwärtsspirale seit langem diskutiert wird, sind die Auswirkungen der deutschen Exportweltmeisterstrategie erst vor kurzem Gesprächsstoff aufgeklärter GewerkschafterInnen geworden. Zu DM-Zeiten konnten sich die westeuropäischen Nachbarländer noch durch Abwertung ihrer Währungen ein Stück weit der deutschen Konkurrenz erwehren, doch im Zeitalter des Euro sind sie dieser Konkurrenz voll ausgesetzt. Auch dies ist natürlich grenzüberschreitender Solidarität abträglich. Angesichts der manifesten Krise des Euros, und damit Europas, besteht vielleicht derzeit ein günstiger Moment über diesen Aspekt des Modell Deutschlands neu nachzudenken. Mit Gewerkschaften der anderen europäischen Mitgliedsstaaten könnten wirtschaftspolitische Alternativen für die Europäische Union erdacht werden, die über eine Kritik an der europäischen Notenbank hinaus weisen und die jeweiligen Standortkonkurrenzstrategien kritisch in den Blick nehmen.

Erste, noch unzureichende Antworten

Im europäischen Raum sind erste institutionelle Formen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit durch die Europäischen Betriebsräte geschaffen worden. Sie werden zunehmend mit Leben gefüllt, d.h. als Foren zur Entwicklung gemeinsamer, grenzüberschreitender Strategien gegenüber der Kapitalseite, insbesondere bei Standortentscheidungen. Sie werden ergänzt um sogenannte GUF-Netzwerke, die von den Global Union Federations zur Vernetzung gewerkschaftlicher FunktionärInnen in einzelnen Konzernen unterstützt werden. Allerdings reichen die Mittel der GUFs nicht zur Verbreiterung und Verstetigung dieser Netze aus. BasisaktivistInnen haben mit viel Engagement vereinzelt eigene Netze gesponnen, die insbesondere dann erfolgreich waren, wenn sie Themen aufgriffen, die von allgemeiner gesellschaftspolitischer Relevanz waren (z.B. Anti-Apartheid) und wenn es ihnen gelang, Betriebsräte oder Gewerkschaften einzubinden. Auf Weltebene sind in den letzten Jahren zahlreiche Internationale Rahmenabkommen zwischen transnationalen Unternehmen und den Global Union Federations abgeschlossen worden, die die Unternehmen verpflichten Kernarbeitsnormen innerhalb ihre Tochterunternehmen einzuhalten und darüber hinaus sicherzustellen, dass auch fremde Zulieferungen unter Achtung dieser Rechte hergestellt werden. In einigen Fällen konnten unter Berufung auf die Abkommen, Arbeitsnormen auch bei Zulieferern gesichert werden, doch insgesamt ist noch unklar, ob dieses Instrument tatsächlich auf breiter Front angewendet werden kann. US-Gewerkschaften versuchen derzeit ihr durchaus bewährtes Konzept „strategischer Kampagnen“ gegen

besonders gewerkschaftsfeindliche Unternehmen zu transnationalisieren. Kooperierende Gewerkschaften in anderen Ländern fühlen sich bei diesen Kampagnen leicht instrumentalisiert. In der Tat stecken die bisher grenzüberschreitend gemeinsam unternommenen Aktivitäten nur ein kleines Spektrum möglicher aber auch notwendiger Solidarität ab. Sie erstrecken sich zum einen auf Informationsaustausch und zaghafte Koordination zwischen Produktionseinheiten innerhalb einzelner transnationaler Konzerne und zum anderen, wo sie über diese Konzerne hinaus reichen, bleiben sie auf untersten Anspruchsniveau, nämlich beschränkt auf die Durchsetzung des Völkerrechts, sprich den Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO). Nur selten reichen gewerkschaftliche Aktivitäten darüber hinaus, wie z.B. die der europäischen HafenarbeiterInnen.

Diese wenigen Ausführungen sollten ausreichen, um die komplexen Interessenlagen bezüglich des Weltmarktes deutlich werden zu lassen. Der Weltmarkt verschärft die strukturelle Konkurrenz unter den abhängig Beschäftigten. Die Standardantwort lautet leider zu häufig noch ein Bündnis mit Unternehmen und Staat auf betrieblicher, regionaler oder nationaler Ebene. Doch all diese bekräftigen nur die strukturelle Konkurrenz. Grenzüberschreitende Bündnisse beginnen erst zaghaft sich zu entwickeln und bleiben zumeist auf Konzernbelegschaften oder die absoluten Mindestrechte begrenzt. Eine Einflussnahme auf die die strukturelle Konkurrenz erwirkenden Rahmenbedingungen steht konzeptionell noch am Anfang. Wie müssten die Regeln der Weltwirtschaft aussehen, damit die Lohnabhängigen nicht systematisch in Konkurrenz zueinander gesetzt werden? Und wie können diese Regeln für eine sozialverträgliche Weltwirtschaft durchgesetzt werden? Die Sozialforen in Porto Allegre und anderen Orten haben die Debatte eröffnet, doch die Antworten stehen noch aus. Einen kleinen Beitrag hierzu versuchen wir in Kassel gemeinsam mit der Hochschule für Wirtschaft in Berlin mit einem internationalen Masterstudiengang Labour Policies and Globalisation zu leisten, der mit Unterstützung der ILO, des DGB und den Stiftungen FES und HBS GewerkschaftsaktivistInnen aus aller Welt an eine Analyse dieser Rahmenbedingungen heranführt.

Autor: Prof. Dr. Christoph Scherrer, Professor für „Globalisierung & Politik“ an der Universität Kassel seit 2000, Mitglied im Redaktionsbeirat von GEGENBLENDE

Mach meinen Kumpel nicht an!

von Giovanni Pollice

Der Verein „Mach meinen Kumpel nicht an!“ wurde 1986 von der DGB-Jugend und dem Jugendmagazin „ran“ gegründet und ist Teil des gewerkschaftlichen Engagements gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Diskriminierung und Rechtspopulismus und setzt sich für Gleichberechtigung und Chancengleichheit von Menschen ein, nicht nur in der Arbeitswelt. Er ist der Verein aller Gewerkschaften im DGB.

Die gewerkschaftlichen Aktivitäten gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit richten sich nicht allein nach „Außen“, sondern auch an die Mitglieder der DGB-Gewerkschaften, denn sie sind nicht immun gegenüber den weit in die Mitte der Gesellschaft reichenden rassistischen und antisemitischen Einstellungen. Die Handlungsfelder gewerkschaftlicher Antirassismusarbeit sind daher neben der Einflussnahme auf Gesellschaft und Politik, insbesondere der Betrieb und die Arbeitswelt.

Der Kumpelverein ist nicht nur einer der ältesten anti-rassistischen Initiativen in Deutschland, sondern auch die EINZIGE, die sich überwiegend auf den betrieblichen Kontext fokussiert hat. Er richtet sich an Multiplikatorinnen und Multiplikatoren aus der Arbeitswelt und unterstützt diese in ihrem Engagement. Zu den wichtigsten Aktivitäten gehören insbesondere der Newsletter „Aktiv + Gleichberechtigt“, der u. a. Aktivitäten der Gewerkschaften gegen Rassismus bekannt gibt und inzwischen als Print- und Online-Version mehrere Tausend Leserinnen und Leser erreicht.

Die Initiative schreibt jedes Jahr den Wettbewerb „Die Gelbe Hand“ aus, der sich an Schülerinnen und Schüler, an AZUBIS und Ausbilder richtet. Damit sollen Jugendliche motiviert werden, sich mit Rassismus in der Arbeitswelt zu beschäftigen. Die Preisverleihung wird als wichtige politisch-inhaltliche Veranstaltung durchgeführt. Schirmherr für den diesjährigen Wettbewerb sind der Ministerpräsident des Landes Baden-Württemberg, Winfried Kretschmann und der Vorsitzende der Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG), Alexander Kirchner.

Einsendeschluss ist der 31. Januar 2013

Außerdem betreibt der Verein auf der Webseite www.gelbehand.de eine Datenbank „Gute Beispiele aus der Praxis für die Praxis“. Sie informiert über vorbildhafte Aktivitäten aus der Arbeitswelt und dokumentiert das gewerkschaftliche Engagement gegen Rassismus und Rechtsextremismus.

Vor etwa 5 Jahre wurde die Möglichkeit der Fördermitgliedschaft geschaffen. Heute hat der Verein mehr als 500 Fördermitglieder; Tendenz steigend**. Der jährliche Mindestbeitrag**, den man von der Steuer absetzen kann, beläuft sich auf **36 €.** Insgesamt wollen wir in den kommenden Jahren die eben erläuterten Aktivitäten des Vereins ausbauen und verstetigen. Neben der inhaltlichen Fortentwicklung ist das zweite Ziel, die Arbeit des Kumpelvereins als Unterstützer der Gewerkschaften in den oben genannten Themenfeldern weiter auszubauen.

Wir alle wissen um die Wichtigkeit beispielhaften Engagements gegen Rassismus, Antisemitismus und Islamophobie. Gleichwohl gilt es, dieses Engagement einzubinden in eine politische und gesellschaftliche Strategie, die den gleichberechtigten Zugang zu Arbeit, Ausbildung und Wohlstand ermöglicht, die Gleichbehandlung fördert und ein Klima schafft, in dem kulturelle Unterschiede nicht mehr als eine Gefahr, sondern als eine Bereicherung wahrgenommen werden. Mit den deutschen Gewerkschaften bekämpfen wir zusammen Fremdenfeindlichkeit, Rassismus, Rechtsextremismus und treten für Menschlichkeit und Akzeptanz ein.

Die Morde und Anschläge des so genannten „Nationalsozialistischen Untergrunds“ (NSU) weisen auf eine neue Gefahr durch rechtsterroristische Gruppierungen und ihre Netzwerke hin. Rechtsextreme Organisationen, Gruppen und Parteien setzen bei der Verbreitung ihrer rassistischen und nationalistischen Propaganda seit längerem auf das Internet. Sie verstärken ihre Hetze im Social Web. YouTube, Facebook und Twitter sind für die Rechtsextremen wichtige Instrumente zur Verbreitung ihrer menschenverachtenden Ideologie und zur Werbung für Aktionen. Entgegen der weit verbreiteten Auffassung, werden rechtsextreme Inhalte zu einem großen Teil über Server in Deutschland verbreitet

Rassistische Einstellungen und diskriminierende Verhaltensweisen beeinträchtigen den Zusammenhalt in einer vielfältigen Gesellschaft. Untersuchungen weisen nach, dass rassistische Einstellungen in allen Schichten der Bevölkerung und auch bei Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern vorhanden sind, deshalb muss Rassismus und Rechtsextremismus von unserem Staat entschlossen und mit der notwendigen Härte bekämpft werden. Wir fordern das Verbot der NPD. Außerdem muss die Zivilcourage der Menschen gefördert werden.

Sich gegen Rassismus, Antisemitismus, Rechtsextremismus und Gewalt und für Minderheiten einzusetzen – dafür braucht es einen langen Atem. Erfolge, sofern diese überhaupt messbar und darstellbar sind, stellen sich nur spärlich ein. Gerade die kleinen, alltäglichen Schritte, die vielleicht wenig spektakulär und wenig öffentlichkeitswirksam, aber nicht weniger wichtig sind, bleiben unbeachtet. Sie sind aber notwendig. Rassismus und Rechtsextremismus sind in jeder Erscheinungsform eine Gefahr für unsere Gesellschaft. Deshalb ist es notwendiger denn je sich dagegen zur Wehr zu setzen. Der Verein "Mach meinen Kumpel nicht an!" unterstützt alle, die

bereit sind das zu tun. Im Kampf gegen Fremdenfeindlichkeit, Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus werden wir nur dann Erfolg haben, wenn wir in unserem Engagement nicht nachlassen. Wenn wir in einer weltoffenen und von Akzeptanz geprägten Gesellschaft leben wollen, dürfen wir uns nicht nur auf den Staat verlassen, sondern müssen selbst aktiv werden. Hierzu gibt es keine Alternative.

www.gelbehand.de und www.facebook.de/gelbehand

Autor: Giovanni Pollice, geboren am 20.06.1954 in Capracotta/Italien, Leiter der Abteilung Migration/Integration beim Hauptvorstand der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie in Hannover.

Die Durchsetzungsrichtlinie zur europäischen Arbeitnehmerentsenderichtlinie ist eine neoliberale Mogelpackung

von Frank Schmidt-Hullmann

Regeln für grenzüberschreitende Arbeitnehmerentsendung – eine unendliche Geschichte

In den letzten 15 Jahren hat die EU-Kommission im Bunde mit dem Europäischen Gerichtshof(EuGH) die konkreten Kontrollmöglichkeiten der Mitgliedsstaaten gegenüber Entsendefirmen, die ihre Beschäftigten grenzüberschreitend einsetzen, immer mehr eingeschränkt. Und selbst ihre Teilniederlage bei der Bolkesteinrichtlinie hat sie davon nicht abgebracht. Es gab den Versuch, mit einer „Entsendeleitlinie“ die Mitgliedstaaten einzuschüchtern. Es gab Vertragsverletzungsverfahren gegen einige Mitgliedstaaten, z.B. Luxemburg und Deutschland, immer mit dem Ziel, noch den unseriösesten Unternehmern freie Bahn bei der Ausbeutung von Entsendebeschäftigten zu verschaffen. Die Arbeitnehmerentsenderichtlinie, mit der die damalige Kommission vor fast 20 Jahren eigentlich den Schutz der Entsendearbeiter vor unlauteren Praktiken beabsichtigt hatte, wurde in ihr Gegenteil uminterpretiert. Nach neuer Lesart sollte sie nun die entsendenden Unternehmen vor den Zielländern schützen und das alles im Namen der „Europäischen Dienstleistungsfreiheit“.

Zwar sehen die entsprechenden Artikel der Europäischen Verträge immer noch vor, dass Dienstleistungsfreiheit nur darin besteht, in einem anderen Mitgliedstaat vorübergehend Dienste **zu den dort geltenden Regeln** zu erbringen, also nicht gegenüber dortigen Unternehmen diskriminiert zu werden, ohne aber Sonderrechte zu genießen. Aber der ebenfalls zum Binnenmarktfundamentalismus neigende Europäische Gerichtshof hat dies gegen den Wortlaut der Verträge in eine grundsätzliche **Befreiung** der Dienstleistungserbringung **von den dort geltenden Regeln** umgedeutet, es sei denn, die rechtlichen Regeln ließen sich besonders rechtfertigen.
Parallel dazu wurde aber in immer mehr EU-Mitgliedstaaten deutlich, dass viele Entsender ihren Geschäftszweck hauptsächlich darin haben, örtliche Mindeststandards zu unterlaufen und dadurch Arbeitskräfte zu Preisen zu liefern, die den Beschäftigten am Arbeitsort keine langfristige Lebensführung erlauben. Das funktioniert in der Regel nur bei Mindestlohnbetrug und Gruppenunterbringung sowie einem Verbleib der Familien im Heimatland.

Beispiele und Urteile

Entsendung von osteuropäischen Monteuren über Briefkastenfirmen in Zypern auf AKW-Baustellen in Frankreich und Finnland unter skandalösen Bedingungen, Gefährdung von Verkehrsteilnehmern durch übermüdete „entsandte“ LKW-Fahrer, immer mehr organisierte Scheinselbständigkeit zur Umgehung des Arbeits- und Sozialrechts, massenhafte Entsendung in Fleischfabriken – all dies hat dazu geführt, dass es inzwischen nicht mehr nur die Baugewerkschaften in Europa sind, die diese Zustände anprangern. Mit den EuGH-Urteilen in den Fällen Laval, Rüffert und Luxemburg wurden die Möglichkeiten der Zielländer zur Bekämpfung dieser Missbräuche dennoch weiter beschränkt.

Der politische Druck der Gewerkschaften, Europaabgeordneten und Regierungsstellen vieler Mitgliedstaaten auf die EU-Kommission führte bei der Wiederwahl des Kommissionspräsidenten Barroso 2009 dazu, dass er versprach, das Sozialdumping bei der Entsendung besser zu bekämpfen. Die von ihm damals angekündigten Richtlinien aber ließen auf sich warten. 2012 hat die Kommission nach vielen Terminverschiebungen den Entwurf einer so genannten Umsetzungsrichtlinie zur Arbeitnehmerentsenderichtlinie vorgelegt. Er soll der Missbrauchsbekämpfung bei der Entsendung dienen. Auf ihrer Webseite verkündete die Kommission stolz: „*Kommission stärkt Schutz für entsandte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer*“ [i]. Leider ist das eine propagandistische Mogelpackung, denn trotz einiger guter Ansätze bei der grenzüberschreitenden Vollstreckung und gegenseitigen Information ist dieses Vorhaben ansonsten gründlich misslungen.

Was beinhaltet der Richtlinienentwurf und was bedeutet er für uns und die entsandten Beschäftigten?

Er würde das Kontrollsystem der Mitgliedstaaten gegenüber Entsendemissbräuchen und den Schutz entsandter Beschäftigter vor Betrug durch ihren Arbeitgeber weiter abschwächen. Das Sozialdumping würde durch diese Richtlinie gefördert statt bekämpft. Der Entwurf geht erheblich über die ohnehin schon fragwürdige EuGH-Rechtsprechung zur Einschränkung der Kontrollmöglichkeiten hinaus. Auch in Deutschland hätte die Neuregelung schwere Konsequenzen für die entsandten Beschäftigten, die Möglichkeiten der Kontrollbehörden und für die effektive Bekämpfung des Sozialdumpings im Rahmen von Werkverträgen. Der Entwurf greift zugunsten von Entsendefirmen und Auftraggebern massiv in das hier geltende Arbeitnehmerentsendegesetz ein, obwohl es in der aktuellen Fassung allen Vorgaben des Europäischen Gerichthofes entspricht.

1. Im Gegensatz zur jetzigen europäischen und nationalen Rechtslage sieht der Entwurf vor, dass das Arbeitsland vom entsendenden Unternehmen nicht mehr die Benennung eines Zustellbevollmächtigten im Arbeitsland verlangen darf. Damit wird die Zustellung von Arbeitsschutzauflagen, Bußgeldbescheiden, Vorlageforderungen von Dokumenten usw. künstlich erschwert. Übersetzungen von fremdsprachigen Verträgen usw. darf das Arbeitsland nur noch verlangen, wenn die Dokumente standardisiert und nicht ungewöhnlich lang sind. Was macht ein Unternehmer mit Betrugsabsichten? Er bläht den Arbeitsvertrag einfach auf und schon kann der Kontrollbeamte nur noch rätseln, was das vierzehnseitige lettische Dokument bedeuten soll. Bis es übersetzt wird, ist der Unternehmer über alle Berge.
2. Momentan haftet jede Firma, die Unteraufträge vergibt, in allen Mindestlohnbranchen in Deutschland unabhängig von ihrem Verschulden für die Nettolohnzahlung (und die Urlaubskassenbeiträge am Bau) für alle weiteren Unterauftragnehmer. In Zukunft soll sich das auftraggebende Unternehmen und jedes weitere Unternehmen in der Subunternehmerkette unter ihm darauf berufen können, es selbst habe die notwendige Sorgfalt angewendet, um nicht mehr zahlen zu müssen. Als Beweis soll dabei reichen, dass es sich irgendwelche, vom Subunternehmer fabrizierte „Beweise“ für die Lohnzahlung zeigen lässt. Diese „Beweise“ liegen zur Täuschung der Kontrollbehörden aber schon jetzt vor, indem z.B. von Arbeitern Blankounterschriften verlangt werden, auf die man dann angebliche Verträge, Zahlungsquittungen, Arbeitszeitnachweise usw. mit dem Computer aufdruckt oder indem sie leere Listen usw. unterschreiben müssen, die man dann passend ausfüllt. Die Neuregelung würde also in der Realität zum Gegenteil einer Auftraggeberhaftung führen. Dabei kommt sie schon heute ja nur dann zum Zug, wenn der Mindestlohn tatsächlich nicht gezahlt wurde, also die schöne Papierlage nicht stimmte. Die deutsche Regelung ist nach EuGH-

Auffassung europarechtskonform. Wir haben durch sie Tausenden geprellten Entsendebeschäftigten zu ihren Löhnen verhelfen können. In all diesen Fällen wusste das Auftraggeberunternehmen trotz der gefälschten Lohnlisten usw. sehr genau, was mit den Arbeitern durch den Subunternehmer getrieben wurde. Denn es hatte Unteraufträge zu Arbeiterstundenverrechnungssätzen von 12-18 € an Subunternehmer vergeben, obwohl auch ein Entsendeunternehmen aus Osteuropa mindestens ca. 26-27€ pro Arbeiterstunde benötigt, um nur korrekt Steuer und SV im Herkunftsland und Umsatzsteuer, Mindestlohn und Urlaubskasse in Deutschland zu zahlen.

3. Aber auch der Versuch des Entwurfs, Briefkastenfirmen und Scheinentsendungen durch genauere Definitionen besser zu bekämpfen, entpuppt sich als ein einziges Desaster: Der Entwurf unternimmt zwar den Versuch, genauer zu definieren, was ordnungsgemäße Entsendefirmen und entsandte Beschäftigte im Sinne der seit 1996 existierenden Arbeitnehmerentsenderichtlinie sein sollen. Die Rechtsfolge bei Verstößen dagegen bleibt aber völlig offen. Als ordnungsgemäß wird beispielsweise definiert, dass der Arbeitgeber die Unterkunft während der vorübergehenden Entsendung bezahlt. Hört sich gut an. Aber was passiert, wenn der Arbeitgeber die Unterkunft nicht zahlt, sondern die Kosten vom Lohn abzieht, wie dies bei Entsendefirmen gängig ist? Ist der Arbeiter dann kein Entsendearbeiter mehr und hat er dann möglicherweise auch keinen Anspruch mehr auf die Mindestlöhne des Arbeitslandes, wird er also doppelt bestraft? Gilt dann nur noch das Herkunftslandrecht? Darüber schweigt der Entwurf zwar, aber in der Begründung wird dazu auf die „Rom1“-Verordnung der EU verwiesen. Nach dieser würde in solchen Fällen in der Regel das Recht des Herkunftslandes gelten. Das berüchtigte Herkunftslandprinzip von Bolkestein käme also durch die Hintertür doch noch zum Zuge.
4. Der Entwurf lässt sich so lesen, als könnten Kontrollen im Gastland künftig nur nach vorheriger Aufforderung durch das Sitzland des Unternehmens erfolgen. Das Ergebnis wäre verheerend. Kein einziges Land in der EU unternimmt nennenswerte Versuche, die Tätigkeit seiner eigenen Entsendefirmen und die Einhaltung der Mindeststandards des anderen Landes zugunsten der Beschäftigten wirksam zu kontrollieren. Im Gegenteil, selbst Sozialversicherungsdumping bei der Entsendung im Vergleich zu Tätigkeiten desselben Unternehmens im Inland wird von einigen Herkunftsländern durch Sonderregelungen oder systematisches Wegschauen ermöglicht, z.B. eine Beitragszahlung zum heimischen, niedrigsten Mindestlohn statt zum effektiv gezahlten Lohn, solange die Beschäftigten im Ausland eingesetzt werden. Das dient zwar der Exportbilanz, ist aber zum Schaden der Beschäftigten selbst. Sie bekommen nach ihrer Rückkehr niedrigeres Arbeitslosengeld und niedrigere Rente, als sie bei der gleichen Inlandstätigkeit bekommen hätten, und das trotz höherer Lohnzahlungen während der Entsendung.

Fazit

Durch diese Richtlinie droht im Vergleich zum keinesfalls befriedigenden Istzustand ein weiter verringerter Schutz für entsandte Beschäftigte und noch mehr Sozialdumping. Die kritischen Teile des Richtlinienentwurfs müssen vom Europäischen Parlament und vom Rat grundlegend überarbeitet werden. Der aktuelle Änderungsvorschlag der polnischen Berichterstatterin ist allerdings noch schlimmer als der Kommissionsentwurf. Bessere Änderungsanträge in die Gegenrichtung liegen im Parlament aber ebenfalls auf dem Tisch und werden von der Minderheit aus Sozialdemokraten, Grünen und Linken sowie einigen Christdemokraten aus Westeuropa und Deutschland unterstützt. Diese Kräfte müssen jetzt zusammenarbeiten und wir müssen massiven Druck machen, damit der Entwurf deutlich geändert wird. Gelingt dies nicht, muss das Vorhaben komplett abgelehnt werden. Dafür demonstrieren wir am **23.1.2013 europaweit in Brüssel unter dem Motto „Stoppt das Sozialdumping in Europa“.**

Literatur/Quellen:

---

[i] http://ec.europa.eu/social/main.jsp?langId=de&catId=471&newsId=1234&furtherNews=yes

Autor: Frank Schmidt-Hullmann, geboren 1956, Leiter der Abteilung Internationales und Europäische Baupolitik beim Bundesvorstand der IG BAU

Wie Europa aus der Krise kommt

von Robert Misik

Angela Merkel wählte für ihre diesjährige Neujahrsansprache eine besondere Kunstform: die heldenhafte Einstimmung auf schwere Zeiten. Das wirtschaftliche Umfeld werde "nächstes Jahr nicht einfacher, sondern schwieriger. ... Die Krise ist noch längst nicht überwunden." Davor schon hatte sie nach dem EU-Gipfel Mitte September gesagt: "Wir müssen auch im nächsten Jahr...eher mit sehr kleinen Wachstumsraten, in einigen Ländern sogar mit negativem Wachstum rechnen. Wir müssen weiter mit sehr, sehr hoher Arbeitslosigkeit rechnen."

Die pathetische Ankündigung schwerer Zeiten ist eine altgediente rhetorische Figur, deren klassische Version die legendäre "Blood, Sweat & Tears"-Rede von Winston Churchill bildet ("Ich habe Euch nichts zu versprechen außer Blut, Schweiß und Tränen"). Churchill stand in einem Krieg, der seinem Land aufgezwungen wurde, der ihm und den britischen Bürgern als gerechte Sache erschien, die Opfer rechtfertigte. Frau Merkel dagegen spricht von einem "wirtschaftlichen Umfeld", das auch "nächstes Jahr nicht einfacher, sondern schwieriger" wird - als wäre das eine objektive, irgendwie unabwendbare Sache, und als hätte sie damit überhaupt nichts zu tun.

Dabei ist natürlich der verallgemeinerte Austeritätskurs im Zusammenspiel mit *Bail-Out*-Programmen, die Banken und vermögende Eliten schonen und den einfachen Bürgern die Zeche zahlen lassen, die entscheidende Ursache dafür, dass es 2013 in Europa weiter bergab gehen wird. Die schweren Zeiten, vor denen Merkel warnt, sind vor allem deshalb schwere Zeiten, weil Europa unter dem Diktat deutscher Konservativer die falsche Politik macht. Kurzum: Merkel warnt vor den schweren Zeiten, die sie selbst herbeiführt.

Mehr als 6 Jahre Rezession

Die Eurozone als ganzes befindet sich längst schon wieder in einer Rezession. Die Wirtschaftsleistung von Euro-Europa schrumpft. Die angeschlagenen Euro-Länder, vor allem im Süden, befinden sich teilweise im sechsten Jahr ununterbrochener Rezession (mit allem menschlichen Leid und Elend, das damit verbunden ist), und auch die starken Euro-Länder können im kommenden Jahr froh sein, wenn sie mit Wachstumsraten von +/- 0 Prozent davon kommen. Europa schlittert in eine Rezession, die man mit gutem Recht die "Merkel-Rezession" nennen kann.

Paradoxerweise ist diese „Austeritäts“- Politik, insbesondere in den nördlichen EU-Staaten nicht einmal sonderlich unpopulär, was damit zusammen hängt, dass die Bürgerinnen und Bürger nicht recht sehen, was anders gemacht werden könnte. Sie haben ohnehin den Eindruck, dass hunderte Milliarden in die Hand genommen werden, um den Ländern des Südens zu helfen (das, was der amerikanische Nationalökonom James K. Galbraith unlängst "strafende Hilfe" genannt hat), und dass weitere finanzielle Ressourcen für konjunkturstabilisierende Stimulusprogramme einfach nicht vorhanden sind - es sei denn, man wolle weiter am Rad der schuldenfinanzierten Staatsausgaben drehen. Aber dafür gibt es erstens keine Mehrheiten. Und in vielen europäischen Ländern auch keinen realistischen Spielraum.

Alternativen

Wer also den Austeritätsgläubigen den Wind aus den Segeln nehmen will, braucht realistische Pläne. Der griechische Ökonom Yanis Varoufakis und der britische Volkswirt (und ehemalige Labour-Politiker) Stuart Holland haben schon vor etwas mehr als eineinhalb Jahren einen "Bescheidenen Vorschlag zur Lösung der Euro-Krise" vorgelegt ("A Modest Proposal for Overcoming the Euro Crisis"), den sie seither mehrmals aktualisiert und verbessert haben. "Bescheiden" ist dieser Vorschlag, weil er im Kontext der vorhandenen EU-Institutionen und Regularien denkt, und keine weitreichenden EU-Vertragsänderungen voraussetzt, die zwar möglicherweise wünschenswert sind, aber realistischerweise auf kurze und mittlere Sicht nicht kommen werden. Ausgangspunkt ihrer Überlegungen ist der Umstand, dass die gegenwärtigen *Bail-Out*-Politiken von ESM und EZB die Krise kaum entspannen (weder reduziert sich die Staatsschuld signifikant, noch kommt die Wirtschaft in Schwung), dafür aber im alleinigen Interesse der Banken-Shareholder und Investoren sind. Nicht die "fleißigen Deutschen" zahlen für "faule Südländer", sondern gierige und korrupte Finanzeliten halten sich da wie dort, in Deutschland wie in Griechenland, schadlos, während die normalen Bürger die Zeche zahlen dürfen.

Wie sieht nun der Alternativplan der beiden Ökonomen aus? Shareholder der Banken sollen an den Krisenkosten beteiligt werden. Ein Teil der nationalen Staatsschulden sollen in EZB-Bonds umgewandelt werden, also *de facto* von der Zentralbank übernommen werden, aber auf Basis eines komplexen Mechanismus, sodass fiskalische Unverantwortlichkeit nicht belohnt wird. Mit diesen EZB-Bonds sollen überschüssige Spareinlagen angezogen werden, was zu einem liquiden Markt und niedrigen Zinsen führt. Über den Schuldentransfer hinaus könnten mit solchen EZB-Bonds wichtige Infrastrukturmaßnahmen finanziert werden. Eine starke Rolle in diesem Plan kommt der Europäischen Investmentbank (EIB) zu, die schon seit fünfzig Jahren solche Bonds herausgibt und deren Bilanzsumme heute bereits beim doppelten der Weltbank liegt. Die EIB könnte, gerade in Zeiten des beklagten

"Anlagenotstands" (Investoren finden kaum eine Möglichkeit, ihr Geld sicher und zu vernünftigen Zinsen anzulegen), überschüssige Spareinlagen in Investitionen umwandeln, und damit ein "European Economic Revovery Programme" im Stile des Rooseveltschen New Deal etablieren: Nützliche Investitionen, von Solarstrom bis effiziente Energiesysteme könnten ebenso finanziert werden wie eine Hochgeschwindigkeits-Zugtrasse, die Griechenland und den Balkan mit Nordeuropa verbindet.

Solche Investitionen würden sich langfristig sogar von selbst finanzieren (über die künftigen Erlöse), sie würden allen nützen, und gerade in den Krisenstaaten der Peripherie die dringend benötigten Arbeitsplätze schaffen. All das wäre eigentlich leicht möglich, so müsste die EIB nur ein paar Halbsätze in ihren Richtlinien ändern. Beispielsweise müsste die heute noch zwingend vorgeschriebene Co-Finanzierung durch die nationalen Regierungen gestrichen werden (dasselbe gilt übrigens für viele Förderprogramme der EU-Kommission), da den klammen Nationalstaaten einfach das Geld für ihren Anteil fehlt. Schon heute kann Griechenland einen Großteil seiner Gelder aus dem EU-Strukturfonds nicht abrufen, sie verfallen also nutzlos, da das Geld für die Co-Finanzierung nicht da ist. Das dritte Standbein im Plan der beiden Ökonomen ist eine direkte Bankenkonsolidierung durch EZB und ESM, also nicht mehr über den Umweg durch die Nationalstaaten, wozu auch eine gesamteuropäische Bankenaufsicht gehört, die über die im Herbst beschlossenen Pläne hinaus gehen muss.

Der Charme dieses Plans liegt darin, dass er alle drei miteinander verbundenen Krisen im Auge hat, unter denen die Mitgliedsstaaten gerade leiden: die Schuldenkrise der öffentlichen Haushalte, die Bankenkrise und die Krise mangelnder Investitionstätigkeit, und dass brachliegende Spareinlagen für Investitionen mobilisiert werden, ohne dass damit weitere Haushaltsdefizite in Kauf genommen werden müssten.

Der „Marshall“-Plan für Europa

In eine ganz ähnliche Richtung geht der Vorschlag für einen "Marshallplan für Europa", den der Deutsche Gewerkschaftsbund Anfang September vorgelegt hat - ein penibel durchkalkulierter Plan, der sich "als ein auf 10 Jahre (von 2013 bis 2022) angelegtes Investitions- und Aufbauprogramm für alle 27 EU-Länder" versteht. Jährlich soll der Plan 260 Milliarden Euro mobilisieren, was knapp 2 Prozent des europäischen BIP entspricht. Anders als im Plan der beiden oben genannten Ökonomen sollen die Investitionen nicht über eine bestehende Institution wie die EIB aufgebracht werden, sondern über einen "Europäischen Zukunftsfonds". Die Idee ist aber eine sehr ähnliche: "In Westeuropa stehen 27.000 Milliarden Euro an Geldvermögen einer schrumpfenden Zahl von sicheren und rentablen

Anlagemöglichkeiten gegenüber: Diese Situation birgt die große Chance, das vorhandene Kapital Europa für die Investitionen in seine Zukunft umzulenken."

Der Fonds soll 10jährige "New Deal Anleihen" ausgeben, deren Zinsverpflichtungen aus den Einnahmen durch eine Finanztransaktionsteuer finanziert werden sollen. Die notwendige Eigenkapitalausstattung des Fonds soll durch eine einmalige Vermögensabgabe gestemmt werden. Der Fonds würde als solventer Schuldner gelten, was die Zinsen für die Anleihen niedrig hält. Auf diese Weise würden innerhalb von 10 Jahren rund 2.500 Milliarden Euro in den ökosozialen Umbau unserer Industrie, in nachhaltige Stromerzeugung, effiziente Energiesysteme, neue Verkehrsinfrastruktur etc. gelenkt, was sowohl in den krisengebeutelten Ländern wie auch den starken Euro-Volkswirtschaften neue Arbeitsplätze schafft und unsere Gesellschaften moderner und lebenswerter macht.

Im Unterschied zum 3-Punkte-Plan von Varoufakis und Holland ist der Marshallplan des DGB freilich "nur" ein Programm zur Lösung der Unter-Investitions-Krise und hat die Banken- und Staatsschuldenkrise nicht speziell im Auge - wobei diese drei Krisen natürlich miteinander verbunden sind, weshalb eine prosperierende Realwirtschaft auch die Schuldenkrisen der Finanzinstitutionen und der öffentlichen Haushalte entspannen würde.

Franklin D. Roosevelt, der legendäre progressive Anführer des amerikanischen New Deal, hat einmal gesagt: "Es steht für mich außer Frage, dass das Land für mindestens eine Generation ziemlich radikal werden muss. Die Geschichte lehrt, dass Nationen, in denen das gelegentlich passiert, Revolutionen erspart bleiben." Nun hat das Wort "radikal" heute keinen so guten Klang. Aber in unsere zeitgenössische Sprache übersetzt: Es gibt Situationen, da hilft das tägliche Klein-Klein nicht mehr weiter. Es verschärft die Krise oft noch, oder kauft nur Zeit. In solchen Situationen braucht es ambitionierte Pläne, die den gordischen Knoten durchschlagen. Pläne wie die, die hier gerade vorgesellt wurden, gehen jedenfalls in die richtige Richtung.

Autor: Robert Misik, Österreichischer Publizist und Journalist, geboren am 3. Januar 1966 in Wien

Ausbildungsgarantie in Österreich

von Michael Trinko

Um einen Überblick über die Ausbildungsgarantie für Jugendliche in Österreich zu geben, scheint es sinnvoll, zu Beginn das österreichische Modell der betrieblichen dualen Berufsausbildung kurz zu skizzieren. Die Ausbildung in einem Lehrberuf steht grundsätzlich allen Jugendlichen offen, die die neunjährige Schulpflicht abgeschlossen haben. Die duale Ausbildung setzt sich aus folgenden zwei Bereichen zusammen:

- Ausbildung im Betrieb
- Berufsschule

Ungefähr 80 Prozent der Lehrzeit verbringt der auszubildende Jugendliche im Betrieb. Diese Zeit dient zur Vermittlung von berufsspezifischen Kenntnissen und Fertigkeiten. Weiterhin verbringt der Jugendliche ungefähr 20 Prozent seiner Lehrzeit in einer Berufsschule, die die Aufgabe hat, fachtheoretisches Grundwissen zu vermitteln und die Allgemeinbildung zu erweitern.[1]

Etwa 40 Prozent der Mädchen und Jungen eines Jahrgangs beginnen nach dem Pflichtschulabschluss eine Lehre. Jugendliche haben die Möglichkeit, aus ca. 250 gewerblichen, industriellen und dienstleistungsorientierten Lehrberufen zu wählen. Die Dauer der Ausbildung beträgt je nach Lehrberuf zwei, zweieinhalb, dreieinhalb oder vier Jahre. [2]

Lehrlingszahlen in Österreich

Mit Stichtag 31. Dezember 2011 weist die Lehrlingsstatistik der Wirtschaftskammer Österreich eine Gesamtzahl von 128.078 Lehrlingen (inklusive Jugendliche in der überbetrieblichen Ausbildung) aus, die in 35.084 Lehrbetrieben ihre Ausbildung absolvieren. Der Anteil der Lehrlinge nach Sparten betrachtet ergibt folgendes Bild: Die meisten Lehrlinge (43,8 Prozent) wurden im Jahr 2011 in der Sparte Gewerbe und Handwerk ausgebildet. 12,7 Prozent der Lehrlinge absolvierten ihre Lehre in der Industrie und 14,8 Prozent im Handel. [3] Vergleicht man die Lehrlingsstatistik von 2011 mit dem Jahr 1980 (194.069 Lehrlinge), dann ist festzustellen, dass seit 1980 rund 66.000 Lehrstellen weniger in Österreich zur Verfügung stehen.[4]

Lehre mit Matura

Mit der Berufsmatura oder Berufsreifeprüfung bietet die Lehre auch für den tertiären Bildungsweg ein gutes Fundament. Seit Herbst 2008 besteht in Österreich für alle Lehrlinge die Möglichkeit, die Berufsmatura kostenfrei und parallel zur Lehre zu absolvieren. Die Berufsreifeprüfung (BRP), wie sie im Gesetzestext genannt wird, vermittelt die allgemeine Hochschulreife und berechtigt den/die AbsolventIn damit in Österreich zum Besuch von Universitäten, Fachhochschulen, Pädagogischen Hochschulen, Kollegs sowie anderen Ausbildungen auf Postsekundarebene, die eine Reifeprüfung voraussetzen. Im Rahmen der Berufsreifeprüfung müssen vier Teilprüfungen, je eine in Deutsch, Mathematik, einer lebenden Fremdsprache sowie eine Prüfung aus dem Fachbereich entsprechend dem Berufsfeld des Lehrlings absolviert werden.[5]

Die Integrative Berufsausbildung

Im Jahr 2003 wurde in Österreich zudem die gesetzliche Grundlage für eine integrative Berufsausbildung für „benachteiligte Personen mit persönlichen Vermittlungshindernissen“ geschaffen. Dabei handelt es sich insbesondere um Personen mit sonderpädagogischem Förderbedarf, mit Behinderungen oder anderen sozialen Benachteiligungen, die nicht in eine betriebliche Lehrstelle vermittelt werden können. Diese Ausbildung ist entweder als Lehrausbildung mit verlängerter Lehrzeit gestaltet, oder es werden Teilqualifikationen vermittelt, die den Eintritt in den Arbeitsmarkt ermöglichen, wenn die Erreichung eines Lehrabschlusses nicht möglich ist.

Die Integrative Berufsausbildung wird von einer Berufsausbildungsassistenz begleitet, deren Aufgabe die Begleitung und Unterstützung der Jugendlichen während der Ausbildung beziehungsweise der Schule ist.[6] Ende Dezember 2011 befanden sich 5.507 Lehrlinge in einer integrativen Berufsausbildung. Der überwiegende Teil der Jugendlichen befand sich dabei 2011 zwar in einer Ausbildung im Unternehmen (61 Prozent). Grundsätzlich aber kann eine Integrative Berufsausbildung auch in einer Überbetrieblichen Ausbildungseinrichtung absolviert werden. Rund 73 Prozent der IBA-Lehrlinge absolvierten 2011 die Integrative Berufsausbildung in Form einer Verlängerung der Lehrzeit, 27 Prozent in Form einer Teilqualifizierung.[7]

Die österreichische Ausbildungsgarantie im Rahmen der Überbetrieblichen Berufsausbildung (ÜBA)

Überbetrieblich organisierte Ausbildungsplätze wurden, nachdem die Lehrstellenkrise ihren Höhepunkt erreicht hatte, im Zuge der Implementierung des

Auffangnetzes für erfolglos Lehrstellen-Suchende Jugendliche erstmals 1998 auf bundesweit einheitlicher Rechtsbasis zur Verfügung gestellt: Im Zuge des Nationalen Aktionsplans für Beschäftigung (NAP) waren zunächst das Jugendausbildungs-Sicherungsgesetz (JASG) beschlossen und eine überbetriebliche Form der dualen Ausbildung eingerichtet worden.

Mit der Novelle des Berufsausbildungsgesetzes (BAG) 2008 wurde dann die aktuelle, neue gesetzliche Grundlage für die Lehrausbildung außerhalb von Betrieben geschaffen: Per 1.1.2009 gelten die spezifischen Maßnahmen des so genannten Arbeitsmarktservice im Rahmen der überbetrieblichen Lehrausbildung (§30b BAG). Ergänzend zum weiterhin prioritären betrieblichen Lehrstellenangebot wurde nunmehr die überbetriebliche Berufsausbildung als regulärer Bestandteil der dualen Berufsausbildung etabliert und als Element der Ausbildungsgarantie für Jugendliche bis 18 Jahre ausgebaut.

Aktuell ist grundsätzlich zwischen zwei Modellen der ÜBA zu unterscheiden. Beiden Modellen gemeinsam ist die Zielsetzung, Jugendliche in ein betriebliches Lehrverhältnis zu vermitteln. Allerdings stellt das eine Modell (ÜBA 1) ein Lehrgangsmodell dar, das die Absolvierung der gesamten Lehrausbildung in einer überbetrieblichen Ausbildungseinrichtung mit Praxisphasen in Betrieben und ggf. in Kooperation mit einer betrieblichen Lehrwerkstätte ermöglicht. Die Ausbildung in der ÜBA 2 erfolgt dagegen in Kooperation mit Praxisbetrieben und auf Basis von Ausbildungsverträgen, die nicht die gesamte Lehrzeit umfassen müssen.

Der reguläre Abschluss einer Maßnahme erfolgt mit der Vermittlung auf eine betriebliche Lehrstelle oder mit einer regulären Lehrabschlussprüfung. Der begleitende Besuch der Berufsschule ist verpflichtend. TeilnehmerInnen erhalten eine Ausbildungsbeihilfe in Höhe der Deckung des Lebensunterhalts. Diese beträgt für Jugendliche im ersten und zweiten Lehrjahr 240 Euro sowie ab dem dritten Lehrjahr 555 Euro. Die TeilnehmerInnen gelten als Lehrlinge im Sinne des ASVG (Kranken-, Unfall- und Pensionsversicherung).[8]

Das Lehrgangs-Modell ÜBA 1 (Ausbildungsvertrag über die gesamte Lehrzeit)

Bei den meisten ÜBA 1 Lehrgängen sind gewisse Vorschaltmaßnahmen integrierter Bestandteil der Maßnahme. Diese dauern, abhängig vom jeweiligen Bundesland, zwischen einer Woche und zwei Monaten. So wurde in Wien die Berufsorientierungs- und Coachingmaßnahme (kurz BOCO-Maßnahme) in der Dauer von acht Wochen installiert. [9] Aufgabe der BOCO-Maßnahme ist es, im Hinblick auf die geplante Berufsausbildung die Berufswünsche der TeilnehmerInnen zu eruieren und die persönlichen und intellektuellen Voraussetzungen für die Berufsausbildung zu schaffen. Die Inhalte der Maßnahme werden in vier Gruppen aufgeteilt (Einführung

und Clearing, Berufsorientierung und Zielfindung, Vorbereitungsphase auf die Lehrausbildung und Zusatzmodule).

Grundsätzlich besteht die Aufgabe der vier Phasen darin, dass Jugendliche über den Ablauf der Maßnahme informiert werden und dass mit ihnen ein realistischer Berufswunsch anhand ihrer Fähigkeiten erarbeitet wird. Neben einem intensiven Bewerbungstraining werden die Jugendlichen auch über mögliche Ausbildungswege informiert. Begleitet wird die BOCO-Maßnahme im Besonderen von mädchenspezifischen Unterstützungsmaßnahmen.[10]

Betriebliches Praktikum

Prinzipiell haben Praktika die primäre Aufgabe, Jugendliche in betriebliche Arbeitsabläufe zu bringen und sie regulären Arbeitsbedingungen auszusetzen, beziehungsweise sie an den jeweiligen Praktikumsbetrieb weiterzuvermitteln. Die Dauer der Praktika wird abhängig von der Leistungsbeschreibung der jeweiligen Berufsgruppen des Arbeitsmarkservice festgelegt und variiert von Bundesland zu Bundesland.

Als Beispiel sei hier die Leistungsbeschreibung der Lehrausbildung in überbetrieblichen Ausbildungseinrichtungen für die Berufsgruppen Metalltechnik und Maschinenbau angeführt, die ein facheinschlägiges betriebliches Praktikum vorsieht. Dieses muss im Ausmaß von mindestens vier bis maximal zwölf Wochen im ersten Lehrjahr und zwölf bis maximal 16 Wochen sowohl im zweiten als auch im dritten Lehrjahr in einem oder mehreren Betrieben, in dem die Lehrlingsausbildung nicht von den sonstigen betrieblichen Abläufen getrennt ist, absolviert werden. [11]

Das Praxisbetriebs-Modell ÜBA 2 (Ausbildungsvertrag kürzer als die Lehrzeit)

Ziel des Modells ÜBA 2 ist es, Jugendliche bis zu zwölf Monate lang in einem Lehrberuf in Kooperation mit Praxisbetrieben auszubilden und anschließend unter Anrechnung der Ausbildungszeit auf die Lehrzeit in einen Betrieb weiterzuvermitteln. Prinzipiell ist die ÜBA 2 in drei Bausteine aufgeteilt, wovon die Ausbildung im Praktikumsbetrieb den zentralen Baustein darstellt. Die Jugendlichen werden speziell auf das Vorstellungsgespräch im Praxisbetrieb vorbereitet und erhalten ein spezielles Bewerbungstraining.

Ein weiterer Baustein ist die Vorbereitung des Besuchs der Berufsschule, der unter anderem mit dem Praktikumsbetrieb koordiniert wird. Als dritter Bereich ist die Ausbildung beim Bildungsträger vorgesehen, der mindestens 20 Prozent der gesamten Ausbildungszeit umfassen soll. Dieses Element dient zur Begleitung des

Jugendlichen und hat eine wichtige stabilisierende Funktion für den Jugendlichen. Hier werden eine Reihe von Aktivitäten angeboten, die Jugendlichen unter anderem Förderunterricht bei Defiziten in der Berufsschule sowie fachliche Nachschulungen zur Verfügung stellen.[12]

Die Überbetriebliche Ausbildung in Zahlen

Die Zahl der TeilnehmerInnen an überbetrieblichen Ausbildungsmaßnahmen im Ausbildungsjahr 2011/2012 betrug insgesamt 11.942 Personen. Darunter waren 9.832 TeilnehmerInnen in einer überbetrieblichen Lehrausbildung in einem der genannten Modelle (ÜBA1+ÜBA2) sowie 2.018 TeilnehmerInnen in einer integrativen Berufsausbildung in einer Ausbildungseinrichtung. Betrachtet man die TeilnehmerInnen in überbetrieblichen Ausbildungen nach dem Geschlecht und der Staatsbürgerschaft stellt sich heraus, dass sowohl der Frauenanteil (42,5 Prozent) als auch der Anteil nichtösterreichischer StaatsbürgerInnen (17,0 Prozent) höher als in der Lehrausbildung ist (34,2 Prozent Frauenanteil und 7,7 Prozent nichtösterreichische StaatsbürgerInnen).

Besonders stark wird die Überbetriebliche Lehrausbildung in den Bundesländern Wien und Niederösterreich angeboten. Im Ausbildungsjahr 2011/12 waren rund 28 Prozent der österreichweiten TeilnehmerInnen aus Wien und rund 26 Prozent aus Niederösterreich.[13] Seitens des Arbeitsmarktservice werden pro Ausbildungsjahr circa 150 Millionen Euro für die Überbetriebliche Ausbildung zur Verfügung gestellt.

Einschätzung des Österreichischen Gewerkschaftsbundes

Die Umsetzung der Überbetrieblichen Lehrausbildung war und ist ein wichtiger Schritt für Jugendliche, die nicht am ersten Lehrstellenmarkt eine Lehrstelle finden, trotzdem eine Ausbildung absolvieren zu können. Der Österreichische Gewerkschaftsbund war an der Entwicklung dieses Modells beteiligt und ist davon überzeugt, dass diese Maßnahme mitunter ein Grund für die niedrige Jugendarbeitslosigkeit in Österreich ist.

Oberste Priorität muss aber aus Sicht des Österreichischen Gewerkschaftsbundes sein, Jugendliche nicht in eine überbetriebliche Maßnahme zu vermitteln, sondern den Jugendlichen eine Ausbildung in einem Betrieb zu ermöglichen. Daher darf die überbetriebliche Ausbildung nicht als Ersatz oder Konkurrenz zur betrieblichen Ausbildung angesehen werden, sondern lediglich als „Alternative“ für Jugendliche, die keine Lehrstelle finden.

Problematisch ist, wenn die Ausbildungsbereitschaft von Firmen sinkt, da die Jugendlichen in der Überbetrieblichen Ausbildung eine komplette, qualitativ

hochwertige Lehrausbildung absolvieren können und dann erst später vom Betrieb angeworben werden. Die Kosten der Lehrausbildung werden somit auf den Staat umgewälzt. Der Österreichische Gewerkschaftsbund bevorzugt das Lehrgangs-Modell (ÜBA 1) aufgrund der Möglichkeit, die Jugendlichen durchgehend bis hin zur Lehrabschlussprüfung zu begleiten, gegenüber dem Praxisbetriebs-Modell (ÜBA 2).

Unverständlich ist es aus Sicht des ÖGB, dass in Österreich von einem Fachkräftemangel gesprochen wird, sich aber ungefähr 10.000 Jugendliche, die sofort bereit wären, eine betriebliche Lehrstelle anzunehmen, in einer überbetrieblichen Ausbildung befinden.

Die Forderung des Österreichischen Gewerkschaftsbundes nach einer „Fachkräftemilliarde“, die sich mit der Förderung von Aus- und Weiterbildung von Jugendlichen auseinandersetzt, besagt, dass die Kosten der überbetrieblichen Ausbildung in der Höhe von circa 150 Millionen Euro aus einem eigenen Topf bezahlt werden soll, in den die Unternehmer ein Prozent der Bruttolohnsumme einzahlen. Dies würde der Gefahr der Senkung der Ausbildungsbereitschaft sowie der Verlagerung der Ausbildungskosten von den Unternehmen zum Staat entgegenwirken.

Der Beitrag ist die Kurzfassung einer Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung. Sie ist abrufbar unter: **http://library.fes.de/pdf-files/id-moe/09524.pdf**

Literatur/Quellen:

---

[1]Vgl. Mag. Dagmar Achleitner; Mag. Josef Wallner: Die Lehre. Duale Berufsausbildung in Österreich, 12. überarbeitete Auflage, Bmwfj, August 2009, Seite 4

[2]Vgl. Mag. Valerie Bösch, Ingrid Nagl unter Mitarbeit von Mag. Dagmar Brandstätter, Brigitte Clemenz, u.a.: Jugend und Arbeit in Österreich Berichtsjahr 2011/2012, BMASK, August 2012, Seite 65

[3]Vgl. Mag. Valerie Bösch, Ingrid Nagl unter Mitarbeit von Mag. Dagmar Brandstätter, Brigitte Clemenz, u.a.: Jugend und Arbeit in Österreich Berichtsjahr 2011/2012, BMASK, August 2012, Seite 35-36

[4]Vgl. Helmut Dornmayr, Sabine Nowak: Lehrlingsausbildung im Überblick 2012, Ibw, 2012, Seite 13

[5]Vgl. Mag. Dagmar Achleitner; Mag. Josef Wallner: Die Lehre. Duale Berufsausbildung in Österreich, 12. überarbeitete Auflage, Bmwfj, August 2009, Seite 25

[6]Vgl. Mag. Valerie Bösch, Ingrid Nagl unter Mitarbeit von Mag. Dagmar Brandstätter, Brigitte Clemenz, u.a.: Jugend und Arbeit in Österreich Berichtsjahr 2011/2012, BMASK, August 2012, Seite 88

[7]Vgl. Helmut Dornmayr, Sabine Nowak: Lehrlingsausbildung im Überblick 2012, Ibw, 2012, Seite 57

[8]Vgl. Helmut Dornmayr, Regine Wieser, Martin Mayerl: Bericht zur Situation der Jugendbeschäftigung und Lehrlingsausbildung in Österreich 2010-2011, Öibf ibw, Mai 2012, Seite 28-29

[9]Vgl. Nadja Bergmann, Ferdinand Lechner, Ina Matt, u.a., Evaluierung der überbetrieblichen Ausbildung (ÜBA) in Österreich, L&R Sozialforschung , November 2011, Seite 9-10

[10]Vgl. Birgit Lenger, Roland Löffler, Helmut Dornmayr: Jugendliche in der überbetrieblichen Berufsausbildung Endbericht, AMS AK-Wien. Juni 2010, Seite 22-23

[11] Stellvertretend für sämtliche Leistungsbeschreibungen: Arbeitsmarktservice Wien. Leistungsbeschreibung Lehrausbildung in überbetrieblichen Ausbildungseinrichtungen gemäß $30b Berufsausbildungsgesetz (§30b BAG/2A) für den Lehrberuf Maschinenbautechnik. Wien 2009, Seite 8

[12]Vgl. Nadja Bergmann, Ferdinand Lechner, Ina Matt, u.a., Evaluierung der überbetrieblichen Ausbildung (ÜBA) in Österreich, L&R Sozialforschung , November 2011, Seite 13

[13]Vgl. Helmut Dornmayr, Sabine Nowak: Lehrlingsausbildung im Überblick 2012, Ibw, 2012, Seite 52-55

Autor: Michael Trinko, Bundesjugendsekretär des Österreichischen Gewerkschaftsbundes (ÖGB)

Wissensarbeit zwischen Autonomie und Burnout

von Dr. Peter Brödner

In den Debatten über neue gesellschaftliche Entwicklungen wird das Etikett „Wissensgesellschaft“ häufig als ideologischer Kampfbegriff genutzt. Mit ihm soll die Individualisierung und die Vermarktlichung von Bildung und Wissen anmutig verpackt werden, um negative externe Effekte auszublenden. So werden hohe Lieder vom Reiz individueller Humankapitalbildung („jeder ist seines Glückes Schmied“), vom Wert der Verknappung von Wissen durch verschärften Schutz „geistigen Eigentums“ oder vom Charme individueller Zurichtung auf Beschäftigungsfähigkeit („Employability“) gesungen.

Die notwendige Kritik an diesen neoliberalen Gesängen darf aber nicht das Kind mit dem Bade ausschütten und dahinter verborgene grundlegende Veränderungen der gesellschaftlichen Produktionsweise übersehen oder verharmlosen. Tatsächlich ist die gegenwärtige gesellschaftliche Entwicklungsdynamik durch einen tief greifenden „Epochenbruch“ gekennzeichnet.

Zum Wesen des Umbruchs

Einem Phasenübergang vergleichbar ist der Übergang von der industriellen zur wissensbasierten Gesellschaft mit durchgreifenden Veränderungen gesellschaftlicher (Re-)Produktion insgesamt verbunden. Wie schon im Übergang zur Industriegesellschaft sämtliche vorgefundene agrarisch-handwerklich geprägte Arbeit mittels betrieblicher Arbeitsteilung und Maschineneinsatz industrialisiert wurde, so werden auch im Übergang zur Wissensgesellschaft alle Sektoren der Produktion von Waren und Dienstleistungen durch wachsenden Umgang mit Wissen grundlegend verändert.

Der Wissensarbeit ist das Verhältnis von Können und Wissen bzw. von Praxis und Theorie immanent: Wesentlich ist deren dynamische Beziehung, die Art und Weise, wie sie einander wechselseitig hervorbringen. Vorgängig ist stets die natürliche Handlungskompetenz, das individuell gebundene Können oder Arbeitsvermögen, das sich in Tätigkeiten gelingender Praxis äußert. Bei einer gestörten Praxis lässt sich durch besondere Selbst- oder Fremdbeobachtung explizites, theoretisches Wissen *über* bestimmte Aspekte praktischen Tätigseins gewinnen. Dieses theoretische Wissen bleibt aber ohne Wirkung, solange es nicht zur Anleitung praktischer Tätigkeit genutzt wird. Dieser Dialektik der – stets partiellen – Explikation von Können und Erfahrung als Wissen und der Aneignung von Wissen als erweitertes

Können zufolge entstehen fortlaufende Entwicklungsspiralen kultureller Erneuerung: das in Zeichen oder technischen Artefakten vergegenständlichte, dekontextualisierte Wissen („geronnene Erfahrung“) lässt sich als solches kommunizieren und wird durch Aneignung wiederum Teil einer dadurch veränderten Praxis (vgl. auch Brödner 2008, 2010).

Die Prozesse der „Verwissenschaftlichung von Arbeit“ (vgl. auch Langemeyer & Ohm 2009) zeitigen gravierende Folgen. Als öffentliches Gut ist Wissen eine ‚generative Ressource’, die ihrer Natur nach nicht getauscht, sondern nur geteilt werden kann, und die sich im Gebrauch nicht verzehrt, sondern vermehrt. Eben darin wurzelt u. a. der heftiger werdende Kampf um geistige Eigentumsrechte, welche die für die Entwicklung immer wichtigere Wissensteilung behindern.

Produktives Arbeiten und Problemlösen erfordern meist die Zusammenführung diverser Wissenszweige und die Integration unterschiedlichen Arbeitsvermögens in Form autonomer, selbstorganisierter Kooperation kompetenter Experten, die aber nur freiwillig funktioniert und sich jeder Anweisung entzieht. Je differenzierter, komplexer und dynamischer das kodifizierte Produktionswissen und dessen technische Vergegenständlichung, desto anspruchsvolleres Arbeitsvermögen ist gefordert, sich diese gesellschaftlichen Produktivkräfte zu produktiver Verwendung anzueignen und weiter zu entwickeln. Damit schlägt die ursprünglich in der Industrialisierung angelegte Objektivierung von Arbeit um in deren Subjektivierung.

Um nun die Kapitalverwertung als Herrschaftsverhältnis auch im Umgang mit Wissen in weitgehend autonomen, sich selbst organisierenden Arbeitsgruppen aufrechtzuerhalten, sind neue Formen der Kontrolle erforderlich: *indirekte Steuerung* durch Marktanforderungen anstelle hierarchischer Anweisung und Kontrolle. Dem permanenten Erfolgsdruck ausgesetzt, treiben sich die Träger des Arbeitsvermögens selbst zu Höchstleistungen an, allerdings auf Kosten ihrer Gesundheit und sozialen Beziehungen. Das immer wichtiger werdende Arbeitsvermögen kann sich unter diesen Bedingungen seiner Verausgabung in den Arbeitsprozessen selbst nicht hinreichend entwickeln (vgl. auch Peters & Sauer 2006). Zudem werden als dessen allgemeine Voraussetzung auch wachsende, den Wert der Arbeitskraft erhöhende Bildungsleistungen erforderlich, die aber minimal bleiben. Das führt insgesamt zu einem unterentwickelten Arbeitsvermögen.

Zusammengefasst ergibt sich: In der Bewegung des Übergangs von der Industrie- zur Wissensgesellschaft wird das Arbeitsvermögen zum weitaus wichtigsten Treiber der Entwicklung gesellschaftlicher Produktivkräfte. Jedoch legen die aus den Verhältnissen der Kapitalverwertung erwachsenden Widersprüche der Entfaltung des Arbeitsvermögens und der Produktivkräfte Fesseln an; aus Formen gesellschaftlicher Produktivkraftentwicklung werden eben diese Verhältnisse zu deren Hemmnissen. Namentlich die Sicherung der Kapitalverwertung durch indirekte Steuerung mit

ihren zerstörerischen Folgen und die Beschränkung des Werts der Arbeitskraft durch unzureichende Reproduktion des Arbeitsvermögens werden zu Fesseln künftiger Produktivkraftentwicklung.

Empirische Befunde

Aktuelle empirische Befunde verweisen auf die hohen produktiven Potentiale, die agile Entwicklungsmethoden im selbstorganisierten und selbstgesteuerten Umgang mit Komplexität und Unsicherheit in Prozessen der Produktentwicklung zu erschließen vermögen. Diese Potentiale werden aber in der betrieblichen Praxis, angesichts des Einsatzes eines mitunter rigiden Controllings häufig nur unvollkommen genutzt. Als Hauptproblem zeigt sich, den veränderten Anforderungen an die Entfaltung des Arbeitsvermögens gerecht zu werden. Im Interesse der lebendigen Arbeit – und zumindest kurzfristig auch dem der Erhöhung der Produktivität – läge es daher, diese Potentiale zu entfalten. Mittel- und langfristig bedeutet das aber, dass sich Gruppen dann unter dem Druck von Anforderungen der Gesamtorganisation und ihrer Märkte überfordern (vgl. auch Pfeiffer et al. 2011).

Auch bei selbstbestimmter Wissensarbeit kann die Bildung von Standards der Erschließung und Realisierung von Rationalisierungspotenzialen dienen. Ihre produktive Wirkung können Standards aber nur bei der Bildung „von unten“, durch die Wissensarbeiter selbst, entfalten. Leider werden sie dagegen zumeist „von oben“ durch das Management vorgegeben und passen oft nicht in die Projektarbeit, sind eher hinderlich und dienen vornehmlich als Controlling-Instrument.

Empirische Erhebungen belegen dementsprechend eine verbreitete Kritik an den Führungskräften. Einerseits müssen sie wissensbasierte Kooperation anleiten, die Aneignung aufgabenbezogener Handlungskompetenz ermöglichen und dazu motivieren. Andererseits bricht sich Wissensarbeit als dezentraler, selbstbestimmter Umgang mit Komplexität nicht nur am fordistischen Führungsparadigma, sondern leidet zudem unter verschärften Widersprüchen zwischen neuen mitarbeiterzentrierten Führungskonzepten und finanzmarktgetriebener *Shareholder-Value*-Orientierung.

Die derart in Erscheinung tretenden Widersprüche zwischen Erfordernissen der Kapitalverwertung einerseits und der Notwendigkeit der Gewährung von Autonomie und Selbstorganisation bei Wissensarbeit andererseits führen allgemein zu widersprüchlichen Anforderungen an und Erscheinungen von oftmals projektförmiger Wissensarbeit. Gleichwohl eröffnen sie Spielräume und Experimentierfelder bei deren Gestaltung; diese offenbaren sich etwa in

- ganz unterschiedlich ausgeprägten Spielräumen der Selbstbestimmung von Wissensarbeit bei agilen Methoden der Projektorganisation,
- den Anstrengungen von Wissensarbeitern, in ihrer Arbeit auch unter Verwertungszwängen und Kostendruck der vorherrschenden *Shareholder-Value*-Orientierung Qualitätsansprüche und professionelle Standards aufrecht zu erhalten,
- den gelegentlichen, aber meist unzureichenden Bemühungen, auch Anwender zwecks Erhöhung der Gebrauchstauglichkeit von Projektergebnissen in die Bestimmung von Anforderungen und der Beurteilung von Ergebnissen mit einzubeziehen.

Die sich in diesen Widersprüchen auftuenden Spannungsfelder zwischen Arbeitsanforderungen und verfügbaren Ressourcen, bleiben derzeit aber weitgehend subjektiver Bewältigung anheimgestellt.

Der finanzmarktgetriebene Kapitalismus führt nach Erfahrungen von ver.di in der IT-Branche über beständige Umstrukturierungen im Zeichen der Steigerung von Renditezielen dazu, dass auch für hochqualifizierte Wissensarbeiter Betriebsräte und Gewerkschaften sowie die Vernetzung von Interessen wichtiger werden. Die Sicherung von Arbeitsfähigkeit, Beschäftigungsfähigkeit und die Abwehr von vermehrter Leiharbeit und dem sogenannten „Freelancer“-Einsatz sind Probleme, zu der sich gewerkschaftliche Arbeit positionieren muss und Gegenstrategien entwickeln sollte. Darüber hinaus können sich Risiken für Festangestellte durch sogenannte „Crowdsourcing“-Methoden ergeben, durch die eine „Liquid Community“ entsteht, die je nach Arbeitsanfall in Anspruch genommen werden und so die Zahl Festangestellter reduzieren kann. Allerdings gibt es auch Gegenbeispiele wo kurzfristige Kostensenkung von sehr hohem Niveau aus bei generell sehr starker Marktstellung des Unternehmens keine wirklichen Ansatzpunkte für gewerkschaftliche Arbeit eröffnet hat. Bei Umfragen hat sich die gesteigerte Arbeitsintensität mit ihren Auswirkungen auf die Gesundheit (z.B. Burnout-Syndrom) als größte Problematik ergeben. Der ständige Austausch von älteren Mitarbeitern zugunsten jüngerer entwertet zudem die individuelle Kompetenz und Erfahrung.

Die gerade auch bei hochqualifizierten Wissensarbeitern stark zunehmenden psychischen Belastungen finden inzwischen große Resonanz in den Betrieben und bilden im Zusammenhang mit Instrumenten des Gesundheitsmanagements - wie etwa bei Gefährdungsbeurteilungen - wichtige Ansatzpunkte und Hebel gewerkschaftlicher Mobilisierung, Organisation und Einflussnahme auf Arbeitsbedingungen (vgl. auch Gerlmaier & Latniak 2011, Urban 2012). Partizipation und Mitwirkung geraten dabei allerdings leicht in das Dilemma zwischen erwünschter Beteiligung und Einflussnahme seitens der Wissensarbeiter auf ihre Arbeitsbedingungen und -prozesse einerseits und zusätzlicher Belastung

andererseits, indem der dafür erforderliche Aufwand als zusätzliches „Add-on“ auf ohnehin schon hohe Beanspruchungen empfunden wird. Eine wesentliche Forderung ist daher, in der Wissensarbeit hinreichend Ressourcen und Spielraum für Beteiligung zu schaffen.

Schlussbemerkung[1]

Um mit Wissensarbeit angemessen umgehen und sie produktiv entfalten zu können, müssen Arbeitsgegenstände, -mittel und -organisation in ihren komplexen Bezügen theoretisch verstanden werden. So erscheint Wissensarbeit gewissermaßen als Prototyp oder Vorreiter von gesellschaftlichen Subjektivierungsprozessen, die allerdings auch die weniger qualifizierte Arbeit verändern. Dabei geht es auch um demokratische Prozesse im Betrieb, die für die hier dargelegte Entfaltung der Produktivkraft der lebendigen Arbeit (durch Selbstorganisation und Beteiligung) ein tragendes Element sind. Somit ist Wissensarbeit ein zentraler Fokus für Forderungen nach Guter Arbeit, ausgerichtet auf Überwindung der hier dargelegten Widersprüche bei der Entfaltung wissensgesellschaftlicher Produktivkräfte im Spannungsverhältnis zu Steuerungs- und Kontrollinteressen, aber auch zu Kostensenkungs- und Outsourcing-Strategien im Zeichen forcierter Profitinteressen.

Literatur/Quellen:

Brödner, P., 2008: Wissen als Management-Fetisch, FIfF Kommunikation 25 (1), 29-33

Brödner, P., 2010: Wissensteilung und Wissenstransformation, in: Moldaschl, M. & Stehr, N. (Hg.): Wissensökonomie und Innovation. Beiträge zur Ökonomie der Wissensgesellschaft, Marburg: Metropolis, 455-480

Gerlmaier, A. & Latniak, E. (Hg.), 2011: Burnout in der IT-Branche. Ursachen und betriebliche Prävention, Kröning: Asanger Verlag

Langemeyer, I. & Ohm, C., 2009: Verwissenschaftlichung von Arbeit. Reflexionen zu einem Umbruch gesellschaftlicher Arbeits- und Technikverhältnisse, in: Dumbadze D. et al. (Hg.): Erkenntnis und Kritik. Zeitgenössische Positionen, Hans-Böckler-Stiftung, Bielefeld: Transcript, 269-292

Peters, K. & Sauer, D. 2006: Epochenbruch und Herrschaft. Indirekte Steuerung und die Dialektik des Übergangs, in: Scholz, D. et al. (Hg.): „Turnaround? Strategien für eine neue Politik der Arbeit“. Münster: Westfälisches Dampfboot, 98-125

Pfeiffer, S.; Schütt, P. & Wühr, D., 2011: Innovationsarbeit unter Druck braucht agile Forschungsmethoden. „Smarte Innovationsverlaufsanalyse“ als praxisnaher und partizipativer Ansatz explorativer Forschung, Arbeits- und Industriesoziologische Studien 4 (1), 19-32

Urban, H.-J., 2012: Schutz vor psychischen Belastungen, Gegenblende März/April

[1] Dieser Artikel ist auf Basis von Referaten auf dem gleichnamigen Workshop des Forums Neue Politik der Arbeit entstanden, der am 27.4.2012 in Berlin stattfand. Die Vortragsfolien aller Referenten und ein Kurzprotokoll der Diskussionen des Workshops können auf der FNPA-Website (www.forum-neue-politik-der-arbeit.de) eingesehen werden.

Autor: Dr. Peter Brödner, geboren 1942, Lehrbeauftragter an der Universität Siegen (Wirtschaftsinformatik)

Spektakel der Unvernunft?

von Dr. Wolfgang Hetzer

Die Situation der Euro-Zone erinnert an Zeiten, in denen man einen unmittelbar bevorstehenden militärischen Angriff auf ein Territorium befürchtete. Staaten waren dann stets zur Abgabe von Souveränität im großen Stil bereit gewesen. Nicht nur der Westen steht vor harten Zeiten. Die Zerstörung des Geldes hat den Geist der säkularen Gesellschaften beschädigt. Die zwischenmenschlichen und zwischenstaatlichen Beziehungen wurden vergiftet. Es ist eine extreme Konstellation mit einem zerstörerischen Potential entstanden. Ein Scheitern des Euro dürfte gewaltige wirtschaftliche Turbulenzen auslösen und die Integration Europas massiv gefährden. Die Rettungsschirme haben vielleicht schon eine moderne Art der Feudalherrschaft begründet. Sie war in der Geschichte bekanntlich immer wieder der Ausgangspunkt gewaltsamer Neuorientierung nach innen und außen. Europa hat im zwanzigsten Jahrhundert zwei verheerende Bürgerkriege erlebt, nichts anderes

waren nämlich aus europäischer Perspektive der Erste und der Zweite Weltkrieg. Historiker werden vielleicht die Euro-Krise als dritten europäischen Bürgerkrieg interpretieren. Es ist noch nicht entschieden, ob er nur mit „friedlichen“ Mitteln geführt wird. Der Preis, den nicht nur Deutsche bei einem Auseinanderbrechen der Währungsunion zahlen müssten, wird in jedem Fall nicht so sehr in den Bereichen Jobs und Renten, sondern vor allem auf den Gebieten Stabilität, Frieden und Sicherheit anfallen.

Die Vernunft der Märkte

Solche Risiken waren in der Geschichte immer die Folgen umfassenden Politikversagens. Die Abdankung der Politik ist neben den wirtschaftlichen Folgen schon jetzt eine der schlimmsten Konsequenzen der Finanzkrise. Sie war wohl auch eine Voraussetzung der Entwicklung, die zu den größten schadenstiftenden Ereignissen der neueren Wirtschaftsgeschichte geführt hat. Mit Rattenfängerformeln („Leistung muss sich wieder lohnen“) haben Politiker zum Aufbau einer infamen Täuschungskultur beigetragen, in der Märkte auf einmal zum Ort sozialer Gerechtigkeit wurden. Man brauchte ihnen angeblich nur möglichst viele Entscheidungen überlassen. Auf den Märkten schienen sich fast schon schicksalsmächtige Autoritäten zu versammeln, die mit ihrem Sachverstand dafür sorgen, dass Leistung belohnt und Versagen bestraft werden. Eine beinahe gottgewollte Gleichgewichtstendenz ließ kaum Kritik aufkommen. Die behauptete Vernünftigkeit von Marktprozessen schien eine Auseinandersetzung über die Sinnhaftigkeit bestimmter Marktprozesse überflüssig gemacht zu haben. Die vergangenen Jahre der Finanzkrise haben jedoch den illusorischen, wenn nicht betrügerischen Charakter dieser Philosophie enthüllt. Heute steht fest, dass sich die Finanzmärkte ausgerechnet durch ihr eigenes Versagen die Staaten unterworfen haben. Das Versagen wird belohnt, die Leistungen der Staaten in der Krise werden bestraft. Aber niemand war bis jetzt bereit, die Lebenslüge neoliberaler Wirtschaftskreise und dazu passender Politzirkel zu enttarnen. Dabei geht es um die Behauptung, dass die Märkte umso segensreicher wirken könnten, je weniger sich der Staat einmischt.

Selbst Gaukler und Politiker werden jedoch irgendwann mit der Realität konfrontiert. Jedermann kann jetzt schon erkennen, dass sich Märkte nicht von selbst regulieren. Sie sind nicht darauf programmiert, dem Gemeinwohl zu dienen. Angeblich hochprofessionelle Banker mussten einräumen, dass sie die Papiere, die sie für Milliardenbeträge gekauft hatten, selbst nicht verstanden hatten. Noch schlimmer: Sie mussten davon ausgehen, dass fast alle Mitbewerber sich ebenfalls mit diesen toxischen Abfällen eingedeckt hatten und deshalb noch nicht einmal mehr kreditwürdig waren. Daher sollte es auf einmal keinen Kredit mehr ohne Staatsgarantie geben. Das war die Geburtsstunde einer paradoxen Welt: Die Staaten mussten die Banken retten, nicht umgekehrt. Allzu viele Politiker haben den

marktradikalen Unsinn geglaubt, dass sich die Steuersenkungen selbst finanzieren. Es kam, was kommen musste: Die Zinsen für Staatsanleihen stiegen ins Unbezahlbare. Und dort, wo der Euro als Währung gilt, hat sich die Lage der Volkswirtschaften zum Teil massiv verschlechtert. Die kapitalistische Wirtschaftsordnung hat sich für die Mehrheit der Menschen in vielen Staaten in ein existenzbedrohendes Milieu verwandelt. Die objektiven Gründe, die individuellen Veranlasser und die Profiteure dieser Entwicklung blieben bis jetzt aber zumeist im Dunkeln.

Geld und Devianz

In der Finanzkrise stellt sich unterdessen nicht nur die Frage nach dem Wesen des Geldes neu. Das Ausmaß der schon eingetretenen Schäden und das Handeln der Akteure in der Finanzwelt und in der Politik provoziert auch die Frage nach dem Unterschied zwischen Geschäftstüchtigkeit und krimineller Energie. In der Geldwirtschaft moderner Prägung scheinen aber die Grundsätze moralisch-ethischer Orientierung genauso zu versagen wie die Kategorien des Strafrechts. Die Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit und der Verfassungsmäßigkeit sind herausgefordert. Eine klientilistische Vorteilskultur gefährdet den inneren Zusammenhalt ganzer Gesellschaften. Vermeintlicher Sachverstand wird durch politische und wirtschaftliche Kalküle neutralisiert oder funktionalisiert, also in einen Modus der Verschleierung und Legitimierung eingepasst. Dessen Wirkungsweise ist jedoch nicht zuletzt wegen der Ausfaserung des Geldbegriffs schwer zu bestimmen.

Koalitionen von „Experten“ und Politikern bewirken letztlich eine Korrumpierung der demokratischen „res publica“. In immer mehr Städten Europas gibt es Zeichen von Gegenwehr. Die Proteste werden aber verpuffen, wenn die Zielansprache durch Aggression, Wut, Angst und Verzweiflung weiter so ungenau bleibt. Man scheint noch nicht ganz verstanden zu haben, dass Geld Spielball der Exekutive geworden ist. Sie hat unter den Bedingungen eines Ausnahmezustands im Illusionstheater angemaßter Staatskunst das Lebenselixier der Realwirtschaft in ein Medium systematischen und autoritären Betrugs verwandelt. Lässt man die Gewohnheitstäter aus Politik und Wirtschaft weiter ungestört, wird es zu grundlegenden gesellschaftlichen Verwerfungen kommen. Immer mehr Menschen werden begreifen, dass es nicht nur um individuelle und konkrete Rechtsgutsverletzungen geht, sondern um einen gut koordinierten Angriff bestimmter Netzwerke auf ihre existenziellen Grundlagen. Dazu gehört auch die Geldwertstabilität.

System und Krise

Die Zustimmungsraten für den Kapitalismus sind überall auf der Welt, selbst in seinen westlichen Ursprungsländern, dramatisch gesunken. Die Frage nach dem Weg aus dem Kapitalismus scheint noch nie so aktuell gewesen zu sein wie heute. Sie stellt

sich in der Tat in radikal neuer Weise und Dringlichkeit. Insbesondere die Finanzialisierung dieser Wirtschaftsordnung hat eine innere wie äußere Grenze erreicht. Dieses System hat bislang nur mit Hilfe von Tricks die Krise seiner grundlegenden Kategorien überlebt: Arbeit, Wert, Kapital.

Die Kritik kommt nicht nur aus der Ecke der „üblichen Verdächtigen", also der politischen Linken. Es besteht vielmehr eine umfassende Einigkeit darüber, dass der Kapitalismus in seiner jetzigen Verfassung zu einer Bedrohung geworden ist. Mittlerweile rufen manche sogar zur Rettung des Kapitalismus vor den Kapitalisten auf. Auf dem „World Economic Forum" in Davos kann man gar den Eindruck gewinnen, dass die Weltelite des Kapitals schon schmerzlich an diesem System leidet. Manager und Banker scheinen die kapitalistische Wirtschaftsordnung nur zu ertragen, weil keine bessere verfügbar ist. Darin erkennt man Heuchelei ausgerechnet von jenen, denen das Marktsystem zu besonderem Wohlstand und Macht verholfen hat. Es wird sogar Feigheit diagnostiziert, gerade in einer Krise, die mehr mit den Schwächen der Politik, als mit jenen des Marktes zu tun hat. Unverzagt wird dem Kapitalismus aber bescheinigt, dass es ihm ziemlich gut geht, habe seine zentrale Idee doch nichts von ihrer Überzeugungskraft verloren.

Sprachlosigkeit und Spektakel

Es ist jedoch kaum mehr zu bestreiten, dass der Markt in Europa heute nicht das alleinige Heilmittel gegen die Fehlentwicklungen in der Wirtschaft ist. Der Kapitalismus hat nicht per se eine selbstreinigende Wirkung. Der Konflikt um die richtige Ausgestaltung der freien Marktwirtschaft trifft das System im Mark. Er trägt große politische Sprengkraft in sich. Zwischen den „Bastionen der Weltökonomie" herrscht Sprachlosigkeit. Der Zustand der Höchstspannung wird mit jedem weiteren Tag der Finanz- und Schuldenkrise unerträglicher. Zumindest Handelskriege haben früher so begonnen. Die Demokratie wird herausgefordert. Sie erweckt in der Krise den Anschein, als habe sie den Auswüchsen der Märkte nichts entgegenzusetzen. Es braucht nicht viel Phantasie, um etwa aus der skandalös hohen Jugendarbeitslosigkeit in manchem südeuropäischen Land ein Thema von Zorn und Gewalt auf den Straßen zu machen. Eine nicht zu unterschätzende Gefahr liegt auch darin, dass die Regulierungen für die Finanzmärkte und das Bankensystem immer noch unzureichend sind. Wer das Donnergrollen heute ignoriert, darf sich nicht wundern, wenn ihm morgen die Ohren dröhnen. Dabei ist doch klar, dass mehr Regeln für die potentiell gefährlichen Finanzinstitute und weniger Regeln für andere gewerbliche Bereiche Teil eines neuen Kapitalismus sein müssten.

Die Dialektik der Krise zeichnet sich unterdessen dadurch aus, dass die Staaten zu ihrer Bekämpfung die Fehler der Vergangenheit oftmals noch vergrößern. Ein stabiler Kapitalismus kann nur entstehen, wenn die Staaten einen Weg zu ausgeglichenen Haushalten finden. Stattdessen werden weiter ungeheure Mengen

„frischen“ Geldes in die Weltwirtschaft gepumpt. Sie können eine gigantische Inflationswelle auslösen. Es stellt sich mithin deutlicher denn je die Frage, ob die gegenwärtige Krise groß genug ist, um trotzdem zu einem anderen Kapitalismus zu kommen und ob Regierungen doch eine Katastrophe brauchen, um das Gebotene zu tun. Gleichzeitig ist man mit einer paradoxen Situation konfrontiert: Eine Finanz- und Wirtschaftskrise historischen Ausmaßes, die noch keine nachhaltigen Spuren im Alltagsbewusstsein der Bevölkerung in Deutschland hinterlassen hat. In der Tat wird die Krise trotz vereinzelter Bewegungen des Widerstands nach wie vor überwiegend wirtschafts- fiskal- und arbeitsmarktpolitisch bearbeitet, ohne Zentrum öffentlicher größerer sozialer Konflikte zu sein. Es gibt (noch) keine Gleichzeitigkeit von Krise und Konflikt. In Griechenland, Spanien und Portugal scheint sich das allerdings zu verändern. Vielleicht hat man dort schon verstanden, dass sich auf den Schauplätzen der internationalen Finanzwirtschaft kein effizientes Zusammenspiel vernünftiger Akteure, sondern ein „Spektakel reiner Unvernunft“ (Vogl) vollzieht.

Geld und Religion

Es ist höchste Zeit für die Klärung der Frage, ob der „kapitalistische Geist“ verlässlich und rational oder schlicht verrückt operiert. Das ist nicht leicht. Beim Nachdenken über Geld und Märkte entsteht früher oder später ein Gefühl der Hilflosigkeit. Das ist ein beunruhigender Befund, bestimmt Geld doch wie nichts sonst unsere Existenz. Gleichwohl kann keiner wirklich hinreichend genau sagen, wie Geldaustausch vor sich geht und was er bewirkt. Diese Undurchschaubarkeit kann Aggressivität verursachen und ein Gefühl der Leere und der Lähmung verursachen. Geld löst häufig irrationales Verhalten aus. Auch die Ökonomen haben nicht alles im Griff. Sie können das Kommende nicht prognostizieren, den Markt nicht steuern und seine „Logik“ nicht verstehen. Der Markt denkt nicht daran, sich vernünftig zu verhalten. Er reguliert sich auch nicht selber, schon gar nicht nach den Gesetzen irgendeiner „ökonomischen Vernunft“. Das wird durch die ökonomisch Handelnden selbst ausgeschlossen, mit ihrer Gier, ihrer Machtlust und ihrer Hoffnung, einen größeren Happen von der Beute zu kriegen als die anderen. Der Markt verhält sich irrational, weil seine Akteure sich irrational verhalten. Im Umgang mit Geld gibt es keine Objektivität. Es fehlt auch an einer sinnlichen Vorstellung für das, was unser Handeln mit Geld bewirkt. Mit der zunehmenden Abstraktion des Tauschprozesses ging offensichtlich der Bezug zu den Dingen verloren, die das Geld eigentlich repräsentieren sollte. Das System hat sich verselbständigt. Es ist für die „sinnliche Vernunft“ undurchschaubar geworden. Möglicherweise ist man in „magische Muster“ zurückgefallen. Immer mehr Menschen verhalten sich als Gläubige und Ungläubige wie trunkene aber skeptische Teilnehmer eines Kults. Vielleicht sind wir sogar alle freiwillig-unfreiwillig Mitglieder einer weltumspannenden Religion geworden. Als solche könnten wir gezwungen sein, zu glauben oder wenigstens hinzunehmen, was uns „Hohepriester“ (Experten und Politiker) verkünden, weil uns die rationale Erkenntnis verwehrt bleibt. Wie auch immer: Die Geldgier lässt sich nicht in Dienst

nehmen, solange das Geld weiter als Illusion regieren kann. Alle Reformbemühungen bleiben nur erfolglose Versuche der Symptombekämpfung, wenn wir nicht erkennen, dass es nur dazu dient, unsere Beziehungen unter dem Mantel eines illusionären Wertes abzuwickeln. Deshalb ist auch eine moralische Neuorientierung unabdingbar. In einer vernünftigen Ordnung menschlicher Gesellschaften darf Moral ihre Begriffe nicht aus der Buchführung als Bilanzierung von Vor- und Nachteilen importieren.

Angesichts der Tatsache, dass Sachverstand und gemeinwohlorientierte Charaktere in Politik und Wirtschaft knappe Ressourcen sind, ist nicht zu erwarten, dass die diversen Führungscliquen aus dieser Einsicht rechtzeitig die richtigen Konsequenzen ziehen werden. Es bleibt abzuwarten, ob sich stattdessen Verstand und Vernunft unter den Menschen durchsetzen, die immer häufiger mehr Hoffnung auf die Straße setzen als auf schallgedämpfte Konferenzsäle in Brüssel oder in anderen Hauptstädten.

Autor: Dr. Wolfgang Hetzer, geboren am 24. Oktober 1951, Abteilungsleiter in einer europäischen Behörde

Zum 70. Geburtstag von Frieder Otto Wolf (Gastbeitrag)

von Dr. Günter Thien

Frieder Otto Wolf wird 70 Jahre alt, kein Grund, aber ein willkommener Anlass, ihn den LeserInnen der Gegenblende näher vorzustellen. Das meint keine Wiederholung der wichtigsten Stationen seines Lebenslaufs oder eine Zusammenfassung der Vielzahl seiner Publikationen. Komprimiert heißt es bei Wikipedia:

„**Frieder Otto Wolf** (* 1.Februar 1943 in Kiel) ist ein deutscher Philosoph, Politikwissenschaftler, Politiker, Humanist. Er arbeitet seit 2007 als Honorarprofessor für Philosophie an der Freien Universität Berlin.“ (abgerufen am 30.01.2013)

Wie aber kommt es dazu, dass so jemand in einem gewerkschaftlichen Organ gewürdigt werden soll, ein „Philosoph“, ein Mann des Geistes also, in einem Organ, mit dem letztendlich die Belange von ArbeiterInnen voran gebracht werden sollen?

Gemeinhin stehen sich die VertreterInnen der beiden Sphären eher fremd, wenn nicht gar feindlich gegenüber, scheinen die einen doch auf dem Weg, den Sinn des Lebens zu suchen oder schließlich gar gefunden zu haben, während die anderen auf profanere Dinge abonniert zu sein scheinen.

Es muss sich also um einen besonderen Philosophen handeln, nicht zufällig werden oben ja auch die Bezeichnungen Politikwissenschaftler und Politiker genannt. Und in der Tat: Frieder Wolf ist Vertreter einer *Radikalen Philosophie*, einer Philosophie in der Perspektive von „Aufklärung und Befreiung“[i], wie es schon im Titel des Buches heißt, mit dem er 2002 hierzulande das Forum Radikalen Philosophierens eröffnete. Ja schon, aber ist dieser positive Bezug auf die Aufklärung nicht vielen heutigen PhilosophInnen gemeinsam, heißen sie nun Jürgen Habermas oder Charles Taylor? Und ist nicht evident, dass sie alle ihr Tun nur auf den Schultern von Riesen wie Kant, Hegel oder Marx tun können, um nur die Wichtigsten zu nennen? Es muss also an der Art des Bezuges auf die Aufklärung liegen, was sie unterscheidet, auf die Perspektive der Befreiung, was einen zum Radikalen Philosophen macht.

Was meint das? – Radikale Philosophie knüpft als solche zwar an die Philosophiegeschichte an, unterzieht diese aber gleichzeitig einer umfassenden Herrschaftskritik; denn zwar wurde von Philosophen häufig das Selberdenken propagiert, aber gleichzeitig wurde es zum Instrument der Selbstunterwerfung insbesondere des gemeinen Volkes gemacht, heute häufig als Subalterne bezeichnet. Hierfür steht beispielsweise der Habitus *des* Philosophen in seiner Einsamkeit als Denker. Kaum ein größerer Gegensatz ist denkbar zu dem von Wolf demgegenüber gewählten Begriff des *Palavers*, als Medium Radikaler Philosophie. Mag dieser Begriff erst einmal irritieren, ist er doch nicht zufällig pejorativ belegt, so macht er doch auf einen Grundzug Radikalen Philosophierens aufmerksam, der im Formulieren von Fragen besteht, und zwar nicht von solchen „nach dem Grund des Bestehenden, sondern nach dessen Alternativen.“[ii] Aber ist damit nicht dem Relativismus oder gar der Beliebigkeit das Wort geredet, was ist mit Erkenntnis und Wahrheit? – Ein gewiss wichtiger Einwand, dem in immer wieder aufflackernden Diskussionen um Materialismus oder Empirismus nachgegangen wird, bei denen auch Wolf mitmischt. Letztendlich kontert er ihn mit der „Umkehrung der liberalen Toleranz-Perspektive.“[iii]: Nicht um beliebige Urteile einzelner Individuen gehe es, sondern „…um die Ermöglichung und Förderung eines maximal qualifizierten individuellen Urteils und um gemeinsam gezogene praktische Konsequenzen.“[iv]

Damit geht Wolf auch über den Großteil der marxistischen Debatte, mit der ihn zweifellos vieles verbindet, hinaus; denn zwar gerät ihm der gesellschaftliche Reproduktionsprozess der kapitalistischen Gesellschaft keineswegs aus dem Blick[v], aber er sieht ihn nicht als Sache oder Fatum, der/dem man nur noch folgen könne und müsse. Vielmehr macht er demgegenüber subjektive Möglichkeiten geltend: „Eine materialistische Perspektive…kann… dieses Offenhalten…für subjektive

Spontaneität und damit den Ausschluss von ‚wahren Besetzungen' für das Subjekt der Wünsche […] durchaus akzeptieren – und als Chance begreifen, Zugang zu einer angemessenen Perspektive auf subjektives Handeln zu gewinnen."[vi]

Wen wundert es da noch, dass dieser Radikale Philosoph für Bündnis 90/Die Grünen Mitglied des Europäischen Parlaments war, durchaus aber auch in der Lage war, sich aus gegebenem Anlass von den Grünen zu verabschieden? Dass er das Forum Neue Politik der Arbeit mitbegründete, das gerade in diesen Tagen seine jährliche Versammlung durchführt, auf der wieder zentrale Themen der aktuellen Veränderungen dessen, was man gemeinhin „Arbeitswelt" nennt, behandelt werden ebenso wie Möglichkeiten, in diese scheinbar sachgesetzlichen Entwicklungen handelnd einzugreifen.[vii] Dass er als Präsident des Humanistischen Verbandes und der Humanistischen Akademie Deutschlands tätig ist. Kein Anhänger eines Theorie-Praxis-Kurzschlusses, aber gleichwohl dem praktischen politischen Handeln grundlegend verbunden. Kaum irgendwo wird das so deutlich wie in seiner neuesten Buchpublikation „Rückkehr in die Zukunft – Krisen und Alternativen"[viii], in der in einem geradezu skrupulösen Vorgehen die eigenen politischen Ansichten und theoretischen Positionen der vergangenen 20 Jahre angesichts der jüngsten gesellschaftlichen und politischen Veränderungen überprüft und weitergedacht werden; das ist nicht einfach zu lesen, ja es ist anstrengend, aber wie sollte das anders sein, und das Ergebnis lohnt – in diesem Fall – die Mühe. Sichtend, überlegend, wägend, schreibend und palavernd. - Welch ein Unterschied zu jenen TUIS, den selbsternannten Verkündern einer erleuchteten Botschaft, eingebildeter Wahrheiten, die tatsächlich Projektionen sind, wie sie uns etwa bei Martin Heidegger begegnen oder wie sie heute mit großer Geste von Peter Sloterdijk öffentlichkeitsheischend demonstriert werden.

Schließlich: Ich bin zuversichtlich, dass es in diesem Sinne weitergehen wird und hoffe – nicht nur als Verleger – auf weitere radikale Wortmeldungen.

Wenn wir hierzulande doch mehr Radikale PhilosophInnen hätten!

Literatur/Quellen:

---

[i] Wolf, Frieder O., Radikale Philosophie. Aufklärung und Befreiung in der neuen Zeit, 2. Auflage Münster 2009: Westfälisches Dampfboot.

Die inhaltliche Bandbreite des behandelten Feldes wird deutlich bei der Lektüre der Beiträge der Festschrift zum 65. Geburtstag: Urs Lindner/Jörg Nowak/Pia Paust-Lassen (Hrsg.), Philosophieren unter anderen. Beiträge zum Palaver der Menschheit, Münster: Westfälisches Dampfboot 2008. Vgl. insbesondere die vorzügliche Einleitung der Herausgeber_innen; hier findet sich auch eine umfassende Bibliographie der ausgesprochen vielfältigen Publikationstätigkeit von Frieder Wolf.

[ii] Lindner, Urs/Nowak, Jörg/Paust-Lassen, Pia, Philosophieren in der Perspektive von Aufklärung und Befreiung. Frieder Wolf zum Fünfundsechzigsten, In: Dies. (Hrsg.), Philosophieren unter anderen. Beiträge zum Palaver der Menschheit, S. 19

[iii] Wolf, Frieder O., Radikale Philosophie, S. 110

[iv] Ebd.

[v] Vgl. Hoff, Jan/Petrioli, Alexis/Stützle, Ingo/Wolf, Frieder Otto (Hrsg.), Das Kapital neu lesen. Beiträge zur radikalen Philosophie, Münster 2006: Westfälisches Dampfboot.

[vi] Wolf, Frieder O., Neoliberaler Anti-Ödipus, in: Kaindl, Christina (Hrsg.), Subjekte im Neoliberalismus, Marburg 2007, S. 239.

[vii] Siehe www.forum-neue-politik-der-arbeit.de

[viii] Wolf, Frieder Otto, Rückkehr in die Zukunft – Krisen und Alternativen. Beiträge zur radikalen Philosophie, Münster 2012: Westfälisches Dampfboot.

Autor: Dr. Günter Thien, geboren 1947, Hochschullehrer an der Universität Münster

Berlinale 2013 (Filmkritik)

von Jürgen Kiontke

Die Berlinale steht an: 404 Filme in knapp 1000 Aufführungen werden vom 7. bis zum 17. Februar 2013 im Berlinale-Palast am Potsdamer Platz und in anderen Kinos zu sehen sein. Eins steht wie jedes Jahr fest: Meist ist das Wetter drinnen besser als draußen! Der Kinozuschauer kann bequem per Ticket in fast 100 Länder reisen - so breit ist jedenfalls das Spektrum des diesjährigen Programms. Und jedes Jahr wird alles ein bisschen größer: mehr Spielorte, mehr Filme, mehr Leute…

Übrigens ist das Angebot dieses Jahr - anders als sonst - nicht besonders austariert, was die Gleichberechtigung der Geschlechter angeht: Nur 87 der gezeigten Filme sind von Frauen gedreht! Das war schon mal besser. Da wäre mal Quote angesagt. Ansonsten wäre es Zeit endlich mal eine Goldene Bärin zu verleihen. 19 Filme gehen im Wettbewerb auf die Jagd nach den begehrten Bärenpreisen.

Ein Erfolgsgarant ist die drollige Bärenfigur nicht mehr so ganz. Manche Filme, die preisgekrönt wurden, kamen erst Jahre später in die Kinos. Vielleicht wird dies ja diesmal anders: Denn das Amt des Präsidenten der Hauptjury hat der koreanische Regisseur Wong Kar Wei übernommen. Auch Susanne Bier sitzt in der Jury - und beide haben schon Erfolgsstreifen in die Kinos geschickt. Neben dieser Jury gibt es noch weitere: So verleihen das Deutsch-Französische Jugendwerk und die Ökumene der Kirchen einen eigenen Preis. Auch Amnesty International zeichnet einen Film aus - und einige weitere Organisationen und Verbände sind dabei. Zudem sollte nicht vergessen werden, dass auch der Verband der deutschen Filmkritik, der in dem Weltdachverband aller Filmkritikerinnen und Filmkritiker *Fipresci* organisiert ist, drei Preise vergibt.

Neben dem Wettbewerb gibt es weitere Sektionen. GEGENBLENDE hat sie alle durchleuchtet und präsentiert eine Auswahl an Filmen, die für Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter interessant sein können: weil sie prekäre Lebensbedingungen anprangern, von politischen Missständen berichten und vom Kampf um bessere Verhältnisse erzählen.

Der Wettbewerb

Der Wettbewerb ist die wichtigste Festivalsparte der Berlinale. Hier gibt’s die Bären. Und die 19 Filme, die um die Trophäen konkurrieren, bringen eine ansehnliche Schar von Prominenten in die Stadt, die dann ihren Film zeigen, eine Pressekonferenz

machen und anschließend wie du und ich durchs Berliner Schmuddelwetter rennen oder im Hertha-Eck sitzen.

Ein Wettbewerbsticket kostet dieses Jahr 13 Euro (Wiederholungen 10 Euro), das ist eine satte Steigerung um einen Euro (in beiden Fällen)! Karten gibt es online und am zentralen Ticket-Schalter in den Arkaden am Potsdamer Platz und im Internet. GEGENBLENDE empfiehlt:

A Long and Happy Life

Sascha lebt in einem Dorf auf der nordrussischen Kola-Halbinsel und bewirtschaftet engagiert die Hinterlassenschaft einer ehemaligen Kolchose. Seinen Mitarbeitern ist er ein guter Kumpel; sie achten ihn und tolerieren auch die mehr oder weniger geheime Liebesbeziehung zu Anya, die im Sekretariat der Bezirksregierung sitzt. Doch plötzlich hat Sascha die Provinzbeamten im Nacken: Er soll seinen Hof aufgeben. *A Long and Happy Life* ist ein Film über die schwierige Situation von Bauern im heutigen Russland. ***RUS 2013. Regie: Boris Khlebnikov***

An Episode in the Life of an Iron Picker

Die Roma in Bosnien-Herzegowina haben einen schweren Stand. Prekäre Lebensverhältnisse sind für sie der Alltag. Regisseur Danis Tanovic porträtiert eine Familie auf dem Land. Vater Nazif schlachtet alte Autos aus und verkauft die Metallteile. Mutter Senada hält das Haus sauber, kocht, bäckt und sorgt sich um die beiden kleinen Töchter. Eines Tages verspürt sie einen stechenden Schmerz im Unterleib. In der Poliklinik erhält sie die Nachricht, dass etwas mit dem Baby in ihrem Bauch nicht stimmt: Eine Blutvergiftung droht, höchste Eile ist geboten. Doch Senada besitzt keine Krankenversicherung - die dringende Operation lehnt der Chef des Krankenhauses ab. ***BSN/F/SL 2013. Regie: Danis Tanovic***

Layla Fourie

Layla ist eine alleinerziehende Mutter, die mit ihrem Sohn in Johannesburg lebt. Sie hat sich bisher durch Jobs über Wasser gehalten. Nun findet sie eine Stelle in einer Sicherheitsfirma. Eines Tages wird sie auf dem Weg zum neuen Arbeitsplatz in einen Unfall verwickelt, der ihr Leben abrupt verändert. Aus einer individuellen Story entwickelt sich ein Lehrstück antirassistischer Gesellschaftskritik. ***D/SA/F/NL 2013. Regie: Pia Marais***

Panorama

Im Programm des Panoramas werden neue Filme renommierter Regisseure und Regisseurinnen, aber auch Debütfilme und Neuentdeckungen präsentiert. Das Panorama zeigt dieses Jahr 52 Filme. Von diesen Produktionen aus 33 Ländern sind 29 Weltpremieren. Elf Spielfilme sind Erstlingswerke. Eine Eintrittskarte kostet zehn Euro. GEGENBLENDE empfiehlt:

Ayer no termina nunca

April 2017: Wer gedacht hat, es könnte nicht schlimmer kommen, muss sich getäuscht haben. Spanien befindet sich am tiefsten Punkt der Finanzkrise, sieben Millionen Menschen sind arbeitslos, Millionen Häuser unbewohnt, weil ihre Besitzer an den Schulden ersticken. Die Spanier wachen jeden Tag ärmer auf, als sie am Tag zuvor zu Bett gegangen sind! Im futuristischen Ambiente eines riesigen Lagerhauses trifft sich ein Paar, das sich vor Jahren getrennt hat. So wie die Halle nie zu Ende gebaut wurde, wurde auch die Beziehung der beiden nie zu Ende gelebt. Ein apokalyptischer Alptraum, in dessen Zentrum nicht nur verlorene Menschen und Hallen stehen, sondern auch ein ganzes, verlorenes Land. ***Spanien 2013. Regie: Isabel Coixet***

Narco Cultura

In der mexikanischen Grenzstadt Ciudad Juárez ist es jetzt schon 2017. Die ehemalige Industriestadt ist das Zentrum des Drogen-Terrors. Hier prügeln sich die Kartelle aufs Ärgste. Die Bevölkerung steht jeden Tag zwischen den Fronten des Narco-Krieges. Nicht ein Mord ist in den letzten Jahren aufgeklärt worden. Die Drogenbosse lassen sich derweil Lieder komponieren und erschaffen eine eigene, völlig durchgeknallte Pop-Kultur. Sie bauen sich Friedhöfe mit Gräbern für Autos und natürlich Gruften mit schusssicherem Glas! Regisseur Shaul Schwarz ist ein drastischer Film gelungen, der mitunter eine extrem grausame Realität zeigt. Nichts für schwache Nerven. Und dennoch gibt es Stellen, in denen man lauthals lachen muss. ***USA 2012. Regie: Shaul Schwarz***

Salma

Salma wurde wie so viele Mädchen in Indien mit dem Beginn ihrer ersten Periode eingesperrt und für ihre Hochzeit aufbewahrt. Nachdem sie geheiratet hat, bleibt sie weiter unter Hausarrest - jetzt in der Obhut der Familie ihres Mannes. „Unter den Bedingungen hatte ich echt viel Zeit“, sagt die Frau heute, nicht ganz ohne Ironie. Sie begann sich im Selbststudium zu bilden und las, was sie in die Finger kriegte. Und das waren einzig und allein die Zeitungsseiten, in die der Kohl eingewickelt ist! Salma

entdeckt jedoch ihr großes Talent für die Literatur - wozu lesen, wenn man selbst viel besser Gedichte schreiben kann. Mithilfe ihrer Mutter findet sie einen Verleger. Die Veröffentlichung verändert ihr Leben komplett: Als viel gelesene Lyrikerin nimmt sie alsbald auch politische Ämter wahr und kämpft für die Rechte der Unfreien. Eine Wahnsinnsbiografie. Auf Deutsch sind Werke von ihr im Verlag für indische Literatur Draupadi erschienen (www.draupadi-verlag.de). ***GB 2013. Regie: Kim Longinotto***

State 194

Regisseur Dan Setton sagt: Das ist mal ein ganz neuer Staatsmann! Der palästinensische Premierminister Salam Fayyad setzt nicht auf den bewaffneten Kampf gegen Israel, sondern macht sich an den Aufbau einer behördlichen palästinensischen Infrastruktur. Straßen und Strom gibt's neuerdings auch. Es ist doch immer die Rede von der Zwei-Staaten-Lösung, für die er seit 2009 überall in der Welt und zu hause wirbt. Vor der UNO stellt er den Antrag auf internationale Anerkennung. Das Filmteam begleitet diesen Prozess und bekommt einen erstaunlichen Einblick in höchste Machtkreise auf palästinensischer und israelischer Seite. Aber auch viele, viele Aktivisten und Lobbyisten kommen zu Wort. Wenn nur die schreckliche Musik einem nicht die ganze Zeit das Denken vorschreiben wollte... ***US/ISR 2012. Regie: Dan Setton***

Forum

Avantgarde, Experiment, Essay, Langzeitbeobachtungen, politische Reportagen und noch unbekannte Kinovariationen: Das Internationale Forum des Jungen Films soll die risikofreudigste Sektion der Berlinale sein. Das Forum kümmert sich dieses Jahr verstärkt um die Auswirkungen der Finanzkrise - und welche Antworten die Filmkunst darauf gibt. Gezeigt werden insgesamt 50 Filme. Ein Forum-Ticket kostet neun Euro. Hier die Empfehlungen:

Za Marksa...

Gegen verdorbenes Kantinenessen, Lohnkürzungen und Entlassungen organisieren Arbeiter einer Stahlfabrik eine unabhängige Gewerkschaft. Die Fabrikbesitzer, auf deren Lohnliste die offizielle Gewerkschaft steht, versuchen diese Aktivitäten nach allen Regeln ihrer Kunst auszuhebeln. Ganz großer Stoff also - aber leider nur auf dem Papier. Denn wie so vieles im russischen Kino kommt der Film reichlich überstilisiert daher. Die Schauspieler kriegen ihren Stoff nicht richtig in den Griff.

Und so wird man nicht sonderlich warm mit den Figuren. Einfach etwas schwer rezipierbar. ***RUS 2012. Regie: Svetlana Baskova***

Die 727 Tage ohne Karamo

Lebensbedingungen in der Mitte Europas, dessen Standard nicht für alle gedacht ist: Dieser Film zeigt, wie binationale Paare leben, wenn einer der Partner von Abschiebung bedroht ist oder gar schon ausgewiesen wurde. Papiere und Ämter, Hauskontrollen, unangemeldete Polizeibesuche. ***A 2013. Regie: Anja Salomonowitz***

Generation

In den beiden Wettbewerben „Generation Kplus“ und „Generation 14plus“ wird die Perspektive von Kindern und Jugendlichen eingenommen. 60 Kurz- und Langfilme konkurrieren um die begehrte Auszeichnung, den gläsernen Bären. Kinder- und Jugendkino lohnt sich: Die Karte kostet nur vier Euro. Hier die Empfehlung für die jüngere Generation:

The Rocket

Die Sparte Generation zeigt wahrscheinlich einen der besten Filme in diesem Jahr: Kim Mordaunts „The Rocket“. Darin geht es um den Jungen Ahlo, dessen Geburt im laotischen Hinterland schon unter denkbar schlechtem Stern stand. Seine Großmutter riet jedenfalls, ihn umgehend zu ermorden. Als seine Familie wegen eines Stauseeprojekts ihr Dorf verlassen muss, verliert Ahlo bei einem Unfall seine Mutter. Er wird mit seinem Vater und seiner Großmutter in einem Lager untergebracht, wo er gleich den Zorn der Mitbewohner auf sich zieht.

Es scheint festzustehen: Wo Ahlo hinkommt, gibt’s Unglück. Und nun soll er ein Händchen für explosive Stoffe entwickeln. Denn er beschließt, bei einem Feuerwerkswettbewerb mitzumachen, um mit dem Preisgeld seiner armen Familie zu helfen. Den Antrieb möchte er aus den Sprengsätzen jener Bomben zusammenbauen, die die US-Amerikaner im letzten Krieg über dem Wald abgeworfen haben. Das Ergebnis kann sich jedenfalls am Himmel sehen lassen. Und das ist wahrlich nicht die einzige verrückte Wendung, die der Film nimmt…

„The Rocket“ verbindet die bewegende, aber auch irrwitzige Geschichte eines Jungen mit globalisierungskritischen Einblicken in die Lebensumstände des von Armut und

Aberglauben geprägten Laos. Spitzenfilm! Ob der allerdings was für Kinder ist, sei dahingestellt. Empfohlen ist er ab elf Jahre. ***AUS 2013. Regie: Kim Mordaunt***

NATIVe - A Journey into Indigenious Cinema

In dieser Sonderreihe mit ihren 24 Kurz-, Spiel- und Dokumentarfilmen soll wegweisendes indigenes Kino der letzten fünf Jahrzehnte präsentiert werden. Feierlich eröffnet wird sie mit dem preisgekrönten Spielfilm „Atanarjuat - The Fast Runner“ von Inuit-Regisseur Zacharias Kunuk am 8. Februar im Haus der Berliner Festspiele. Das Projekt entstand mit Unterstützung eines internationalen, indigenen Teams von Beratern, die das Filmprogramm mitkuratiert haben. Alle sind während des Festivals in Berlin anwesend. GEGENBLENDE empfiehlt, in der Reihe mal rumzuschnuppern. Das Angebot ist doch sehr heterogen. Ziel aller Filme ist es jedoch, Aufmerksamkeit sowohl für die Filmkultur als auch für die Komplexität der Geschichte indigener Menschen zu schaffen. Gleichzeitig lenkt das Projekt den Blick auch auf aktuelles Geschehen - wie die kanadische Grassroots-Bewegung „Idle No More“ und den Hungerstreik der Attawapiskat-Hauptfrau Theresa Spence.

„Gerade in Deutschland, dem Heimatland von Karl May, in dem Native Americans immer noch ‚Indianer’ genannt werden und in den Köpfen vieler noch in Tipis leben und Friedenspfeife rauchen, ist das Kuratieren eines solchen Programms ein besonderes Abenteuer“, so die Organisatorin der Reihe, Maryanne Redpath. Und man glaubt es kaum: Einer der deutschen Filme im Wettbewerb ist allen Ernstes ein Western („Gold“ von Thomas Arslan)! Tickets kosten neun Euro.

Hommage

Und gleich geht es weiter in der Vorstellung eines ganzen Teilprogramms: Jedes Jahr ehrt die Berlinale einen besonderen Filmkünstler für sein Lebenswerk. Dieses Jahr ist es der französische Regisseur Claude Lanzmann, der große Dokumentarist des Holocaust. Sein neuneinhalbstündiger Film „Shoah“ ist als epochales Meisterwerk der Erinnerungskultur in die Filmgeschichte eingegangen. Der 87-Jährige ist ein besonderer Zeitzeuge des 20. Jahrhunderts: Er war kommunistischer Résistance-Kämpfer gegen die Nazis, Journalist, Gefährte Jean-Paul Sartres und Simone de Beauvoirs und ist bis heute Herausgeber der Philosophiezeitschrift „Les Temps Modernes“. „Shoah“ und weitere Filme werden zu sehen sein. Aber ebenso der Meister selbst: Am 13. Februar ist er in der Deutschen Kinemathek Gesprächsgast. Tickets kosten neun und zwölf Euro.

Kulinarisches Kino

Essen und Kino - einst eine kleine Reihe, ist diese Sektion mittlerweile zum globalisierungskritischen Nahrungsmittelfilmfest geworden. Im Zentrum steht die Frage: Wer produziert was zu welchen Bedingungen?

„Dig Your Food - Vom Garten auf die Gabel“ lautet das Motto des 7. Kulinarischen Kinos der Berlinale. 16 Filme über Essen und Umwelt laufen vom 10. bis 15. Februar 2013 im Kino des Martin-Gropius-Baus. Nach den Filmen des Hauptprogramms servieren Sterneköche jeweils um 19.30 Uhr im Spiegelzeltrestaurant „Gropius Mirror“ ein Menü, das von den Filmen inspiriert ist. Tickets kosten - alle Achtung - 85 Euro! Wer nur den Film schaut zahlt neun Euro.

Slow Food Story

Seit 25 Jahren gibt es die Slow-Food-Bewegung. Ihr Erfinder ist **Carlo Petrini**. 1986 gründete Carlo den gastronomischen Verband ArciGola in Italien und initiierte drei Jahre später in Paris Slow Food, natürlich als Gegenbewegung gegen die Schnell- und Vielfraßrestaurants. Der Film zeichnet die Karriere dieser ungewöhnlichen Idee nach, die man so zusammenfassen könnte: Gute Arbeit, gutes Leben, gutes Essen. ***Italien 2013. Regie: Stefano Sardo***

GMO OMG

Jetzt wird's verschwörungstheoretisch. Die Menschen in den USA nehmen an einem großen Experiment teil, bloß, weil sie sich ernähren! Das behauptet der Film „GMO OMG“. Denn sie alle konsumieren genmanipulierte Nahrungsmittel. Über Gesundheitsrisiken und Auswirkungen auf die Umwelt weiß man wenig, allerdings bieten neue Studien Anlass zur Sorge. „Wir sind die nichts ahnenden Versuchskaninchen eines großangelegten Experiments moderner Biotechnologie“, sagen die Filmemacher. Und fordern mit ihrem Werk nachdrücklich zu Kontrolle und kritischer Fragestellung auf. ***USA 2013. Regie: Jeremy Seifert***

Make Hummus Not War

Der Nahostkonflikt, vom Tellerrand betrachtet: Könnte Hummus, das beliebte Kichererbsenmus, die Konflikte in der Region beilegen? Hummus ist eines der ältesten bekannten Gerichte und viele Staaten im Nahen Ostens beanspruchen es für sich. Es wurden sogar schon Prozesse um die Urheberschaft geführt. Der Film ist eine muntere Entdeckungsreise durch die Imbissstuben und Restaurants des Nahen Ostens, der auf dem kulinarischen Globus bis in die letzten Winkel der Erde reicht. Polit-Aktivisten und Kichererbsenbauern, Romanautoren und Scheichs wissen vieles

über die weltliche Religion der leckeren Pampe. Tenor des Films: Wir haben mehr gemeinsam als uns trennt. Außerdem hat er schon den Preis für den leckersten Titel verdient, wenn es ihn denn gäbe. ***Australien 2012. Regie: Trevor Graham***

Alle Termine und Infos für den Kartenkauf unter www.berlinale.de

Autor: Jürgen Kiontke, Redakteur des DGB-Jugend-Magazins Soli aktuell und Filmkritiker u.a. für das Amnesty-Journal.

Psychische Gesundheit in der Arbeitswelt

von Georges Hallermayer

Über eine Tagung bei der Bundesarbeitsministerin

„Politiker ticken wie Verkehrsplaner!“ meint meine Kollegin Marie-Paul de B. von der Lehrergewerkschaft FEN. „Dort, wo gehäuft Unfälle passieren, wird Statistik geführt, aber erst dann, wenn jemand stirbt, wird was gemacht.“

Noch wird Statistik geführt. Die Probleme, Daten und Fakten sind bekannt und weitgehend unbestritten. Um nur einige herauszugreifen: Psychische Erkrankungen sind die häufigste Ursache für krankheitsbedingte Frühverrentungen (in den letzten 15 Jahren stieg ihr Anteil von 15,4 % auf 37,7 %. (1).

Was bringt nun aber die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeber (BDA) an den „Runden Tisch“? Der Anteil psychischer Störungen an den Arbeitsunfähigkeitszeiten hat sich in den letzten 30 Jahren verfünffacht (2) und somit auch deren Kosten für die Unternehmer. In den letzten 15 Jahren ist ein Anstieg von mehr als 80 % festzustellen. Sie sind in den 4 Jahren von 2008 bis 2011 um alarmierende 40 % gestiegen: von 41 Mio. Arbeitstagen 2008 um ca. 40 % auf 59 Mio. im Jahre 2011 (3). Die Krankheitskosten von psychischen Erkrankungen liegen bei etwa 28 Milliarden Euro pro Jahr (4). Demgegenüber ließ sich mit betrieblicher Prävention nicht nur die Gesundheit der Beschäftigten verbessern, auch die Kosten gingen enorm zurück, so das Ergebnis einer Auswertung mehrerer hundert Studien der Initiative Gesundheit und Arbeit (IGA) der gesetzlichen Kranken- und Unfallversicherungen. Demnach ergäben sich Reduktionen bei den Fehlzeiten und den damit verbundenen Kosten von 12 % bis 36 % (5). Dieses beiderseitige Interesse: die Verringerung der Gesundheitsrisiken auf der Beschäftigtenseite, und die Verringerung der Personalkosten auf der anderen Unternehmerseite, nährt die Vorstellung, der Staat könnte diese „win-win-Situation“ über ein Gesprächsforum in eine allgemeingültige Form eines Gesetzes gießen.

Deshalb hatte die Bundesarbeitsministerin von der Leyen die beiden Sozialpartner zu einer Tagung am 29. Januar in Berlin zum Thema „Psychische Gesundheit in der Arbeitswelt“ eingeladen (6). Anlass war der Auftakt zu einer weiteren fünfjährigen Arbeitsperiode der Gemeinsamen Deutschen Arbeitsschutzstrategie (GDA), in der Bund, Länder und Unfallversicherungen zusammenarbeiten. Zwischen 11.50 h und 12.20 h gaben die beiden Sozialpartner, ihre Statements zur „Perspektive der Sozialpartner“ ab, für die BDA Dieter Hundt und für den DGB der Vorsitzende Michael Sommer mit *Best-Practice*-Beispielen umrahmt u.a. von der Salzgitter AG,

Whatman GmbH und Infoständen der Gemeinsamen Deutschen Arbeitsschutzstrategie, Initiative Neue Qualität der Arbeit und der Robert-Enke-Stiftung.

Frau von der Leyen wollte mit den Sozialpartnern über den Handlungsbedarf sprechen und mit ihnen eine „Gemeinsame Erklärung" verabschieden (7). Sie präsentierte auf dieser Tagung den in den Medien häufig zitierten „Stressreport Deutschland 2012" der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (8). Für die Studie wurden mehr als 17.000 Beschäftigte zu psychischen Anforderungen, Belastungen und Stressfolgen in ihrem Arbeitsalltag befragt. Die Studie illustriert, wie schon die Stress-Reports der letzten Jahre zeigen, die sich verschärfende „ordinäre" kapitalistische Ausbeutung am Arbeitsplatz. Die in der Vorwoche publizierte Sonderauswertung „Psycho-Stress am Arbeitsplatz"(9) des „DGB-Index' Gute Arbeit" kommt zu ähnlichen Ergebnissen.

Wer hat den Schwarzen Peter?

Die europäischen Sozialpartner haben 2002 eine „Rahmenvereinbarung über arbeitsbedingtem Stress" (10) verabschiedet, dabei aber die Frage nach der Ursache offen gelassen (11). Sehen die Gewerkschaften arbeitsbedingten Stress und Mobbing als häufigste Ursache von Fehlzeiten, Krankheiten, Arbeitsunfähigkeit und Berufsunfähigkeit, erkennt die Unternehmerseite zwar Probleme an, die der arbeitsbedingte Stress mit sich bringt, und ist auch prinzipiell bereit, „Maßnahmen zur Vorbeugung, Beseitigung oder Verminderung zu ergreifen"(12), aber weist entschieden zurück, für die Zunahme der psychologischen Erkrankungen verantwortlich zu sein. „Psychische Erkrankungen sind ein Problem, das die Arbeitgeber sehr ernst nehmen, das aber nicht durch Arbeit verursacht wird", so BDA-Präsident Dieter Hundt im Interview mit der „Welt" (13). Es gebe „viele Einflussfaktoren, die oft im Privatleben und Freizeitverhalten liegen, und von den Unternehmen nur schwer zu beeinflussen sind". Der Beschäftigte ist demzufolge selbst schuld. Arbeitgeber könnten „nicht alles reparieren, was in Einzelfällen in anderen Lebensbereichen schiefläuft" (14).

Die Gewerkschaften setzen ihre Erwartungen in den Staat. Die IG Metall hat schon vor zwei Jahren eine Anti-Stress-Verordnung für Betriebe gefordert (15) und dazu ein Modell vorgelegt. Auf dieser Tagung wurde nun erwartet, dass das Bundesarbeitsministerium einen Entwurf für eine Anti-Stress-Verordnung auf den Weg brächte, schließlich bestehe der Ministerin zufolge Handlungsbedarf. Begriffe wie „psychische Belastungen" und psychische Gesundheit" sollten ins Arbeitsschutzgesetz aufgenommen werden und Verstöße gegen die Schutzvorschriften mit Strafen geahndet werden. Außerdem böte eine Rechtsverordnung die notwendige Rechtsgrundlage zur Information und

Überwachung der Betrieb durch die Aufsichtsbehörde (16). Dazu wären auch die Mitwirkungsrechte des Betriebsrats dementsprechend auszuweiten (17).

„Muss sich denn erst jemand im Büro aufhängen?“

fragte mich meine französische Kollegin Marie-Paul, als wir über Burnout, Mobbing und Stress in der Arbeit sprachen. Etwa wie in Bordeaux der dortige Chef der Niederlassung von GEFCO, dem Logistik-Multi von Renault, oder wie ein aufs Abstellgleis versetzter, ehemals leitender Angestellte bei der Post, der aus dem Fenster sprang, oder wie über 30 Beschäftigte bei France Telecom vor einigen Jahren (18). Damit es nicht soweit kommt wie bei France Telecom, bereiten die Arbeitsminister von Nordrhein-Westfalen, Hamburg, Bremen und Brandenburg eine Bundesratsinitiative vor, um Arbeitskräfte per Gesetz vor krankmachenden Stress zu schützen (19). Ziel dieser rotgrünen Initiative sei es, eine der Hauptursachen von Stress (20) in der Arbeit in den Griff zu kriegen: die verschwommene Grenze von Arbeit und Freizeit einzugrenzen, die ausufernde permanente Erreichbarkeit, sprich Verfügbarkeit via Handy und Internet, d.h. die flexible Verlängerung von Arbeitszeiten zurückzuführen. Das Arbeitsministerium ist skeptisch, aber gesprächsbereit, ebenso die Krankenkassen oder der Verband Deutscher Betriebs- und Werksärzte. Die BDA hingegen macht aus ihrer Position keinen Hehl: Sie lehnt eine Anti-Stress-Verordnung schlichtweg ab, u.a., weil die Entstehung von Stress konkret kaum zu definieren sei. Oder Arbeit und Freizeit schwer abzugrenzen sei und im Sinne flexibler Arbeitszeiten wenig sinnvoll ist (21).

...wenn Dein starker Arm es will!

Wen verwundert es, dass auf der Tagung keine gemeinsame Erklärung von BDA und DGB zustande kam? Offensichtlich haben sich die Hardliner im Unternehmerverband durchgesetzt, wie IG Metall-Vorstandsmitglied Urban meint (22). Die Gewerkschaften werden sich auf ihre eigenen Kräfte stützen müssen, sich bewusst werden, was sie aus eigener Kraft bewerkstelligen können. Wie viele Betriebsräte nehmen sich die Zeit und dabei ihre Pflicht wahr und das gesetzliche Recht in Anspruch, die jährliche Inspektion der betrieblichen Arbeitsschutz-Einrichtungen und Maßnahmen durch die Berufsgenossenschaft und des/der Arbeitsschutzbeauftragten kritisch zu begleiten? Der § 87 Abs. 1 Nr. 7 BetrVG eröffnet ein weites Spektrum an Einflussmöglichkeiten für eine konsequente Interessensvertretung. Auch die gewerkschaftlichen Seminare für neue Betriebs- und Personalräte könnten ein größeres Augenmerk auf die Mitwirkungsrechte nach dem Betriebsverfassungsgesetz in Fragen der Ursachen von Stress (z.B. bei Rationalisierungsmaßnahmen) legen.

Die Gewerkschaften werden natürlich ihre berechtigten Forderungen, betriebsbedingten Stress im Arbeitsschutz-Gesetz zu verankern. Eine derartige Anti-

Stress-Verordnung mit der Ausweitung der Mitbestimmungsrechte der Betriebsräte sollte in ihre Wahlprüfsteine zur Bundestagswahl aufgenommen werden. Es wäre durchaus hilfreich, wenn dafür die IG Metall ihren Entwurf der Anti-Stress-Verordnung in einer Unterschriftenkampagne breit bekannt machen würde. Zudem bekommt das gewerkschaftliche Ziel der Arbeitszeitverkürzung im Hinblick auf dadurch mögliche Stressreduktion eine neue Aktualität und sollte auch in Tarif- und Besoldungsverhandlungen zur Sprache kommen. Ein weiterer Meilenstein wäre eine Bündelung der Kräfte, eine Kombination der Initiativen von IG Metall, IG BCE und DGB, den Stress-Barometer und den DGB-Index „Gute Arbeit“ zu einem Stress-Observatorium (23) zusammenzuführen.

In Frankreich musste nach dem „Manager-Mobbing“ (24) und der skandalösen Selbstmordwelle nach der Umstrukturierung von *France Telecom* im Zuge der Privatisierung der neue Vorstandsvorsitzende (25) ein Observatorium für „Stress und Zwangsversetzungen“ einrichten. Das ist eine Struktur, die unabhängig von der Geschäftsleitung durch die Gewerkschaftsvertreter betrieben wird und mittlerweile über den Konzern hinauswirkt. So konnte in den letzten Jahren durchgesetzt werden, dass arbeitsbedingter Stress mit seinen Auswirkungen unfallversicherungsrechtlich anerkannt wurde. Der „Appel de 44“, der von Professoren, Psychologen und Ärzten am 22. Mai 2011 in der Zeitung „Liberation“ veröffentlicht wurde, fordert ein unabhängiges „Selbstmord-Observatorium“, das inzwischen eine breite Unterstützung erfährt. Im März 2012 lancierte das auf Evaluation spezialisierte renommierte Ingenieurbüro „Technologia“ eine Unterschriftenaktion mit 44.000 Unterzeichnern. Es wird im Rahmen der Kampagne ein Symposium mit prominenter Beteiligung veranstalten, das unter der Schirmherrschaft von Präsident Francois Hollande steht (26).

In Deutschland könnte ein Stress-Observatorium als eine gewerkschaftliche Stabsstelle weiterhin wissenschaftliche Studien betreiben und einen Stress-Barometer veröffentlichten. Aber die kontinuierliche und systematische Dokumentation, seien es Fälle von Mobbing, sexueller Belästigung oder Schlimmeres, seien es „Versäumnisse“ der Betriebe, in denen die gesetzliche Verpflichtung zur Stress-Prävention nicht umgesetzt wurde, ist die Hauptaufgabe eines solchen Observatoriums. Damit könnte letztlich auch Öffentlichkeit hergestellt werden. So würde neben dem Stress-Barometer eine weitere Statistik von Fakten über arbeitsbedingten Stress geführt werden, mit der die „Arbeitgebererklärung von Stress durch das Privatleben“ ausgehebelt wird und die Verantwortlichkeit des Betriebs belegt werden kann. In der Folge könnte sich auch die Neigung der Unternehmer, in dieser Frage mit den Gewerkschaften zusammenzuarbeiten, verstärken.

Übergebührliche psychische Belastungen am Arbeitsplatz, also krankmachender Stress ist, wenn nicht schon zu verhindern, so doch wenigstens auf ein erträgliches

Maß zurückzuschrauben. Wenn neben einer konsequenten Interessenvertretung im Betrieb und über die Berufsgenossenschaften die Unternehmen zur Prävention von Stress in die Pflicht genommen werden, dann würde auch die unternehmerische Sorgfalts-Pflicht zu vorbeugenden Maßnahmen in diesem Bereich ernster genommen werden (27).

Literatur/Quellen:

(1) Deutsche Rentenversicherung Bund, 2009, zitiert nach: Neue Initiative Qualität der Arbeit. Stress und psychische Gesundheit. Sept. 2012 http://www.inqa.de/SharedDocs/PDFs/DE/Publikationen/psyga-kein-Stress-mit-dem-Stress-fuehrungskraefte.pdf?__blob=publicationFile

(2) Von 2 % auf 11 % (BKK Gesundheitsreport 2010) und sind damit die viertwichtigste Krankheitsgruppe. Zitiert nach: Neue Initiative Qualität der Arbeit. Stress und psychische Gesundheit. a.a.O

(3) Interview im Deutschlandfunk 29.01.2013. Pressemitteilung 29.01.2013. http://www.bmas.de/DE/Service/Presse/Pressemitteilungen/psychische-gesundheit-veranstaltung-2013-01-29.html. eine weitere Quelle: http://www.bptk.de/fileadmin/user_upload/Publikationen/BPtK-Studien/Arbeitsunf%C3%A4higkeit_aufgrund_psychischer_Belastungen/20110622_BPtK-Studie_Arbeitsunf%C3%A4higkeit_2010.pdf

(4) Michael Friedrichs, Dr. Wolfgang Bödeker: Die Kosten psychischer Erkrankungen und Belastungen in Deutschland, in: Gegenblende April 2012. Nach dem Statistischen Bundesamt 2009 lagen sie damals noch bei knapp 27 Mrd. €, und könnten wenn der sich Trend fortsetzt, „bis 2030 um 20 % auf rund 32 Milliarden Euro anwachsen“. Neue Initiative Qualität der Arbeit, a.a.O.

(5) IGA-Report 13. Ina Sockoll, Ina Kramer, Wolfgang Bödeker. Wirksamkeit und Nutzen betrieblicher Gesundheitsförderung und Prävention. Zusammenstellung der wissenschaftlichen Evidenz 2000 bis 2006. http://www.iga-info.de/veroeffentlichungen/iga-reporte/iga-report-13.html

(6) http://www.inqa.de/DE/Service/Termine/2013/2013-01-29-gda-psychische-gesundheit.html

(7) Die Welt vom 18.01.13 „Jeder zweite Arbeitnehmer fühlt sich ausgebrannt.“

(8) http://www.tagesschau.de/inland/strwess102.html (29.01.2013) „Der Stress im Job nimmt zu“. http://www.baua.de/de/Publikationen/Fachbeitraege/Gd68.html

(9) http://www.dgb.de/-/taf Die Welt vom 13.01.2013 http://www.welt.de/regionales/duesseldorf/article112697913/Gibt-es-bald-ein-Gesetz-gegen-Stress.html Peter Nowak „Die Lohnarbeit macht krank“, telepolis. 20.01.2013. http://heise.de/tp/blogs/8/print/153575

(10) http://www.ergo-online.de/html/service/download_area/arbeitsbed-stress.pdf

(11) Zur Bewertung der Durchführung dieser europäischen autonomen Rahmenvereinbarung zu arbeitsbedingtem Stress der Bericht der Europäischen Kommission siehe gibt einen Überblick: „Studie: Deutsche immer gestresster am Arbeitsplatz“24.02.2011 http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/9767_de.htm

(12) Siehe Anmerkung 10

(13) Die Welt vom 10.01.2013 „Hundt: Arbeit macht nicht psychisch krank“

(14) a.a.O.

(15) taz vom 27.09.2011 „Gesellschaftliche Zeitbombe“. Der Stress-Verordnungstext in: http://www.igmetall.de/cps/rde/xbcr/internet/docs_ig_metall_xcms_188571_188572_2.pdf

(16) DGB-Index: Prävention gegen Psychostress mangelhaft. http://www.dgb.de/-/taf. Daniel Behruzi: „Was tun gegen Streß“ in: Junge Welt vom 13.01.2013

(17) wie es im französischen Arbeitsrecht bereits existiert (Art. 2313-1 du code du travail i.V. mit Art. 2313-2 des Arbeitsgesetzbuchs)

(18) Georges Hallermayer: Zum ersten Mal in der Geschichte Frankreichs wird die Personalpolitik eines Unternehmens als Straftatbestand angesehen. in: Saarkurier-online vom 11.04.2012, in: http://www.saarkurier-online.de/?p=67261

(19) Die Welt vom 13.01.2013 http://www.welt.de/regionales/duesseldorf/article112697913/Gibt-es-bald-ein-Gesetz-gegen-Stress.html

(20) A. Koark, B. Dribbusch: Hetze, Druck, noch mehr Hetze. Wenn die Grenze zwischen Arbeit und Freizeit verschwimmt: Eine DGB-Studie zeigt, dass hohe Arbeitsbelastung den Beschäftigten an die Substanz geht. Dabei ist Prävention möglich.“ In: taz vom 27.03.2012

(21) siehe Anmerkung 19

(22) Presserklärung IG Metall. http://www.igmetall.de/cps/rde/xchg/SID-75728BE4-6BD25FD1/internet/style.xsl/anti-stress-gipfel-des-bundesarbeitsministeriums-11162.htm

(23) Observatoire du stress et des mobilités forcées. chez France Telecom et ailleurs. http://www.observatoiredustressft.org/

(24) Abgeleitet von „harcelement moral“ auf Deutsch Mobbing (einem Straftatbestand im französischen Arbeitsrecht) ist „harcelement managerial“ ein neuer juristischer Begriff, der besagt, dass durch organisatorische Umstrukturierungen psychosoziale Erkrankungen bis zum Suizid verursacht wurden und damit das Unternehmen und seine Führung in die Verantwortung nimmt. So läuft z.Zt. gegen den zurückgetretenen Vorstandsvorsitzenden von France Telecom, seinem Stellvertreter und dem Personaldirektor ein strafgerichtliches Ermittlungsverfahren.

(25) Siehe Anmerkung 18.

(26) www.observatoiresuicides.fr und http://www.observatoiresuicides.fr/wp-content/uploads/2013/01/Technologia-INVITATION-Colloque-du-04-f%C3%A9vrier-2013.pdf

(27) Wie die aktuelle DGB-Index Gute Arbeit feststellen musste, sei „die Prävention gegen Psychostress mangelhaft“ (siehe Anmerkung), was auch der IGA-Report 20.Motive und Hemmnisse für Betriebliches Gesundheitsmanagement (BGM) vom April 2011 bestätigt.

Autor: Georges Hallermayer, Dozent, Steuerinspektor und staatsexaminierter Historiker

Der große Kahlschlag – Die Krise der europäischen Autoindustrie

von Tomasz Konicz

Die Krise der Autoindustrie erfasst inzwischen auch erste Standorte im Osten der Europäischen Union, die bislang einigermaßen ungeschoren durch den Beschäftigungskahlschlag in der Branche kamen. Anfang des Jahres traf es die Belegschaft des Fiat-Standorts im südpolnischen Tychy, wo mit 1450 Arbeitern rund ein Drittel der gesamten Belegschaft entlassen wird. Bis zum März dieses Jahres soll der Beschäftigungsabbau laut Planungen der Geschäftsführung abgeschlossen sein.

Abwicklung ohne Sozialplan

Die Stimmung innerhalb der Belegschaft sei „bedrückend“, erklärte Wanda Stróżyk, die Vorsitzende der Gewerkschaft NSZZ “Solidarność” bei Fiat Tychy, im Gespräch mit der GEGENBLENDE Anfang Januar. Es handele sich um eine „tragische Situation“ für einen jeden entlassenen Mitarbeiter und die gesamte Region, da der Beschäftigungsabbau bei Fiat bereits erste Entlassungswellen bei lokalen Zulieferbetrieben nach sich ziehe. Stróżyk nannte in diesem Zusammenhang weitere 600 verlorene Arbeitsplätze in der Region Schlesien. Die sozialen und ökonomischen Folgen dieser Entlassungswellen würden bis nach Kattowitz reichen, so die Gewerkschafterin. Jeder Lohnabhängige, der den Betrieb in einer freiwilligen Übereinkunft verlasse, könne auf eine Abfindung in Höhe von neun bis 18 Monatsgehältern rechnen, ansonsten betrage die Abfindungssumme nur zwei bis drei Gehälter.

Die Entlassenen bei Fiat Tychy müssen nun auf dem Arbeitsmarkt neue Beschäftigungsmöglichkeiten suchen. Das ist bei einer landesweiten Arbeitslosenquote von 13,3 Prozent nicht gerade leicht. Für die Entlassenen werde es schwierig werden, neue Arbeitsplätze zu finden, erläuterte Tadeusz Dzwilerski von der Gewerkschaft WZZ "Sierpień 80", die ebenfalls bei Fiat Tychy aktiv ist. In der Region seien auch in anderen Branchen, wie etwa in Kohlebergwerken, Massenentlassungen im Gange. „Die jüngeren Arbeiter werden wohl auswandern.“ erklärte Dzwilerski. Fiat habe aber immerhin einige Programme zur Fortbildung der Entlassenen angeboten. Von der Haltung der Regierung in Warschau ist der Gewerkschafter hingegen bitter enttäuscht: „Es sollten ursprünglich 17 Millionen Zloty (rund 4,1 Millionen Euro) im Rahmen eines Sozialplans fließen, doch nun erhalten wir überhaupt nichts!

Die Autokrise und Mittelosteuropa

Neben der Fiat Group - deren europaweiter Absatz in den ersten elf Monaten des vergangenen Jahres um 16 Prozent einbrach - gehört auch Opel zu den großen Verlierern der europäischen Autokrise. Die Absatzzahlen der Traditionsmarke befinden sich in einem beständigen Fall: nach 1,19 Millionen verkauften PKW in 2011 sollen in diesem Jahr nur noch 845 000 Fahrzeuge der Marken Opel und Vauxhall von den Fließbändern europäischer Autofabriken rollen. Folglich hat das große Zittern um die Arbeitsplätze auch die Opel-Beschäftigten im westpolnischen Gleiwitz erfasst. Rund 2900 Arbeiter fertigen an diesem Standort den Opel Astra der vierten Generation, sowie das Cabriolet Cascada. Anfang Januar erklärte Betriebsleiter Andrzej Korpak gegenüber Medienvertretern offen, dass es in diesem Jahr vor allem darum gehen würde, „alles zu tun, um das Beschäftigungsniveau“ im Betrieb zu halten und Massenentlassungen zu verhindern. Für das laufende Jahr rechne man mit einem Rückgang des Autoabsatzes „um fünf Prozent in Europa“, prognostizierte Korpak. Diesen Rückgang werde die Belegschaft „zu schultern“ haben.

Diese ersten Massenentlassungen in Mittelosteuropa schrecken eine Region auf, die aufgrund des niedrigen Lohnniveaus und der Nähe zu den westeuropäischen Absatzmärkten in den vergangenen Jahren zu einem neuen Zentrum der europäischen Autoindustrie ausgebaut wurde. Neben Polen, Rumänien (Dacia) sowie Ungarn gilt dies insbesondere für Tschechien und die Slowakei. In diesem Jahr soll Prognosen zufolge jedes vierte in der EU produzierte Auto in diesen mittelosteuropäischen Ländern gefertigt werden. Allein auf dem Territorium der ehemaligen Tschechoslowakei wurden laut ersten Schätzungen 2012 rund zwei Millionen Fahrzeuge gefertigt, wodurch diese Wirtschaftsregion zum zweitgrößten Autoproduzenten Europas aufstieg. In Tschechien und der Slowakei produzieren VW, Kia, Hyndai, Toyota und PSA Peugeot Citroen bei Löhnen, die immer noch weit unter dem in Südeuropas Krisenstaaten üblichen Niveau liegen.

Kaum ein Land Europas hat eine dermaßen extreme Abhängigkeit von der Automobilindustrie entwickelt wie die Slowakei, die inzwischen in Branchenkreisen als „Detroit des Ostens“ bezeichnet wird. Gut ausgebildete und billige Arbeitskräfte, die zentrale Lage unweit von Wien und das Steuerdumping (Flat-Tax!) der früheren neoliberalen Regierungen – all das trug dazu bei, dass die Autokonzerne rund um Bratislava Produktionsstätten errichteten, die zusammen mit den dort angesiedelten Zulieferfirmen inzwischen den wohl größten Cluster des Fahrzeugbaus in ganz Mittel- und Osteuropa bilden. In der Slowakei lassen Kia Motors, Volkswagen und PSA Peugeot Citroën Personenwagen herstellen, die zu 97 Prozent für den Export bestimmt sind. Die Produktion dieses Zentrums der Fahrzeugindustrie ist enorm: Nach einem krisenbedingten Einbruch 2009 fertigten die slowakischen Autofabriken 2011 rund 650 000 Fahrzeuge, die der Branche einen Umsatz von mehr als vierzehn Milliarden Euro bescherten. Im vergangenen Jahr soll der Fahrzeugausstoß sogar auf

900.000 Fahrzeuge angestiegen sein. Mit 104 Pkws pro Jahr auf tausend EinwohnerInnen hat die Slowakei den weltweit höchsten Kraftfahrzeugausstoß im Verhältnis zur Bevölkerungszahl. Rund 25 Prozent aller slowakischen Ausfuhren, ein Drittel der Industrieproduktion und ein Viertel des Bruttoinlandsprodukts entfallen auf die Autoindustrie.

Dennoch sind die Boomzeiten auch in diesem „Detroit des Ostens“ bereits vorbei. Der Fahrzeughersteller Kia kündigte an, dass die Produktion in diesem Jahr mit 290 000 PKWs gegenüber dem Vorjahr leicht um 2000 Stück zurückgehen werde, während das PSA-Werk im slowakischen Trnava im vergangenen Jahr bereits an 21 Tagen Kurzarbeit anordnen musste, um die Überkapazitäten abzubauen. Der slowakische Regierungschef Robert Fico pochte eigens bei einer Staatsvisite in Paris darauf, dass Trnava von Massenentlassungen verschont bleibe. In Bratislava hofft man offensichtlich, dass Trnava die Produktionslücken füllen werde, die bei der angekündigten Schließung des PSA-Standortes in Madrid in 2014 entstehen werden.

Die Krise im Westen und Süden

Tatsächlich waren bislang hauptsächlich der Westen und Süden Europas von Standortschließungen und Massenentlassungen in der Branche betroffen. In Belgien werden 4300 Ford-Arbeiter und rund 5000 Beschäftigte in Zulieferbetrieben ihre Arbeitsplätze ab 2014 verlieren, in Bochum sollen ab 2016 keine Opel-Pkws mehr produziert werden, eine weitere Werkschließung peilt Peugeot in Aulnay-sous-Bois nahe Paris an. Ford will hingegen in Großbritannien noch ein Presswerk in Dagenham und ein Werk in Southampton dichtmachen. Schon jetzt steht fest, dass dieser gigantische Arbeitsplatzkahlschlag in den kommenden Jahren europaweit wohl Zehntausende von Arbeitsplätzen vernichten wird.

Die Entscheidung vieler Autohersteller, im Gefolge der sich verschärfenden Krisenkonkurrenz nun verstärkt auf die Standorte in Osteuropa zu setzten, scheint aufgrund des niedrigen Lohnniveaus betriebswirtschaftlich rational. Von den 16 Millionen europaweit verkauften Pkws in 2007 ist der Absatz auf 12,8 Millionen in 2012 eingebrochen, wobei für das laufende Jahr ein weiterer Rückgang erwartet wird. Die mit Lohn- und Steuerdumping erkauften Konkurrenzvorteile Osteuropas scheinen somit für einen jeden Hersteller aus betriebswirtschaftlichen Erwägungen heraus ungemein verlockend. Doch bilden etwa die slowakischen Arbeiter aufgrund von Monatslöhnen von nur 750 Euro kaum potenzielle Kunden für die Fahrzeughersteller. 97 Prozent der slowakischen Autoproduktion gehen ins – hauptsächlich westliche - Ausland. Der massive Abbau der relativ gut entlohnten Beschäftigung in Westeuropa, der auf betriebswirtschaftlicher Ebene sinnvoll erscheint, verstärkt auf volkswirtschaftlicher Ebene vermittels der korrespondierenden Nachfrageeinbrüche die Absatzkrise der Autoindustrie.

Am Auto wird gespart

Die Sparmaßnahmen der Autohersteller intensivieren somit den massiven europaweiten Nachfrageeinbruch, der durch die - maßgeblich von der Bundesregierung durchgesetzte - Sparpolitik in der EU ausgelöst wurde. Das Berliner „Spardiktat“ hat den Absatz von Fahrzeugen in Südeuropa regelrecht kollabieren lassen, worunter vor allem die auf diesen Märkten exponierten Hersteller wie Fiat und PSA zu leiden haben: im vergangenen November gingen in Griechenland die Neuzulassungen von Pkws gegenüber dem Vorjahresmonat um 47 Prozent zurück, in Spanien waren es 20 Prozent, in Portugal 25 Prozent und in Italien 20,1 Prozent. Selbst Frankreich musste einen Rückgang der Neuzulassungen von 19,2 Prozent melden. Dabei gilt es zu berücksichtigen, dass dieser Nachfragerückgang schon seit etlichen Monaten – mitunter seit Jahren – anhält, weswegen die Autoverkäufe in Griechenland sich inzwischen auf dem Niveau von 1980 bewegen. In Spanien wurden seit 1986 nicht mehr so wenige Neufahrzeuge verkauft wie im vergangenen Dezember. Diese Nachfrageeinbrüche illustrieren die verheerenden Folgen der „Sparpolitik“, die Europa immer tiefer in die Rezession treibt - und die inzwischen auch auf die Wirtschaftszentren des Währungsraums übergreift. Laut Zahlen des Kraftfahrzeugbundesamtes sanken im Dezember 2012 die Neuzulassungen von Personenkraftwagen in der Bundesrepublik im Jahresvergleich um 16,4 Prozent. Damit beschleunigt sich der Abwärtssog auch in Deutschland, wo im gesamten vergangenen Jahr ein Rückgang der Neuzulassungen von 2,9 Prozent verzeichnet wurde. Mit 204.331 neu zugelassenen Fahrzeugen stellte der vergangene Dezember den absatzschwächsten Jahresabschluss seit 1990 dar!

Die deutschen Hersteller konnten nur aufgrund ihrer sehr guten Präsenz in China und den USA sich in 2012 – noch – zu den „Krisengewinnern“ zählen und reihenweise neue Absatzrekorde erreichen. Dabei war es gerade die massive Staatsverschuldung in den Vereinigten Staaten, die den dortigen Wirtschaftsaufschwung durch Steuernachlässe und Konjunkturmaßnahmen ankurbelte. Allein im vergangenen Oktober wuchs der Fehlbetrag der US-Regierung auf 120 Milliarden Dollar, wobei das Haushaltsdefizit für das Gesamtjahr aller Wahrscheinlichkeit nach mehr als eine Billion Dollar betragen wird! Von diesem schuldenfinanzierten Boom in den Vereinigten Staaten konnten die deutschen Autohersteller besonders profitieren. Volkswagen etwa erreichte im vergangenen Oktober mit einem Absatzplus von 22 Prozent und 34.000 verkauften Einheiten das beste Ergebnis seit 40 Jahren. Insgesamt konnte die deutsche Autobranche ihren Absatz in den USA in der ersten zehn Monaten des vergangenen Jahres um 20 Prozent steigern, sodass deren Absätze schneller wuchsen als der gesamte Markt, der um 17 Prozent expandierte. Das in der deutschen Öffentlichkeit und Politik populäre Lästern über die rasante Verschuldungsdynamik in den USA wirkt angesichts dieser Zahlen reichlich weltfremd, da die deutschen Absatzrekorde bei einem ähnlich harten

Sparregime in den USA, wie es Berlin der Eurozone oktroyierte, schlicht nicht möglich wären.

Angesichts der parteipolitischen Auseinandersetzungen um die Fiskalklippe und die Schuldenbremse in Washington scheint es aber sicher, dass diese - wahlkampfbedingt aufrecht gehaltene – Defizitkonjunktur in den USA bald zum Erliegen kommen wird. Als einziges globales Standbein der deutschen Autoexporteure bleibt somit noch China auf Wachstumskurs, wo die Neuzulassungen auch im vergangenen Dezember einen Anstieg um 5,7 Prozent auf beachtliche 1,46 Millionen Einheiten verzeichneten. Es steht somit außer Frage, dass 2013 auch für die erfolgsverwöhnten deutschen Fahrzeughersteller zu einem Krisenjahr wird, da massive Absatzeinbrüche in Europa unvermeidlich, und ein Absatzrückgang in den USA wahrscheinlich ist.

Aussichten

Neben dem Nachfrageeinbruch trägt mit dem Produktivitätswachstum noch ein weiterer, gemeinhin kaum beachteter Faktor zur Krise der Autoindustrie und zum Beschäftigungsabbau in dieser Branche bei: Je stärker die Konkurrenz innerhalb der Autoindustrie, desto größer auch die Neigung der Unternehmen, durch Rationalisierungsmaßnahmen die eigene Produktivität zu erhöhen und sich somit Konkurrenzvorteile zu sichern. Die Branche ist folglich durch permanente Produktivitätssteigerungen gekennzeichnet, die sie in einem regelrechten Wachstumszwang treiben, wie ihn Dietmar H. Lamparter in der Wochenzeitung *Die Zeit* beschrieb:

„Die Krux an der Situation: Selbst wenn die deutschen Hersteller die Verkäufe ihrer Fahrzeuge konstant halten können, wächst mit jedem neuen Modell der Druck auf die Arbeitsplätze. Die Produktivität beim Wechsel von Golf V auf Golf VI sei in Wolfsburg um mehr als zehn Prozent und in Zwickau sogar um mehr als 15 Prozent gestiegen, verriet ein stolzer VW-Chef Winterkorn bei der Präsentation der Neuauflage des wichtigsten Konzernfahrzeugs. Das bedeutet, dass für die Montage der gleichen Zahl von Autos fünfzehn Prozent weniger Leute nötig sind. Wenn also vom Golf VI nicht entsprechend mehr abgesetzt wird, sind Jobs in Gefahr. Genauso läuft es bei neuen Modellen von BMW, Mercedes oder Opel. Teilweise werden dort Produktivitätssprünge von 20 Prozent erzielt.“ („Notbremsungen“, Die Zeit vom 21.10.2012)

Das bedeutet somit, dass VW, Mercedes oder Opel auch ihren Absatz entsprechend der Produktivitätsfortschritte steigern müssen, wollen sie keine Mitarbeiter entlassen und dieselben Gewinne realisieren. Wiederum geraten hier betriebswirtschaftliche und volkswirtschaftliche Logik in Widerspruch, da die hierdurch für das Einzelunternehmen realisierten Konkurrenzvorteile gesamtwirtschaftlich zu einem

Rückgang der Nachfrage führen. Den Autoherstellern gehen so mit jeder Automatisierungswelle immer mehr Kunden verloren. Die Rolle der Autoindustrie als zentraler Beschäftigungsgarant ist ohnehin in den meisten Ländern Europas längst Geschichte.

Selbst im „Detroit des Ostens“, der Slowakei, werden nur 3 Prozent der dort produzierten Autos auch abgesetzt und trotz der omnipräsenten Autobranche hat das Land mit einer Arbeitslosigkeit von über vierzehn Prozent zu kämpfen. Die gesamte Fahrzeugindustrie in der Slowakei beschäftigte 2010 gerade mal 70000 Lohnabhängige, die damals rund 500 000 Pkws bauten. Inzwischen sind es ohne größeren Beschäftigungsaufbau (bei 74 000 Beschäftigen in 2012) ja voraussichtlich 900 000 Fahrzeuge geworden.

Autor: Tomasz Konicz, geb. 1973 in Olsztyn/Polen, freier Journalist

Durchsetzung von unten

von Dr. Claudia Hofmann

Blockaden und Potenziale internationaler ArbeiterInnenrechte und Arbeitsstandards

Es gibt eine Vielzahl internationaler ArbeiterInnenrechte und Arbeitsstandards. Trotz dieses Netzwerkes an Normen wird ihnen oftmals Wirkungslosigkeit vorgeworfen. An dieser Stelle ist ein genauer Blick für die Durchsetzungsmöglichkeiten, die in internationalen Pakten, Übereinkommen und Konventionen vorgesehen sind, nötig. Dabei wird deutlich, dass internationale Arbeits- und Sozialstandards immer nur so effektiv sein können, wie es die internationale Staatengemeinschaft ihnen zubilligt. Darüber hinaus zeigt jedoch eine nähere Betrachtung der von JuristInnen viel beschworenen, manchmal vermeintlich gefürchteten *Rechtswirklichkeit*, das internationale ArbeiterInnenrechte und Arbeitsstandards auch auf anderen als den von den Normgebern intendierten Wegen umgesetzt werden können.

Bestandsaufnahme internationaler ArbeiterInnenrechte und Arbeitsstandards

Die Bandbreite der internationalen, regionalen und sub-regionalen Instrumente, in denen ArbeiterInnenrechte bzw. Arbeitsstandards enthalten sind, ist groß, wie diese (nicht abschließende) Übersicht zeigt:

I. International	
Allgemeine Erklärung der Menschenrechte (Vereinte Nationen, UN)	Vereinigungsfreiheit (Art 20); Recht auf Arbeit, freie Berufswahl, Lohngleichheit, Koalitionsfreiheit (Art. 23)
Internationaler Pakt für bürgerliche und politische Rechte (UN, 167 Mitgliedstaaten)	Verbot der Sklaverei und Zwangsarbeit (Art. 8);Vereinigungsfreiheit (Art. 22)
Internationaler Pakt für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (UN, 160 Mitgliedstaaten)	Recht auf Arbeit, gerechte Arbeitsbedingungen (Art. 6); Koalitionsfreiheit (Art. 8)
Internationales Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung (UN, 175 Mitgliedstaaten)	Diskriminierungsfreie Gewährleistung des Rechts auf Arbeit, Arbeitsplatzwahl, gerechte Arbeitsbedingungen, auf Schutz gegen Arbeitslosigkeit, auf gerechten Lohn, Koalitionsfreiheit (Art. 5 (e))
Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (UN, 187 Mitgliedstaaten)	Diskriminierungsfreie Gewährleistung des Rechts auf Arbeit, Berufs- und Arbeitsplatzwahl, gerechte Arbeitsbedingungen, auf Schutz gegen Arbeitslosigkeit, auf gerechten Lohn, Koalitionsfreiheit (Art. 11)
Internationales Übereinkommen zum Schutz der Rechte aller Wanderarbeitnehmer und ihrer Familienangehörigen (UN, 46 Mitgliedstaaten)	Gleichbehandlung in Bezug auf Entgelt und Arbeitsbedingungen (Art. 25); Koalitionsfreiheit (Art. 26)
Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen (UN, 127 Mitgliedstaaten)	Recht auf Arbeit, gerechte und gesunde Arbeitsbedingungen, gerechten Lohn (Art. 27)
189 Übereinkommen und 202 Empfehlungen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO)	Standards zu u.a. folgenden Themen: Arbeitsinspektionen, Arbeitsmarktpolitik und Arbeitsplatzförderung, Berufsberatung sowie Aus- und Weiterbildung, Arbeitsplatzsicherheit, Arbeitslöhne, Arbeitszeit, Arbeitsschutzbestimmungen, Soziale Sicherheit, Mutterschutz, Sozialpolitik, WanderarbeitnehmerInnen, Seearbeit, Indigene und in Stämmen lebende Bevölkerungsgruppen

II. Regional	
1. Europa	
Charta der Grundrechte der Europäischen Union (Europäische Union, 27 Mitgliedstaaten)	Recht auf Unterrichtung und Anhörung der ArbeitnehmerInnen (Art. 27); Recht auf Kollektivverhandlungen (Art. 28); Recht auf Zugang zu einem Arbeitsvermittlungsdienst (Art. 29); Schutz bei ungerechtfertigter Entlassung (Art. 30); Recht auf gerechte Arbeitsbedingungen (Art. 31)
Europäische Menschenrechtskonvention (Europarat, 47 Mitgliedstaaten)	Verbot der Sklaverei und der Zwangsarbeit (Art. 4); Vereinigungsfreiheit (Art. 11)
Europäische Sozialcharta (Europarat)	Recht auf Arbeit (Art. 1); Recht auf gerechte, sichere und gesunde Arbeitsbedingungen (Art. 2, 3); Recht auf gerechtes Arbeitsentgelt (Art. 4); Vereinigungsfreiheit und Recht auf Kollektivverhandlungen (Art. 6); Recht der ArbeitnehmerInnen auf Schutz (Art. 8), Recht auf berufliche Ausbildung und Berufsberatung (Art. 9, 10)
2. Afrika	
Afrikanische Charta der Menschenrechte und der Rechte der Völker (Afrikanische Union, 57 Mitgliedstaaten)	Vereinigungsfreiheit (Art. 10); gerechte und angemessene Arbeitsbedingungen, Lohngerechtigkeit (Art. 15)
Zusatzprotokoll zur Afrikanischen Charta der Menschenrechte und der Rechte der Völker über die Rechte der Frauen (Afrikanische Union)	gleicher Zugang zu Beschäftigung, Lohngerechtigkeit, Mindestlohn, Mutterschutz, etc. (Art. 13)
Afrikanische Charta über die Rechte und das Wohl des Kindes (Afrikanische Union)	Verbot der Kinderarbeit (Art. 15)
3. Amerika	
Amerikanische Menschenrechtskonvention (Organisation amerikanischer Staaten, 35 Mitgliedstaaten)	Vereinigungsfreiheit (Art. 17)
Amerikan. Erklärung über die Rechte und Pflichten des Menschen (Organisation amerikanischer Staaten)	Mutterschutz (Art. 7); Recht auf Arbeit und gerechten Arbeitslohn (Art. 14); Vereinigungs-freiheit (Art. 22); Pflicht, zu arbeiten (Art. 37)

III. Sub-Regional	
Arabische Charta der Menschenrechte (Arabische Liga, sechs Mitgliedstaaten)	Vereinigungsfreiheit (Art. 24); Recht auf Arbeit, gerechte Arbeitsbedingungen, Verbot der Kinderarbeit, Lohngerechtigkeit (Art. 34); Koalitionsfreiheit (Art. 35)
Kairoer Erklärung der Menschenrechte im Islam (Organisation für Islamische Zusammenarbeit, 57 Mitgliedstaaten)	Recht auf Arbeit, geschütztes Arbeitsumfeld (Art. 13)
Charta über grundlegende soziale Rechte (Entwicklungsgemeinschaft Südliches Afrika, 15 Mitgliedstaaten)	Vereinigungs- und Koalitionsfreiheit (Art. 4); Verbesserung der Arbeitsbedingungen (Art. 11); Information und Partizipation der ArbeitnehmerInnen (Art. 13); Berufsfreiheit und Lohngerechtigkeit (Art. 14); Berufsausbildung (Art. 15)
ASEAN (zehn Mitgliedstaaten)	Im Prozess der Entwicklung einer Menschenrechtserklärung

Hinzu kommen zahlreiche durch private Akteure gesetzte Arbeitsstandards (beispielsweise Verhaltenskodizes von Unternehmen)[i], auf die hier nicht näher eingegangen werden kann.

Durchsetzungs- und Überwachungsmechanismen

Man könnte nun sagen, dass die Fülle dieser Rechte und Standards in Widerspruch steht zu ihrer unzureichenden Umsetzung. Hier ist es wichtig, sich das Verfahren zur Umsetzung näher anzusehen: Dazu sind zwei „Arten“ von Arbeits(rechts)standards zu unterscheiden, *soft law*- und *hard law*-Normen. Erstere können eher als Absichtserklärungen bzw. Empfehlungen ohne Verpflichtungscharakter angesehen werden. Dieser Beitrag konzentriert sich jedoch vor allem auf die letztgenannten Normen des „harten“ Völkerrechts: Dabei handelt es sich in erster Linie um völkerrechtliche Verträge zwischen Staaten. Wenn sie ratifiziert worden sind (und aber auch nur dann)[ii], entfalten sie eine rechtliche Bindungswirkung in dreierlei Hinsicht: *Erstens* verpflichten sich die Staaten (selbst durch Ratifikation) zur Gewährleistung und Umsetzung der jeweiligen ArbeiterInnenrechte bzw. Arbeitsstandards. Je nach Formulierung in den entsprechenden Abkommen besteht hier – als Ausdruck der Wahrung staatlicher Souveränität zur Regelung eigener Angelegenheiten – meist ein weiter Spielraum im Hinblick auf die Art und Weise der Umsetzung. Teilweise veröffentlichen die für die Überwachung der Einhaltung der Abkommen zuständigen Organe dazu normkonkretisierende Kommentare.[iii] Diese

stellen ihrer Rechtsnatur nach jedoch lediglich völkerrechtliches *soft law* dar, d.h., sie sind Empfehlungen ohne Bindungswirkung.

Zweitens entstehen aufgrund der Ratifikation Berichtspflichten: Die Staaten sind verpflichtet, der das konkrete Abkommen überwachenden Stelle mitzuteilen, was sie im Bereich des Abkommens zur Einhaltung und Umsetzung des Abkommens unternommen haben und wie sie etwaige Schutzlücken schließen wollen. Diese Berichte werden dann ausgewertet und in den Gremien der jeweiligen Organisationen (zum Beispiel in der UN-Generalversammlung oder der Internationalen Arbeitskonferenz) diskutiert. Hier erfolgt die Durchsetzung nach dem Prinzip „name and shame“. *Drittens* sind in einigen Abkommen Beschwerde- und Klageverfahren – meist als Staaten-, selten als Individualbeschwerden – vorgesehen. Doch auch in diesen Verfahren geht es primär um das „naming and shaming“ und um die Hoffnung, die Verletzung internationaler ArbeiterInnenrechte oder die Nichteinhaltung von Arbeitsstandards im Wege des Dialogs zu beseitigen. Vollstreckbare Urteile sind in diesen Verfahren nicht vorgesehen.

Könnte sich die Staatengemeinschaft auf Solche einigen? Prinzipiell ja. Jedoch ist es aufgrund des im Völkerrecht geltenden Konsensprinzips eher unwahrscheinlich, dass sich diesbezüglich eine Mehrheit von Staaten findet. Darüber hinaus zeigen zum Beispiel die jüngsten Ereignisse in der ILO weitere systemimmanente Lücken im geltenden Mechanismus zur Überwachung von Arbeitsstandards. So hatten bei der Internationalen Arbeitskonferenz im Juni 2012 die VertreterInnen der Arbeitgeberschaft die öffentliche Diskussion einer Liste von 25 Staaten, denen nach Auswertung der Staatenberichte durch den Sachverständigenausschuss die schlimmsten Verletzungen von Arbeits- und Sozialstandards vorgeworfen wurden, bei der Konferenz verhindert und zudem das Mandat des Sachverständigenausschusses (für den Fall des Streikrechts) in Frage gestellt. Welche Konsequenzen dieser Akt des Widerstandes für den Überwachungsmechanismus der ILO-Übereinkommen und möglicherweise auch für die tripartäre Struktur der Organisation hat, bleibt abzuwarten.

„Durchsetzung von unten“

Für ExpertInnen in diesem Bereich mögen die oben dargestellten Rechtsfolgen der Ratifikation ein „alter Hut“ sein, hinlänglich bekannt – vor allem im Hinblick auf ihre Ineffizienz. Die Darstellung dieses Überwachungsmechanismus geschieht jedoch absichtlich, um eine gemeinsame Informationsgrundlage für die Kritik an diesem Verfahren zu liefern. Viel zu oft wird hier oberflächlich kritisiert, ohne auf einen zentralen, oben bereits angedeuteten Punkt einzugehen: Der dargestellte Mechanismus ist kein von einer höheren Entität festgelegter und deswegen unumstößlicher. Auch wenn es derzeit unwahrscheinlich ist, dass er geändert wird, bedeutet das nicht, dass dies unmöglich ist. Was es braucht ist eine kritische Masse

an Stimmen auf dem internationalen Parkett, die sich für eine solche Änderung aussprechen.

Wem das als zu utopische Vorstellung erscheint, dem sei alternativ ein etwas hoffnungsfroheres Szenario an die Hand gegeben. Ein Szenario, dass aus juristischer Sicht zunächst überrascht, da es sich aus der Perspektive der harten Völkerrechtsnormen um ein nicht intendiertes handelt. So hat beispielsweise die Untersuchung der nationalen Umsetzung internationaler Sozialstandards in Südafrika gezeigt, dass es selbst, wenn die entsprechenden völkerrechtlichen Abkommen nicht ratifiziert worden sind, Fälle gibt, in denen es doch zu einer Implementierung internationaler Standards (oder zumindest einer Annäherung an diese) gekommen ist:[iv] Hier wirkten beispielsweise Gerichte, die sich ihrer Rechtsprechungstätigkeit auf internationale Normen bezogen, WissenschaftlerInnen, die sich im Rahmen der Beratung von Gesetzgebungsverfahren an internationalen Standards orientierten, MenscherechtsanwältInnen und Mitglieder von Nichtregierungsorganisationen und Gewerkschaften, die internationale Arbeits(rechts)standards als Argumentationsgrundlage in ihrem Verhandlungen einbrachten, aktiv am Implementierungsprozess mit. Die Umsetzung internationaler Normen erfolgt auf diese Weise nicht durch die, sondern aus der Mitte der Staaten. Was es braucht, ist die Überzeugung, dass die Existenz dieser Normen zumindest davon zeugt, dass es diesbezüglich einen Konsens einer entsprechenden Staatenmehrheit gibt. Dies wiederum ist der Anker, an dem staatliche Akteure festgehalten werden können. Je größer der Bekanntheitsgrad dieser Normen ist, umso mehr Fälle dieser „Durchsetzung von unten“ sind denkbar.

Literatur/Quellen:

---

[i] Vgl. dazu Zimmer, Reingard, Soziale Mindeststandards und ihre Durchsetzungsmechanismen. Sicherung internationaler Mindeststandards durch Verhaltenskodizes?, Baden-Baden 2008.

[ii] Eine Ausnahme stellen die sog. Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation dar, vgl. Hofmann, Claudia/Hänlein, Andreas, Verankerung von Sozialstandards in internationalen Handelsabkommen aus rechtswissenschaftlicher Perspektive, in: Scherrer, Christoph/Hänlein, Andreas (Hrsg.), Sozialkapitel in Handelsabkommen - Begründungen und Vorschläge aus juristischer, ökonomischer und politologischer Sicht, Baden-Baden 2012, S. 103-145. (109 ff.)

[iii] Vgl. beispielsweise die *General Comments* bzw. *General Recommendations* der für die Überwachung der zentralen neun UN-Menschenrechtspakte zuständigen Ausschüsse.

[iv] Vgl. dazu näher Hofmann, Claudia, Internationale Sozialstandards im nationalen Recht – Eine Untersuchung am Beispiel des Systems sozialer Sicherheit in Südafrika, Dissertation, Tübingen 2013 (im Erscheinen).

Dieser Beitrag basiert auf einem Vortrag vom 23.11.2012 an der Universität Kassel anlässlich der Tagung „Arbeitspolitik in globaler Perspektive: Konzepte, Befunde, Herausforderungen“.

Autorin: Dr. Claudia Hofmann, Wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Universität Regensburg am Lehrstuhl für Öffentliches Recht und Politik

Erwiderung auf den Artikel in Ausgabe 18 von Prof. Dr. Helmut Rosa „Der unheilvolle Pakt“

von Dr. Wolfgang Uellenberg-van Dawen

Welch eine Freude!

Wie Manager glücklich werden und Reichtum gerecht verteilt werden kann

In der Gegenblende No. 18 vom November / Dezember des vergangenen Jahres hat der Jenaer Soziologe und Wachstumskritiker Hartmut Rosa die These vertreten: “dass die unheilvolle Konzentration der politischen Linken auf die Frage der Verteilungsgerechtigkeit niemandem anderen als dem neoliberalen Gegner in die Hände spielt und das unheilvolle Spiralsystem welches jener betreibt, in Gang hält.“ Abgesehen davon, dass er nicht bestimmt, was denn überhaupt die politische Linke ist, die für mich weit mehr als die Partei gleichen Namens darstellt, fußt seine These auf den „Leiden“ der Managerkaste Japans, Frankreichs und anderer kapitalistischer Länder. „Sehen so Sieger aus?“ fragt Rosa und klagt die sinkende Lebenserwartung, die zunehmenden Suizide und die vermehrten Fälle von Burn Out unter besagten Managern an.

Sein Plädoyer: Die Linke solle nicht das „Mensch ärgere dich nicht“- Spiel des modernen Kapitalismus mitmachen, in dem die Managerkaste naturgemäß die meisten Figuren im Spiel hat, gepaart mit den höchsten Zahlen auf den Würfeln. Die Linke solle deshalb aufhören Verteilungsgerechtigkeit zu fordern, um den

wachsenden Unterschied von Managereinkommen und dem Durchschnittsentgelt der Beschäftigten abzubauen. Sie soll, so seine Forderung, den Stecker aus der Dose ziehen und das System lahmlegen, um Entfremdung zu überwinden. Damit sei der Weg zu einem besseren Leben frei.

Nun kann allerdings auch innerhalb des Systems die Managerkaste geheilt werden ohne den Stecker aus dem Kapitalismus ziehen zu müssen: Es reicht schon, wenn die Gehälter der Manager von den immer höheren Erwartungen an den Unternehmensgewinn abgekoppelt werden. Das geht, wenn Eigentümer und Investoren eine moderatere Rendite auf ihr Kapital verlangen. Es wäre schon allen geholfen, wenn der EBIT (Gewinn vor Zinsen und Steuern) nicht immer steiler ansteigen müsste und die Managergehälter nach oben treibt. Die Manager könnten auch mit weniger Geld ein gutes Leben führen und vor allem nützt es den Beschäftigten des Unternehmens, für die ein wachsender EBIT Leistungssteigerungen über die Grenze des erträglichen hinaus zur Folge hat mit den Konsequenzen der Rationalisierung und des Personalabbaus. Somit könnten Entscheidungen in den Aufsichtsräten und wenn nötig eine Änderung des Unternehmensrechts ausreichen, um den Stecker zu ziehen.

Freiheit oder Gleichheit?

Damit ist die Frage der Verteilungsgerechtigkeit aber noch nicht erledigt und dem Treiben des Neoliberalismus noch längst nicht Einhalt geboten. Denn Neoliberale spitzen den von den Liberalen betonten Gegensatz von Freiheit und Gleichheit soweit zu, dass sie die Freiheit der Menschen auf die „unbegrenzte“ Freiheit der Märkte reduzieren wollen nach dem Motto „Freiheit durch die Entfesselung der Märkte“. In diesem Konzept werden Gewinne privatisiert und die Kosten sozialisiert. Sozialstaaten werden zertrümmert und soziale Rechte demontiert. Wie das geht, erleben und erleiden viele Menschen in den USA und gegenwärtig vor allem die Menschen in Südeuropa.

Gesellschaft und Staat basieren in den USA und in Europa auf den Grundsätzen der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit (Letztere wurde in der französischen Revolution immer als Frau dargestellt). Den französischen Revolutionären war bewusst, dass Freiheit ohne Gleichheit nicht möglich sein würde. Ebenso steht es im Artikel 13 der Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte von 1790. Eine progressive Steuer soll die Lasten für die Allgemeinheit gerecht verteilen. Während sich Konservative und Neokonservative mit diesem in der Aufklärung begründeten Menschenbild bis heute nicht abgefunden haben und noch immer auf altertümliche, „vererbte und natürliche“ gesellschaftliche Hierarchien vertrauen, liegt die Wurzel der politischen Linken jeder Couleur in dem Anspruch: Freiheit durch soziale Gleichheit für alle zu verwirklichen. Ihr Programm blieb es, den Gegensatz zwischen

„der Gleichheit aller vor dem Gesetz“ und „der materiellen sozialen Ungleichheit“ zu überwinden.

Das Spektrum linker Vorstellungen reicht dabei von der Bildung von Genossenschaften, der Vergesellschaftung über die Verstaatlichung der Produktionsmittel bis hin zur Überwindung des Kapitalismus im marxschen Sinne und damit auch die Überwindung der Entfremdung der Menschen von sich selbst, auf die Hartmut Rosa zu Recht hinweist. Selbstkritisch muss die politische Linke allerdings eingestehen, dass sie den Zusammenhang von Gleichheit und Gerechtigkeit weitgehend aufgelöst hat. So wird heute primär unter Gleichheit die Gleichstellung der Geschlechter, der Lebensformen, der Menschen unterschiedlicher Kulturen und Religionen verstanden. Gleichheit wird über die negative Funktion der Antidiskriminierung gewährleistet. Die Gerechtigkeitsbegriffe wabern zwischen „Generationengerechtigkeit, Leistungsgerechtigkeit, Chancengerechtigkeit und Teilhabegerechtigkeit“ - nach dem Motto „Jedem das seine und Gott für uns alle“.

Was meint Teilhabegerechtigkeit?

Die materielle Gleichheit im Sinne sozialer Gleichheit wird dabei oft ausgeklammert, obwohl sie die Grundlage eines guten Lebens für alle bleibt. Wenn Gewerkschaften von Teilhabegerechtigkeit sprechen, dann meinen sie die gleiche Teilhabe aller an den Gütern, die zu einem solchen Leben nötig sind: Bildung, Kultur, Wohnen, und vor allem eine gute Arbeit und eine gesunde Umwelt. Verteilungsgerechtigkeit durch Tarifpolitik meint daher die Eingrenzung der ungleichen Aneignung des durch lebendige Arbeit entstandenen Reichtums. Er muss so gerecht verteilt werden, dass er allen ein gutes und selbstbestimmtes Leben und soziale Sicherheit gewährleistet.

Verteilungsgerechtigkeit hat aber vor allem das Ziel die ungleiche Verteilung öffentlicher Güter aufzuheben. Der Gegensatz von privatem Reichtum und öffentlicher Armut, wie er sich zahlenmäßig etwa in Deutschland zwischen einer Schuldenlast von 2 Billionen Euro und einem Reichtumsberg von 8 Billionen Euro zeigt, muss überwunden werden. Nur dadurch können wir wieder öffentliche Güter im Sinne gesellschaftlich notwendiger Dienstleistungen finanzieren, die nicht mehr in ausreichendem Maße in guter Qualität und für alle zugänglich und bezahlbar erbracht werden. Öffentliche Armut meint die Verarmung von immer mehr Menschen, denen das Recht auf soziale Leistungen bei Krankheit, im Alter und in Not zunehmend abgesprochen wird.

Fazit

Hartmut Rosa hat Recht, wenn er darauf hinweist, dass damit der Kapitalismus immer noch unter Strom steht. Darum bedarf die Verteilungsgerechtigkeit einer

weiteren Dimension: die der ökologischen Erneuerung von Produktion, Dienstleistungen und Lebensweise. In seinem schönen Bild des Kapitalismus, das einem Fahrrad gleich - immer in Bewegung bleiben muss, um nicht umzufallen, ließe sich der Abbau von Ungleichheit und einer anderen ökologisch verträglichen Produktions- und Lebensweise durch das Bild des Umlenkens, des Umsteuerns in eine nachhaltige Richtung darstellen. Das wäre dann ein Fahrrad an dessen Lenker das Volk sitzt und wo die Managerkaste vom Kindersitz aus glücklich winken kann.

Autor: Dr. Wolfgang Uellenberg-van Dawen, Leiter der Abteilung "Politik und Planung" beim ver.di-Bundesvorstand

Steuerhinterziehung – Ein Loch in der Zivilisation

von Prof. Dr. Brigitte Unger

Steuern als Preis einer zivilisierten Gesellschaft

Steuerzahlen gehört zu den Pflichten der Bürger ebenso wie das Wahlrecht zu ihren Rechten gehört. Steuern sind der Preis, den wir für eine zivilisierte Gesellschaft zahlen, meinte daher 1870 Oliver Wendell Holmes, Richter des Supreme Courts, des Bundesgerichtshofs in den USA. Ein Staat, der Staatsausgaben zum Schutz der Bürger tätigt, benötigt auch Einnahmen um dies zu tun. Der deutsche Ökonom Adolph Wagner zeigte zur selben Zeit wie Holmes auf, dass in einer sich entwickelnden Gesellschaft der Staatsanteil steigen muss, da immer größere und teurere Anforderungen an den Staat gestellt werden. Ein moderner Staat braucht um diesen steigenden Anforderungen gerecht zu werden daher auch überproportional steigende Staatseinnahmen, der Anteil der Steuern am Bruttoinlandsprodukt müsste demnach kontinuierlich steigen.

Steuern zwischen Kapital und Arbeit

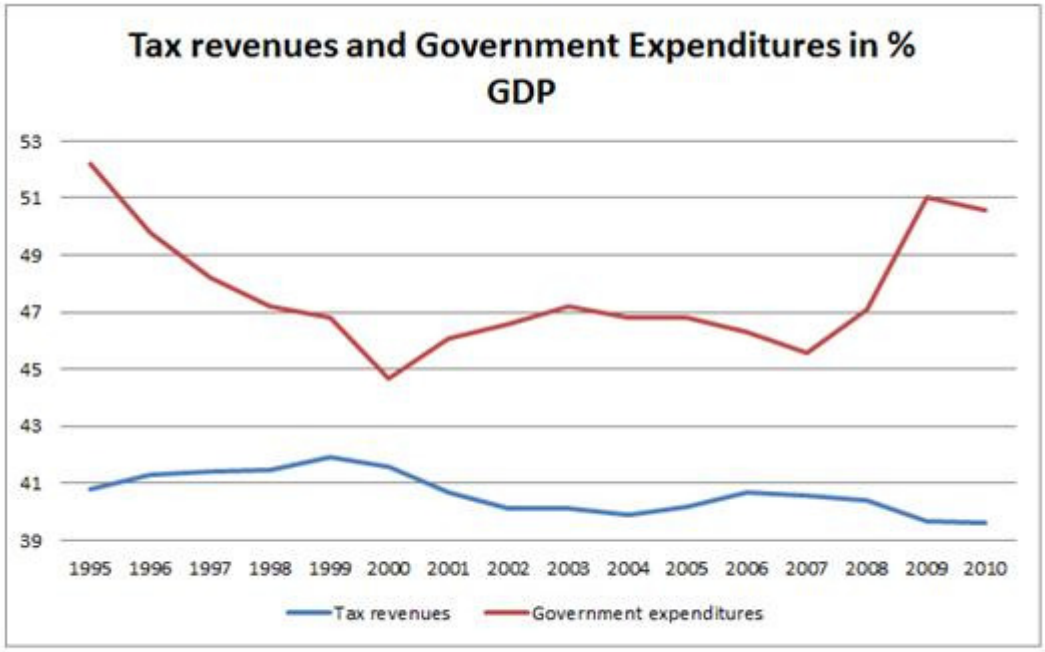
Wenn man die Entwicklung der Steuern seit der Liberalisierung der Finanzmärkte in den 1980er Jahre verfolgt, sieht man, dass die Steuerpflichten sehr unterschiedlich verteilt wurden. Die Steuerbelastung von Arbeit und Kapital hat sich deutlich zu Lasten von Arbeit verschoben. So wurde die Körperschaftssteuer, die Steuer auf die Einkommen juristischer Personen, de facto auf die Gewinne der Unternehmen, in allen OECD Ländern drastisch gesenkt.

In Deutschland beträgt der KSt-Satz 15 %, hinzu kommen 5,5 % Solidaritätszuschlag, so dass der Steueranteil insgesamt 15,825 % des zu versteuernden Einkommens beträgt. Dies ist deutlich weniger als in den Nachbarländern Österreich und Niederlande wo er 25% beträgt.

Während ein Grundsatz des fairen Steuersystems lautet, dass Einkommen - unabhängig aus welcher Quelle es stammt - gleich besteuert werden soll, so wird Arbeit in unserem heutigen Steuersystem deutlich benachteiligt.

Rückgang des Steueraufkommens in der EU durch die Finanzkrise, aber nicht in Deutschland

Zur Ungleichverteilung der Steuerlasten kommt seit der Finanzkrise noch ein allgemeiner Rückgang der Steueraufkommen in Prozent des BIP in der EU dazu, der uns nachdenklich macht, ob wir uns von der von Holmes postulierten Zivilisation nicht gerade wieder entfernen. Trotz der Senkung der Staatsausgaben und trotz drastischer Sparpakete in vielen EU Ländern wird das Finanzierungsdefizit aufgrund sinkender Steuereinnahmen nicht geringer. Nicht so in Deutschland, wo ein erheblicher Rückgang der Schere zwischen Ausgaben und Einnahmen festgestellt wurde. Besonders gelobt wurde der Anstieg der Steuereinnahmen.

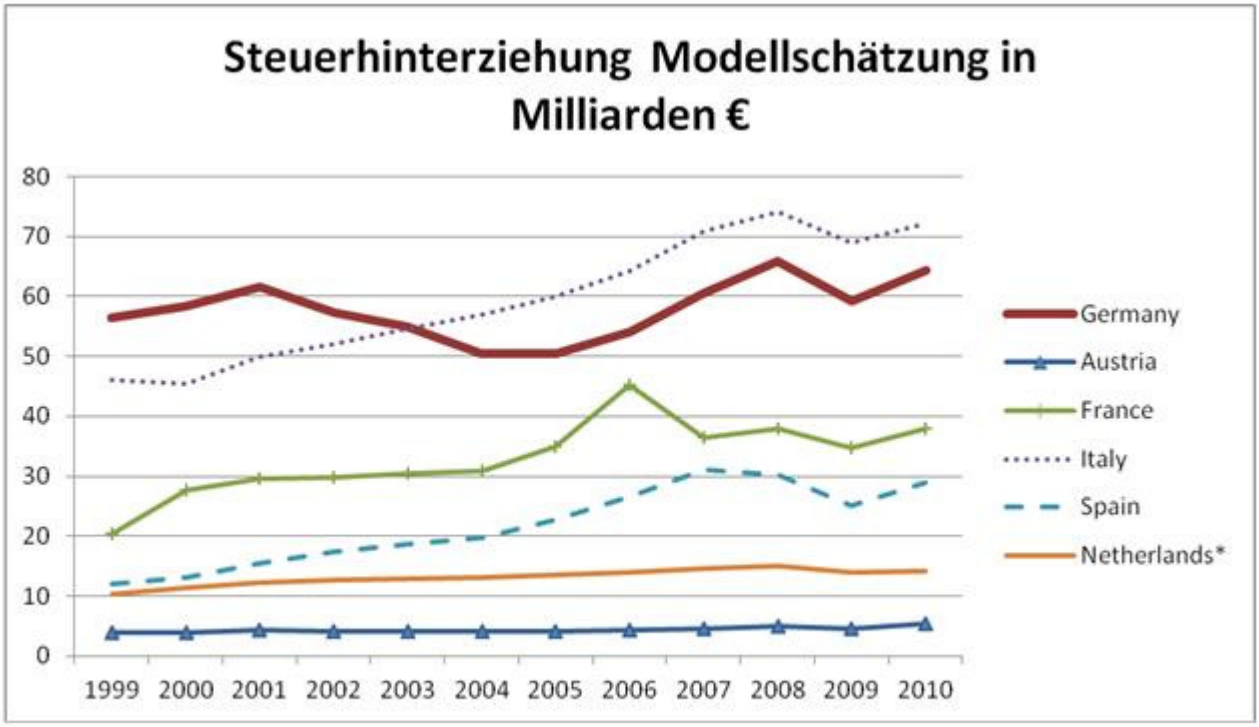


Quelle: Eurostat

Die Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden sind 2012 auf 606 Milliarden Euro gestiegen. Das sind 32,7 Milliarden Euro oder 5,7 Prozent mehr als 2011. Die Steuerquote steigt demnach in Deutschland, während sie in der EU 27 sinkt. Nach dem Ausfall der Steuereinnahmen des Staates als Folge der Finanzkrise scheint damit auf den ersten Blick die Zivilisation wieder zurückgekehrt zu sein nach Deutschland.

Anstieg der Steuerhinterziehung in der EU und in Deutschland

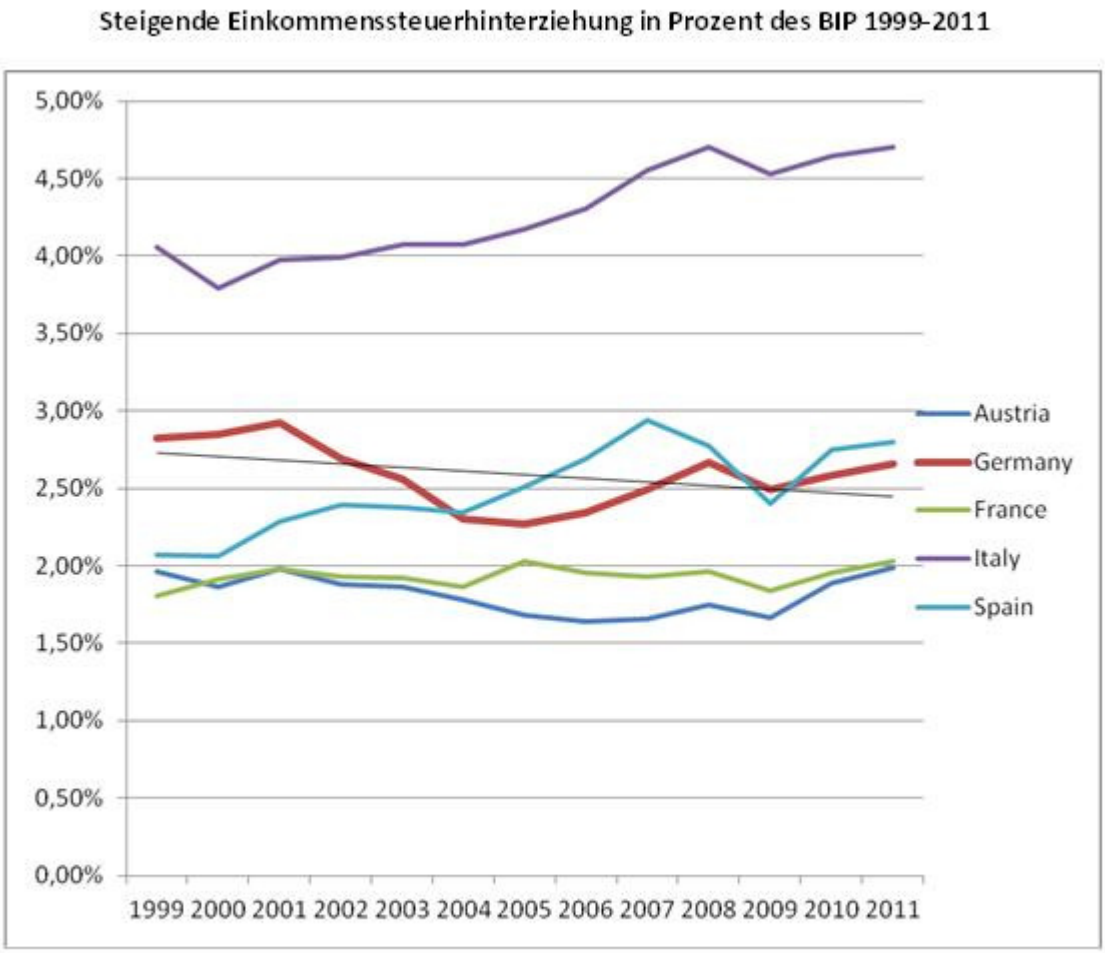
Leider stiegen nicht nur die Steuereinnahmen, sondern auch die Steuerhinterziehung an. Auch hierin ist Deutschland „Vorbild“ und wird nur von Italien übertroffen.



Quelle Buehn, Utrecht University School of Economics und eigene Berechnungen

Auffallend ist, dass seit der Finanzkrise auch der dunkle Teil der Wirtschaft floriert: Steuerhinterziehungen aus Einkünften der Schattenwirtschaft betragen laut Berechnungen der Universität Utrecht rund 68 Milliarden Euro und weisen einen steigenden Trend auf. Sie kann natürlich nur geschätzt werden. Im obigen Modell wird sie aus Daten der Schattenwirtschaft unter Abzug von Arbeitskosten, Materialkosten und indirekten Steuern eruiert. Es handelt sich daher um eine reine Einkommensteuerhinterziehung, die die Universität Utrecht anlehnend an die

Berechnungen von Schneider und Buehn im Oktober 2012 schätzte. Nicht berücksichtigt sind Hinterziehungen der Mehrwertsteuer etc. In Prozent des BIP stieg die reine Steuerhinterziehung von 2.5% auf 2.66% an.



Quelle: Buehn, Utrecht University und eigene Berechnungen

Verglichen mit anderen Schätzungen der Steuerhinterziehung für Deutschland, hat dieses Modell den Vorteil, dass es Steuerhinterziehung im Zeitverlauf schätzt. Mit 68 Milliarden hinterzogener Euro liegt es im unteren Mittelfeld aller erfolgten Schätzungen: Jahr für Jahr entgehen so dem deutschen Fiskus 40 Milliarden Euro durch Steuerhinterziehung. Das schätzte Thomas Eigenthaler, der Chef der Deutschen Steuer-Gewerkschaft (DSTG). Auf 70 bis 100 Milliarden Euro werden die Einnahmeverluste durch Steuerhinterziehung von der Memo-Gruppe geschätzt. 158 Milliarden Euro schätzt Richard Murphy (2012), Direktor Tax Research UK, in seinem Bericht ‚Closing the European Tax Gap' für Deutschland. Obgleich statistisch

gesehen die Bandbreite mit Schätzungen zwischen 40 und 158 Milliarden noch sehr groß ist und noch viel im Dunkeln bleibt, lässt sich doch zumindest der steigende Trend der Steuerhinterziehung damit abbilden.

Auch andere Länder leiden an dem Steuerloch, dem sogenannten ‚tax gap'. So entgehen dem niederländischen Staat rund 30 Milliarden Euro, Frankreich 120 Milliarden und Italien gar 180 Milliarden Euro. Für einen Überblick über 39 Länder siehe http://www.socialistsanddemocrats.eu/gpes/media3/documents/3842_EN_richard_murphy_eu_tax_gap_en_120229.pdf)

Unterschiedliche Möglichkeiten der Steuerhinterziehung

Wenn man bedenkt, dass sowohl die Steuersätze als auch die steuerlichen Gestaltungsmöglichkeiten der legalen Steuervermeidung für Kapital deutlich günstiger sind als für Arbeit, dann ist die stärkere Möglichkeit der (illegalen) Steuerhinterziehung noch das i- Tüpfelchen. Arbeitnehmer bekommen normalerweise ihr Gehalt nach Abzug der Steuern ausbezahlt. Da bleibt kein Spielraum für steuerliche Tricks. Arbeitgeber haben eine Vielzahl von legalen Steuergestaltungsmöglichkeiten, die allerdings schon einiger krimineller Energie bedürfen um sie zu ersinnen. So wurden Weltkonzerne wie Starbucks, Google und Amazon im November 2012 vom Komitee des Britischen Parlaments der (legalen) Steuervermeidung beschuldigt und dies als unmoralisches Verhalten angeprangert. Dass Starbucks seinen gesamten Kaffee in der teuren Schweiz einkauft, wo doch dort keine einzige Kaffeebohne wächst, ist seltsam. Und ein ‚double Irish' oder ‚holländischer Sandwich' ist leider kein Nahrungsmittel, sondern der Versuch Googles, Profite über Irland und eine holländische Mutter zu einer irischen Filiale in den Bermudas oder anderen Steueroasen zu schleusen um Milliarden Steuern zu sparen. Und Amazon UK verkauft englische Waren aus englischen Lagern an englische Kunden, bezahlt seine Steuern aber in Luxemburg.

Zu diesen obskuren Formen der legalen Steuervermeidung kommen noch eine Vielzahl von illegalen Steuerhinterziehungsmöglichkeiten hinzu. Zum Beispiel: wenn Unternehmen Schwarzarbeiter anstellen und die daraus erzielten Einnahmen nicht versteuern; oder wenn Consultingrechnungen ans Ausland bezahlt werden, obwohl keine Leistung erbracht wurde, dann ist dies nicht nur eine illegale Form der Steuerhinterziehung, sondern auch Geldwäsche. Mann kann als Unternehmen auf vielen Wegen Ausgaben erfinden, sodass zu Hause kein Gewinn zu versteuern übrig bleibt. Und hier scheint ein moralischer Verfall stattzufinden.

Steuerhinterziehung geht zu Lasten Öffentlicher Leistungen

Steuerhinterziehung ist Diebstahl an der Allgemeinheit. Sie bedeutet entgangene wirtschaftpolitische Möglichkeiten. Murphy (2012) berechnet, wie viel Gesundheitsausgaben, Staatsausgaben oder Schuldenabbau mit den hinterzogenen Steuern finanziert werden könnten. Für Deutschland könnten 80% der Gesundheitsausgaben oder 14.5% der Staatsausgaben bezahlt werden. Die Staatsschulden könnten in 13 Jahren durch die Steuerhinterzieher getilgt werden. Auch die Hartz IV-Ausgaben von jährlich rund 30 Milliarden Euro könnten von den hinterzogenen Steuern bezahlt werden.

Angesichts dieser erfolgsversprechenden Möglichkeiten fragt man sich natürlich, warum Steuerhinterziehung kein Wahlkampfthema ist. Warum die Politik Steuerhinterziehung nicht wirklich hart anpackt. Eine Erklärung hierfür ist, dass die Politik selbst das Wirtschaftsgeschehen nicht mehr steuern kann. Sie ist entweder selber Teil einer Elite geworden, die sich nicht mehr (voll) an der öffentlichen Sache beteiligen will, oder sie wird von dieser Elite so im Zaum gehalten, dass sie die Handlungsfreiheiten zur Politikgestaltung nicht mehr hat. Jede politische Aussage über Finanzmarktregulierung oder das Eindämmen von Steueroasen kann mit Einbrüchen des Dax oder Spekulation gegen die Schuldobligationen des Staates sanktioniert werden.

Steuerhinterziehung ist das Zeichen einer zunehmenden Entsolidarisierung

Eine steigende Steuerhinterziehung ist ein Zeichen einer ungleicher werdenden Einkommensverteilung. Die Gruppe, die hinterziehen kann, hat auch mehr verdient um noch mehr hinterziehen zu können. Außerdem zeigt sie eine ungleiche Behandlung verschiedener Gruppen. Wer gut verdient, kann auch einfacher hinterziehen. Stiftungskonstruktionen in Liechtenstein, Trustkonstruktionen in den Niederlanden und in Luxemburg sind Wege, die einem Niedrigeinkommensbezieher nicht offen stehen.

Steuerhinterziehung ist eine weitere Belohnung einer Einkommensgruppe, die ohnehin schon zu viel verdient. Die Finanzkrise hat diese Tendenz noch verschärft, weil sie zu einer Zunahme der Einkommensungleichheit geführt hat, aus der wieder neue Steuerhinterziehung folgt. Wie Claus Schaefer im letzten Verteilungsbericht des WSI 2012 zeigt, hatten die Top 1% Verdiener in Deutschland auch die größten Einkommenssteigerungen. Es ist diese kleine Gruppe, die auch noch von Steuervermeidungs- und Hinterziehungsmöglichkeiten profitiert.

Die von der EU proklamierten vier Freiheiten scheinen sich auch in der Freiheit „keine Steuern zu zahlen“ niederzuschlagen. Die Eilte zahlt ihre Steuern nicht mehr und hat zunehmend Oasen gefunden, um Gelder aus der Steuerhinterziehung zu parken. Geschützt vom Bankgeheimnis in Andorra, Monaco und der Schweiz haben sich immer mehr EU Bürger der Steuerpflicht durch Veranlagung in Steueroasen entzogen. Für Deutschland schätzt man, dass neben den 40-158 Milliarden jährlich hinterzogener Gelder noch zusätzlich rund 300 Mrd. im Ausland geparkt sind.

Man kann die steigende Steuerhinterziehung auch als Zeichen einer zunehmenden Entsolidarisierung einer Gesellschaft durch zu große Einkommensunterschiede sehen. Die einkommensstarke Gruppe hat so abgehoben, dass sie nichts mehr für das Gemeinwohl leisten will.Wenn man Milliardär ist, braucht man nun mal kein öffentliches Gesundheitssystem und öffentliche Bildung. Man braucht vielleicht nicht einmal mehr öffentliche Straßen, wenn man im privaten Helikopter zum nächsten Termin eilt. Je ungleicher die Einkommensverteilung, desto ungleicher die Bedürfnisse an den öffentlichen Sektor, und desto geringer die Zahlungsbereitschaft der Reichen für die Armen.

Steuern eintreiben

Was sollte eine handlungsfähige Politik gegen Steuerhinterziehung tun? Natürlich ist es naheliegend zu fordern, Steuern härter einzutreiben. Der Ankauf von CDs mit Listen von Steuerhinterziehern in Liechtenstein 2006 und in den Folgejahren in der Schweiz durch deutsche Steuerbehörden setzte ein politisches Zeichen an die Elite, dass der Staat handelt. Wenn wir uns aber vor Augen führen, wie der Staat seine steuerhinterziehende Elite anfasst, etwa im Vergleich zu einem Kaufhausladendieb, dann fällt die Milde im Umgang mit den Steuerhinterziehern auf. Dies ließ sich auch am geplanten Abkommen zwischen Deutschland und der Schweiz sehen, dem der Bundesrat zum Glück nicht zustimmte und wo auch der Vermittlungsausschuss 2012 scheiterte. Dieses sah vor, dass Vermögen, die in der Vergangenheit in der Schweiz angelegt wurden, als rein gewaschen gelten, wenn darauf eine Steuer zwischen 17,5% und 34% nachgezahlt wird (die Höhe des Steuersatzes war abhängig von der Dauer der Anlage und der Art der Kapitaleinlage). Steuerhinterzieher würden nicht belangt, da die Steuerpflicht mit der Nachzahlung "abgegolten" sei.

Ein Kaufhausladendieb kommt da nicht so leicht davon. Seine Geldstrafe wird im Verhältnis zum gestohlenen Warenwert bemessen und im Wiederholungsfall droht ihm eine Gefängnisstrafe bis zu fünf Jahre. Statt eines allumfassenden automatischen Informationsaustausches, das die Konten aller Deutschen in der Schweiz preisgibt, sollte Deutschland in Zukunft Informationen über Kontendaten von einer begrenzten Anzahl von Deutschen erhalten, die von der Schweiz der Steuerflucht verdächtigt werden. Laut der Zeitung Le Monde vom 18.8.2011 wären dies nur circa 500 Personen pro Jahr. Deutschland verpflichtete sich zudem, alte Fälle von Steuerbetrug

nicht mehr aufzuklären und verzichtete auf die strafrechtliche Verfolgung von Mitarbeitern der Schweizer Banken wegen Beihilfe zu Steuerhinterziehung. Damit hätten Informationen von aufgekauften Steuer-CDs nicht mehr verwertet werden können.

Einkommens- und Vermögensumverteilung

Obgleich es einfach wäre, international nach Steuerhinterziehern zu fahnden, scheitert dies sogar innerhalb Europas und zwischen Deutschland und der Schweiz. Es scheint ein mühsamer Weg zu werden, die Elite wieder dazu zu bringen, Steuern zu zahlen und damit ihren Beitrag zu einer zivilisierten Gesellschaft zu leisten. Und darum ist zu fragen, ob nicht ein direkterer Weg zur Zivilisation beschritten werden sollte. Ursache für steigende Steuerhinterziehung ist eine Zunahme der Einkommensungleichheiten. Steuern und vor allem nicht bezahlte Steuern sind ja nur das Spiegelbild eines Auseinanderklaffens von Werten. Wir haben heute eine noch nie dagewesene Ungleichheit der Einkommensverteilung und eine noch stärkere Vermögensungleichheit. Ein Hedgefonds- Manager verdient heute circa eine Million Mal mehr als ein Arbeiter. Das Auseinanderklaffen zwischen arm und reich, das „Abheben‘ der Elite in Einkommenssphären, die weit weg jeglicher ökonomischer Realität sind, haben zum Zerfall der Idee, dass Leistung sich lohnt, geführt.

Man orientiert sich am Einkommen der Peer Group, der Referenzgruppe und nicht mehr an einem gesellschaftlichen Wertesystem. Wenn Manager A eine Million Euro für einen Vortrag erhält, muss Manager B das auch bekommen, egal wie surrealistisch die geforderten Summen sind. Der Vergleich mit dem Normalarbeiter erfolgt nicht mehr. Was das Geld in realen Einheiten von Gütern und Leistung wert ist, wie viele Jobs, wie viele Nahrungsmittel, wie viele Stunden Arbeit, ist nicht mehr Verhandlungsgegenstand. Niemand käme auf die Idee die Einkünfte einer Person von 1.2 Millionen Euro, die in seiner elitären Welt durchaus normal sind, in Minijobeinheiten umzurechnen. 250 Jahre müsste ein Minijobler arbeiten um diesen Verdienst zu erzielen, wenn man von Inflation und Zinseszins einmal absieht.

In den 60er Jahren war auch in der Bundesrepublik die Einstellung noch relativ weit verbreitet, dass alle in der Gesellschaft ihren Teil am Wohlstand haben sollen und jeder seinen Beitrag dafür auch in Form von Steuern leisten muss. Diese Einstellung war nicht nur moralisch überzeugend. Sie schützte auch vor systembedrohenden Ungleichgewichten und garantierte sozialen Frieden.

Wollen wir krisenfrei in einem stabilen System leben, müssen die Einkommensunterschiede begrenzt werden. Umverteilung und eine deutliche Begrenzung der Einkommen ist nötig für systemische Stabilität. Eine Begrenzung nach unten haben Gewerkschaften und auch Mitarbeiter des WSI in Form von geforderten Mindestlöhnen, Regelungen für Minijobs und Leiharbeit in

Tarifverträgen erfolgreich in Angriff genommen. Um ein Auseinanderklaffen der Einkommensschere, wie sie der WSI Verteilungsbericht 2012 feststellt, zu verhindern, sollten wir uns auch wieder an Aristoteles erinnern. Er forderte, dass Einkommensunterschiede nicht mehr als 1: 10 sein sollen (und nicht wie heute 1: 1.000.000). Eine Begrenzung der Einkommen nach oben ist daher ebenfalls notwendig. Steuern sind hierbei eine elegante Möglichkeit des Abschöpfens. Natürlich nur dann, wenn man sie unmittelbar einhebt und Steuerhinterzieher als Diebe öffentlicher Mittel verfolgt.

Autorin: Prof. Dr. Brigitte Unger, geboren 1955 in Österreich, Wissenschaftliche Direktorin des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) der Hans Böckler Stiftung

Steuerquote im internationalen Vergleich – Auffallend dass im Vergleich zu 2000 die Steuerquoten zehn Jahre später in allen Ländern niedriger sind.

Die folgende Tabelle zeigt die Entwicklung von 1965 bis 2010 nach den Abgrenzungsmerkmalen der OECD [4] **Land**	**1965**	**1975**	**1985**	**1990**	**1995**	**2000**	**2005**	**2007**	**2008**	**2009**	**2010**
Deutschland [c]	23,1 %	22,6 %	22,9 %	21,8 %	22,7 %	22,8 %	21,0 %	22,8 %	23,1 %	22,9 %	22,1 %
Belgien	21,3 %	27,6 %	30,3 %	28,0 %	29,2 %	30,9 %	30,9 %	30,1 %	30,2 %	28,7 %	29,6 %
Dänemark	28,8 %	38,2 %	44,8 %	45,6 %	47,7 %	47,6 %	49,7 %	47,9 %	47,1 %	47,1 %	47,2 %
Frankreich	22,5 %	21,1 %	24,3 %	23,5 %	24,4 %	28,4 %	27,8 %	27,5 %	27,3 %	25,7 %	26,3 %
Griechenland	12,2 %	13,7 %	16,4 %	18,3 %	19,5 %	23,6 %	20,6 %	20,9 %	20,5 %	19,8 %	20,2 %
Italien	16,8%	13,7 %	22,0 %	25,4 %	27,5 %	30,2 %	28,3 %	30,4 %	29,8 %	29,7 %	29,4%
Japan	14,1 %	14,7 %	18,9 %	21,3 %	17,8 %	17,5 %	17,3 %	18,0 %	17,4 %	15,9 %	k.A.
Luxemburg	18,8 %	23,1 %	29,1 %	26,0 %	27,3 %	29,1 %	27,1 %	25,8 %	25,5 %	26,3 %	25,8 %
Norwegen	26,1 %	29,5 %	33,8 %	30,2 %	31,3 %	33,7 %	34,6 %	34,5 %	33,9 %	32,8 %	33,0 %
Österreich	25,4 %	26,5 %	27,8 %	26,6 %	26,5 %	28,4 %	27,7 %	27,7 %	28,5 %	27,8 %	27,5 %
Schweden	29,2 %	33,2 %	35,6 %	38,0 %	34,4 %	37,9 %	35,8 %	35,0 %	24,9 %	35,3 %	34,4 %
Schweiz	14,9 %	19,0 %	19,9 %	19,7 %	20,2 %	22,7 %	22,2 %	22,1 %	22,4 %	22,6 %	22,9 %
Großbritannien	25,7 %	28,8 %	30,4 %	29,5 %	28,0 %	30,2 %	29,0 %	29,4 %	28,9 %	27,6 %	28,3 %
USA	21,4 %	20,3 %	19,1 %	20,5 %	20,9 %	22,6 %	20,5 %	21,4 %	19,8 %	17,6 %	18,3 %

(c) Nicht vergleichbar mit Quoten in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung oder der deutschen Finanzstatistik.

Quelle:
http://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Monatsberichte/2012/06/Inhalte/Kapitel-4-Statistiken/4-1-15-steuerquoten-im-internationalen-vergleich.html

Zwangsarbeit, Vernichtung und Gefangenschaft - Gewerkschaftliche Erinnerungspolitik (Buchrezension)

von Dr. Siegfried Sunnus

Als die Deutsche Wehrmacht ohne Kriegserklärung den Überfall auf Polen am 1. September 1939 begann und das Land besetzte, 1941 in gleicher Vorgehensweise die Sowjetunion überfiel, wurde ein nie zuvor gekannter Vernichtungskrieg gegen die Bevölkerung Osteuropas entfesselt. Durch ihn sollte ‚Lebensraum' für das ‚Großdeutsche Reich' geschaffen werden, Frauen und Männer wurden als ‚Ostarbeiter' massenhaft in die Zwangsarbeit verschleppt.

Gleichzeitig mit dem Völkermord an den Juden Europas, verübten Wehrmacht, SD-Einsatzgruppen, SS und die deutsche Militärverwaltung ein weiteres ungeheueres Verbrechen: 3,3 von 5,7 Millionen sowjetischer Soldaten in deutscher Kriegsgefangenschaft starben bis Kriegsende durch Mord, Hunger und Krankheiten.

Das im vergangenen Jahr erschienene Buch „Vernichtungskrieg im Osten und die sowjetischen Kriegsgefangenen" resultiert aus einer Tagung der IG Metall im Juli 2011 - also 70 Jahre nach dem Angriff auf die Sowjetunion. In den überarbeiteten Beiträgen werden Fakten und Täter benannt, die Voraussetzungen und Zusammenhänge des Vernichtungskriegs beschreiben.

Im Kreis der Herausgebenden sind Chaja Boebel (Jg.1966) und Frank Heidenreich (Jg.1956), beide sind pädagogisch tätig in der IG Metall-Bildungsstätte in Berlin; und Lothar Wentzel (Jg.1947), der in der Grundsatzabteilung beim Vorstand der IG Metall arbeitet.

Die Beiträge im Sammelband sind im Umfang sehr unterschiedlich. Der längste Artikel stammt von Hannes Heer mit ca. 50 Seiten, Christian Streit steuert 15 Seiten bei und Eberhard Radczuweit berichtet auf 4 Seiten. Der umfangreiche Anhang mit 20 Dokumenten umfasst mehr als 40 Seiten. Unter den Dokumenten war mir die Nr.20 mit den „Geständnissen" deutscher Soldaten in der sowjetischen Kriegsgefangenschaft zu deutschen Kriegsverbrechen neu. Ansonsten haben fast alle Dokumente ihren Bezug zu den Vernichtungsbefehlen von 1941 und sind schon in den entsprechenden Bänden des Standardwerks „Das Deutsche Reich und der zweite Weltkrieg" verarbeitet.

Erinnerungspolitik ist Aufklärung

Lothar Wentzel benennt im Vorwort, wie lange es gedauert hat, bis die Dimensionen des Vernichtungskriegs in Deutschland ge- und bewusst wurden. Erst 1978 erschien die Untersuchung von Christian Streit, „Keine Kameraden. Die Wehrmacht und die sowjetischen Kriegsgefangenen 1941-1945." Und 1995 kam der „hochwirksame Beitrag zur Aufklärung" (Wentzel) mit der „Wehrmachtausstellung" hinzu, die ursprünglich unter der Gesamtleitung von Hannes Heer konzipiert worden war. In der DDR gab es „keine wirkliche Aufarbeitung dieser Verbrechen", auch weil in der Sowjetunion die Kriegsgefangenen als Verräter galten. Sie hatten „keine starke Lobby". Um so mehr ist es Gewerkschaftsaufgabe, die nicht gewürdigten Opfer zu benennen „und so Erinnerung zu ermöglichen." Zwar ist es gelungen, endlich eine Entschädigung für die ehemaligen Zwangsarbeitenden durchzusetzen – aber die Kriegsgefangenen blieben davon weiterhin ausgeschlossen.

Deshalb wird im Buch die Arbeit der Initiative KONTAKTE e.V. dokumentiert, die mit ihren bescheidenen Mitteln versucht, den wenigen noch lebenden ehemaligen Kriegsgefangenen – soweit sie ermittelt werden konnten – als Geste der Versöhnung und Anerkennung des ihnen angetanen Unrechts ein wenig materielle Hilfe zukommen zu lassen.

Der Historiker Hannes Heer, Jg.1941, beschreibt eindrücklich und informativ in seinem Beitrag „Der Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion: Massenmord nach Plan" wie Hitler schon 1924 in „Mein Kampf" die Vernichtung konzipierte und wie es gelang, dies in den Führungseliten nach 1933 zu verankern und bis zum ‚normalen' Soldaten weiter zu geben. Ein Schwerpunkt seiner Darstellung ist der Abschnitt „Eine Ausstellung spaltet das Land": Er verteidigt mit guten Argumenten die „Wehrmachtsausstellung" von 1995 und beharrt gegenüber ihrer ‚Zweitauflage' von 2001 mit dem Verzicht auf die Soldatenfotos darauf, dass „die Täter nicht verschwinden" dürfen. Aus Tagebüchern und Briefen führt er den Beweis. Seine Analyse der Reaktionen auf die Ausstellung zeigt überzeugend, wie tiefgehend der Tabubruch gegenüber der „sauberen Wehrmacht" getroffen hat. Dem Satz der Schriftstellerin Flannery O'Connor „Die Wahrheit richtet sich nicht danach, ob wir sie aushalten können", ergänzt er: „Sie braucht nur ihre Zeit, um angenommen zu werden. 14 Jahre nach der ersten Abstimmung über die Verbrechen der Wehrmacht, kam es am 30. Juni 2011 erneut zu einer Debatte im Bundestag…Diesmal gab es weniger Gefühle, dafür eine parteiübergreifende Annahme der Fakten."

Der ehemalige Gymnasiallehrer Christian Streit, Jg.1942, legt in seinen Ausführungen „Die sowjetischen Kriegsgefangenen in deutscher Hand – Hunger, Ausbeutung, Massensterben" den aktuellen Forschungsstand dar. Er zeigt unter anderem, dass sowohl Deutschland wie die Sowjetunion die Genfer Verwundetenkonvention ratifiziert hatten. Diese „eindeutige Bindung" wurde „von

der deutschen Führung ganz bewusst ignoriert“, genauso wie die Grundsätze des allgemeinen Kriegsvölkerrechts. Für diesen Krieg gab es also formale völkerrechtliche Bindungen, auch wenn sie nicht eingehalten oder ratifiziert wurden, wie die UDSSR das Genfer Kriegsgefangenenabkommen von 1929 nicht unterzeichnet hatte und die Haager Landkriegsordnung von 1907 nicht als verbindlich anerkannte. Als im Lauf des Krieges der „Sparstoff Mensch“ (so einst Keitel) auch in den sowjetischen Kriegsgefangenen entdeckt wurde, führte dies aber nicht zu besseren, entsprechenden Ernährungsrationen. Andauernd wurden Gefangene arbeitsunfähig oder starben. Die NS-Ideologie der Bevorzugung angeblich rassisch höherwertiger Menschen blieb bis zum Kriegsende bestimmend – dagegen hungerten in der Sowjetunion fast alle Menschen: Deutsche Kriegsgefangene ebenso wie die einheimische Bevölkerung.

Eberhard Radczuweit, Jg.1941, erzählt über „Die Arbeit von KONTAKTE-KOHTAKTbl e.V.“ Einst wurde der Verein unter dem Namen „Deutsch-Sowjetische Kontakte“ gegründet, und als die UDSSR zerfiel, schrumpfte auch der Vereinsname. Er schildert wie die Kriegsverbrechen in den Briefen der überlebenden Gefangenen dokumentiert sind: „Weit über 3.000 ihrer Briefe haben wir ins Deutsche übersetzt (…). Seit sechs Jahren stellen wir jedes Wochenende einen dieser Briefe ins Internet“.An die Briefschreibenden kam die Initiative auf folgende Weise: Die Medien hatten ihr Engagement für vergessene NS-Opfer wahrgenommen und das Spendenkonto veröffentlicht. So begann „ein Auszahlungsprogramm…Jeder, dessen Dokumente geprüft waren, erhielt von uns einen Brief mit einem Schlüsselwort *Entschuldigung*! Wir baten um Verzeihung… und kündigten eine symbolische Geldleistung von 300 Euro als Geste der Anerkennung erlittenen Unrechts an. Gleichzeitig baten wir die Spendenempfänger um Mithilfe bei der Geschichtsaufklärung.“

Dieser Tagungsband eignet sich sehr gut, um die nachwachsende Generation auf den Stand des nötigen Wissens über die große Katastrophe des 20. Jahrhunderts zu bringen. Auch die späte Aufklärung in Deutschland über die eigenen Verbrechen wird deutlich. Die Generation der Autoren lädt damit ein, in eine ‚Erzählgemeinschaft’ einzutreten. Wer schon viel über diesen Krieg und seine Gräuel weiß, kann auf einfache Weise seinen Kenntnisstand prüfen.

Über das Buch: Chaja Boebel / Frank Heidenreich / Lothar Wentzel (Hrsg.), Vernichtungskrieg im Osten und die sowjetischen Kriegsgefangenen, Verbrechen – Verleugnung – Erinnerung, 128 Seiten, November 2012, EUR 12.80, ISBN 978-3-89965-543-1

Autor: Dr. Siegfried Sunnus, geboren 1941 in Memel (Klaipeda), Pfarrer i. R.

Die Auswirkungen der Krisenbearbeitung in Griechenland

von Kathrin Niedermoser

Griechenland ist zum Symbol für die Krise der wirtschaftlichen und politischen Architektur der Europäischen Union geworden. Die Krisenbearbeitung durch die Troika aus IWF, EZB und EU-Kommission hat den ökonomischen Niedergang beschleunigt und das Land in eine folgenschwere soziale und politische Krise gestürzt.

Die zwei zentralen Elemente der Krisenbearbeitung sind die Senkung der Staatsausgaben durch strikte Austeritätspolitik und die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der griechischen Ökonomie durch eine „Abwertung nach Innen“. Die Umdeutung der Finanzkrise in eine Staatsschuldenkrise bildet dafür den ideologischen Boden. Die verschuldeten Staatshaushalte sind demnach nicht Auswirkung, sondern Ursache der Krise. Es ist somit auch kein Zufall, dass Qualitäts- und Boulevardblätter, sowie konservative ÖkonomInnen und führende PolitikerInnen den „ausufernden Lebensstil“, unverschämt hohe Pensionen oder die mangelnde Steuer- und Arbeitsmoral der ArbeitnehmerInnen als Ursache für die Krise in Griechenland anführen. Und obwohl die Durchschnittspension in Griechenland 2007 bei 617 Euro lag und Griechenland bereits vor der Krise eine der geringsten Beschäftigungsraten im Öffentlichen Dienst hatte[1], wird die Mär von den „faulen GriechInnen“ hochgehalten. Nicht zuletzt, um die tatsächlichen Ursachen für die zunehmend krisenhafte Entwicklung der europäischen Wirtschaft zu verbergen. Darüber hinaus werden durch diese Erzählung der Krise tradierte rassistische Stereotype reproduziert, die vor allem der Boulevard und rechte Parteien freudig aufnehmen.

Austeritätspolitik

In Anknüpfung an die skizzierte Krisendeutung wird seit 2010 europaweit eine strikte Austeritätspolitik als Ausweg aus der Krise forciert. Mit dem Beschluss der Economic Governance („six-pack“) und dem Fiskalpakt fand diese Strategie ihren Einzug in die Budgetpolitik der EU-Mitgliedsstaaten, wobei Griechenland als Laboratorium für diese Politik betrachtet werden muss.

Infolgedessen wird seit 2010 in Griechenland das Sozialgefüge grundlegend umgestaltet. Der zentrale Angriffspunkt ist dabei das Pensionssystem. Das gesetzliche Pensionseintrittsalter wurde erhöht, die 13. und 14. Pension gestrichen, die Pensionen um bis zu 30%[2] gekürzt und die Beitragszeiten für einen abschlagsfreien

Pensionsantritt von 35 auf 40 Arbeitsjahre erhöht. Das im November 2012 verabschiedete Sparpaket in der Höhe von 13,5 Milliarden Euro sieht bei den Pensionen weitere Einsparungen im Ausmaß von 4,8 Milliarden Euro vor. Angesichts der ohnedies niedrigen Pensionen und der signifikant höheren Armutsgefährdung von älteren Menschen in Griechenland werden diese Maßnahmen die prekäre soziale Lage von PensionistInnen weiter verschlechtern.[3]

Als weiteres Herzstück der griechischen Austeritätspolitik gilt die Privatisierung aller (teil-) staatlichen Infrastruktureinrichtungen und Unternehmen. Neben Häfen und Flughäfen und staatlichen Industriebetrieben, sollen u.a. auch die öffentlichen Energieversorger, die Post, die Bahn und die kommunale Wasserversorgung in Athen und Thessaloniki privatisiert werden.

Auch der Gesundheitsbereich ist massiv von Einsparungen betroffen. Öffentliche Krankenhäuser und Gesundheitszentren wurden geschlossen, die Selbstbehalte für PatientInnen erhöht, Medikamente gibt es nur mehr gegen Barzahlung. Hilfsorganisationen warnen angesichts der schlechten medizinischen Versorgung vor einer humanitären Katastrophe in Griechenland.[4] Auch die Beschäftigten im Öffentlichen Dienst sind von der Austeritätspolitik betroffen. Bis 2016 sollen 150.000 Arbeitsplätze abgebaut werden; zudem mussten die Beschäftigten alleine bis 2011 Gehaltseinbußen von 20-30% hinnehmen. [5]

„Internal Devaluation“

Neben der Austeritätspolitik stellt die „Abwertung nach Innen“ den zweiten zentralen Mechanismus der Krisenbearbeitung in Griechenland dar. Die Kernelemente dieser Strategie sind die Deregulierung der Arbeitsverhältnisse und die Senkung des Lohnniveaus. Im letzten Jahr wurde der gesetzliche Mindestlohn um 22% auf 548 Euro netto (für ArbeitnehmerInnen unter 25 Jahre auf 490 Euro netto) gekürzt. Das Branchenkollektivvertragssystem wurde durch mehrere Gesetze de facto ausgehebelt und die Nachwirkzeit von Kollektivverträgen zudem empfindlich eingeschränkt. Außerdem ist es seit 2010 möglich auf betrieblicher Ebene Vereinbarungen zu treffen, die eine Verschlechterung zum Kollektivvertrag bzw. zum gesetzlichen Mindestlohn vorsehen.[6] Laut OECD haben die Eingriffe in das griechische Lohnfindungssystem im Jahr 2011 zu einem nominalen Rückgang der Löhne und Gehälter um 25% geführt.[7]

Neben den Einschnitten bei den Löhnen und Gehältern wurde auch die arbeitsrechtliche Situation von ArbeitnehmerInnen massiv verschlechtert. Entlassungen wurden vereinfacht, der Kündigungsschutz aufgeweicht und die Arbeitszeit vollkommen flexibilisiert. Die hohe Arbeitslosigkeit und die drastischen Kürzungen im Bereich der sozialen Sicherheit haben zur massiven Prekarisierung und zur Erosion der Arbeitsverhältnisse geführt. Durch die „interne Abwertung“ soll,

laut Troika, die Wettbewerbsfähigkeit Griechenlands verbessert werden. Dabei ist auch die Errichtung von Sonderwirtschaftszonen immer wieder im Gespräch.[8]

Angetrieben von einem Teufelskreis aus Sparprogrammen, Rezession und sinkenden Staatseinnahmen zeichnet sich bisher jedoch keine Entspannung ab. Der Produktionsindex ist seit 2009 um 22,9% eingebrochen.[9] Besonders betroffen sind die Industrieproduktion, das Baugewerbe und der Handel.[10] Im Jahr 2011 ist die Zahl an Unternehmensinsolvenzen um über 33% angestiegen; eine ähnliche Bilanz zeichnet sich für 2012 ab.[11]

Arbeitslosigkeit, Armut und Verelendung

2012 waren in Griechenland über 1,2 Millionen Menschen arbeitslos gemeldet. Dies entspricht einer Quote von 25,4%, bei den Unter-25jährigen sind es 58%. In den Jahren 2008 bis 2012 hat sich die Anzahl der Arbeitslosen mehr als verdreifacht. Beinahe 60%[12] der registrierten Arbeitslosen gelten als langzeitarbeitslos, womit sie das Arbeitslosengeld verlieren und auch keine weitere staatliche Unterstützung wie Sozialhilfe erhalten. Zudem geht dadurch auch die Krankenversicherung verloren. Durch die drastische Senkung des Arbeitslosengeldes im Februar 2012 von 461 Euro auf 322 Euro wurden Millionen von Griechen in die Armut getrieben. Eurostat spricht von über 3 Millionen Menschen (27,7%), die von Armut und/oder sozialer Ausgrenzung bedroht sind.[13] Die bereits vor der Krise hohe Armutsgefährdung wurde durch Sparpakete und Arbeitslosigkeit weiter verschärft. Alleine im Jahr 2010 fielen 5% der Bevölkerung unter die Armutsgrenze.[14]

Das Ausmaß der sozialen Katastrophe zeigt sich derzeit vor allem in den Städten. Alleine in Athen leben über 30.000 Menschen auf der Straße. Meist in Gruppen haben sie überall in der Stadt ihre Lager aufgeschlagen. Hinzu kommen Tausende, die in Notquartieren oder bei Freunden und Familienangehörigen wohnen. Sie alle kämpfen tagtäglich gegen den Hunger und jetzt im Winter auch gegen die Kälte. Seit der Einstellung sämtlicher staatlichen Förderungen für NGOs im August 2012 spitzt sich die Situation weiter zu, da davon auch Hilfseinrichtungen betroffen sind.[15] Hunger ist in Griechenland längst kein Randphänomen mehr. Hunderttausende stehen tagtäglich in Suppenküchen Schlange. Nicht wenige von ihnen haben zwar noch Arbeit, können sich aber dennoch das tägliche Essen nicht mehr leisten. Tausende Haushalte haben inzwischen keinen Strom mehr, viele können sich das Heizen nicht leisten, verzweifelte Eltern bringen ihre Kinder in Heime.

Widerstand und Repression

Angesichts der zunehmenden Verelendung breiter Bevölkerungsschichten wächst auch der Widerstand gegen die Sparpolitik. Dem gegenüber steht die zunehmende

Entdemokratisierung politischer Entscheidungsprozesse.[16] Gesetze werden in Eilverfahren durch das Parlament gepeitscht, zahlreiche Beschlüsse der letzten Jahre gelten als verfassungswidrig, Interessensvertretungen werden komplett aus den Entscheidungsprozessen ausgeschlossen. Darüber hinaus wird dem sozialen Protest oftmals mittels Kriminalisierung, Polizeigewalt und Repression begegnet. Erst vor wenigen Wochen wurden Streiks der Seeleute und der Athener U-Bahn ArbeiterInnen mittels Notfallgesetz aus der Militärdiktatur mit Polizeigewalt aufgelöst.[17]

Die Lücke der politischen Repräsentation[18] und die Verelendung verschaffen rassistischen und faschistischen Gruppierungen und Organisationen Aufwind. Die offen faschistische Schlägerbande Chrysi Avgi (Goldene Morgenröte) erhielt bei den letzten Wahlen fast 7%. Mittels paramilitärischer Strukturen kontrollieren die Faschisten inzwischen ganze Stadtteile und sie präsentieren sich als Ordnungshüter. In Athen kommt es inzwischen tagtäglich zu organisierten Überfällen auf MigrantInnen. Bedenklich stimmt auch die immer wieder dokumentierte Verbindung zwischen Chrysi Avgi und der Polizei.

Situation von Flüchtlingen

Umso fataler ist es, dass die Regierungspolitik in Griechenland dieser Radikalisierung nichts entgegensetzt, sondern die entsolidarisierte und gewaltbereite Stimmung gegen MigrantInnen mit Law&Order-Politik, wie etwa der Operation „Xenios Zeus“, zusätzlich anheizt.

Durch die lange Landesgrenze gilt Griechenland, noch vor Italien oder Spanien, als bevorzugtes Einwanderungsland in die EU. Alleine 2011 strandeten über 55.000 MigrantInnen in Griechenland.[19] Ihre Zielorte liegen oft in anderen Ländern der Europäischen Union. Die Mittel, die seitens der EU zur humanitären Versorgung von Flüchtlingen in Griechenland zur Verfügung gestellt werden, belaufen sich auf 10 Millionen Euro, während sich die EU die „Grenzsicherung“ in Griechenland 300 Millionen Euro kosten lässt.[20] Die seit Jahren prekäre und menschenrechtswidrige Lage von Flüchtlingen in Griechenland hat sich angesichts der sich zuspitzenden sozialen Krise nun weiter verschärft.

Die skizzierten Entwicklungen der politischen Krise bergen jedoch auch einen Moment der Selbstorganisierung in sich. Insbesondere in den letzten Monaten sind viele Initiativen entstanden, die der zunehmenden Verelendung und Entsolidarisierung der griechischen Gesellschaft und letztendlich auch der vom Neoliberalismus suggerierten Alternativlosigkeit entgegentreten.

Ein besonders beeindruckendes Beispiel ist **die „Klinik der Solidarität“**[21] **im nordgriechischen Thessaloniki.** Die Ambulanz befindet sich in den Räumlichkeiten des Gewerkschaftsdachverbandes GSEE und wird selbstverwaltet von den behandelnden ÄrztInnen, KrankenpflegerInnen und TherapeutInnen geführt, die ausschließlich ehrenamtlich arbeiten. Die Ambulanz bietet kostenlose ärztliche Versorgung, Medikamente und Schutzimpfungen für Kinder an. Die „Klinik der Solidarität“ legt großen Wert auf politische Unabhängigkeit, versteht sich selbst aber als politisches Projekt und neben konkreter Hilfe zielen die Aktivitäten auch auf Partizipation und Selbstorganisierung ab.

Radikalisierter Neoliberalismus als Ausweg aus der Krise?

Die griechische Krise und ihre Bearbeitung stehen stellvertretend für die Krisenpolitik (in) der Europäischen Union. In den nächsten Monaten und Jahren wird sich entscheiden, ob dieser eingeschlagene Weg eines autoritären und radikalisierten Neoliberalismus sich langfristig durchsetzen kann. Ein Blick nach Griechenland verdeutlicht, dass dies das Ende des Europäischen Sozialmodells bedeuten würde, denn auch wenn dieses im Vertrag von Lissabon bestätigt wurde, weist die derzeitige Krisenpolitik in den südlichen Krisenländern einen anderen Weg.[22]

*„**Weltumspannend Arbeiten**“, der entwicklungspolitische Verein des Österreichischen Gewerkschaftsbundes, startet im März eine Solidaritätskampagne mit der „Klinik der Solidarität“. Nähere Infos dazu werden ab März hier bekannt gegeben.*

Literatur/Quellen:

---

[1] OECD (2011): Government at a Glance 2011. Country Note: Greece, S. 2.

[2] Malkoutzis, Nick (2011): Griechenland – ein Jahr in der Krise, S. 3.

[3] vgl. Matsaganis, Manos (2011): The welfare state and the crises: the case of Greece, S. 3.

[4] vgl. Handelsblatt v. 01.03.2012: In Griechenland setzt sich der Hunger fest. Onlineausgabe.

[5] vgl. Malkoutzis, Nick (2011), S. 3.

[6] vgl. Fulton, Lionel (2011): Arbeitnehmerbeteiligung in Europa. Labour Research Department und ETUI.

[7] vgl. Handelsblatt v. 26.04.2012: Gehälter in Griechenland brechen um ein Viertel ein. Onlineausgabe.

[8] vgl. Die Zeit v. 02.09.2012: Sonderbehandlung soll Griechenlands Wirtschaft retten. Onlineausgabe.

[9] vgl. EL.STAT: Production Index in Industry 2008-2009.

[10] vgl. EL.STAT: Labour Force Survey. 1st Quarter 2012.

[11] vgl. Wirtschaftsblatt v. 04.09.2012: Konjunkturflaute treibt Insolvenzen. Onlineausgabe.

[12] alle Zahlen zur Arbeitslosigkeit: vgl. EL.STAT (2012): Labour Force Survey (LFS), August 2012.

[13] vgl. Eurostat (2012): http://europa.eu/rapid/press-release_STAT-12-21_de.htm?locale=FR (28. Oktober 2012)

[14] vgl. ETUI (2011): Policy Brief Issue 5/2011, Inequality, poverty and the crisis in Greece.

[15] vgl. Ansamed (2012): http://ansamed.ansa.it/ansamed/en/news/sections/economics/2012/08/22/Crisis-Greece-freezes-public-funding-NGOs_7365741.html (6. November 2012)

[16] vgl. Bader et al (2011): S. 21.

[17] vgl. Ekathimerini v. 25.01.2013: Metro strike ends as workers forced to return to jobs.

[18] vgl. Bader et al (2011): S. 23.

[19] vgl. taz v. 15.07.2012: Folgen der Griechenlandkrise. Flüchtlinge als Sündenböcke. Onlineausgabe.

[20] ebd.

[21] www.kiathess.gr

[22] vgl. Altvater, Elmar (2010): Der große Krach. Oder die Jahrhundertkrise von Wirtschaft und Finanzen von Politik und Natur, S. 94.

Autorin: Kathrin Niedermoser, Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Politikwissenschaft in Wien